

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 26 · 27. Juni 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Beben in Nahost

Die Militärschläge Israels und der USA gegen den Iran und deren Folgen **Seiten 1, 2, 3 und 8**



Windrad-Wahn Selbst Stadtstaaten sollen mehr Anlagen aufstellen **Seite 5**



Fehrbellin Die Schlacht, die den Großen Kurfürsten gebahr **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Der Tabak, der Staat, das Geld und die Moral

Die EU-Kommission plant eine drastische Erhöhung der Steuern auf Tabak, E-Zigaretten und andere Nikotinprodukte. Wie mehrere Medien berichten, will Brüssel im Juli einen Beschluss fassen, der die Mitgliedstaaten der Union zu einer Anhebung der Tabaksteuer um bis zu 20 Prozent verpflichtet.

Angebrochenes Ziel des Schrittes ist es, mehr Raucher vor schweren Erkrankungen zu bewahren und zugleich die Gesundheitskosten zu senken. Wer sich indes die staatlichen Einkünfte ansieht, kann Zweifel daran bekommen. So nahm der Fiskus 2023 allein in Deutschland über 14,7 Milliarden Euro aus der Tabaksteuer ein. Geld, das unweigerlich fehlen würde, falls die EU den von ihr genannten Zweck tatsächlich erzielen sollte.

Schon jetzt gehen in Deutschland von den rund neun Euro, die eine Schachtel Zigaretten derzeit in der Regel kostet, rund zwei Drittel – also etwa sechs Euro (!) – an den Staat, während sich die Anbauer des Tabaks, die Hersteller der Zigaretten sowie die Groß- und Einzelhändler den Rest von drei Euro je Packung teilen müssen.

Wollte die EU-Kommission die Raucher wirklich abschrecken, könnte sie die Tabakpreise deutlich höher ansetzen. Bei – zum Beispiel – 20 Euro je Schachtel dürften wohl auch hartgesottenste Kosumenten ihren Verzehr reduzieren. So sieht es hingegen aus, als wollte der Fiskus die Abhängigkeit der Raucher von ihrem Laster ausnutzen – in der Hoffnung, dass ihnen die Lust daran nicht vergeht. *neh*

IRAN-KONFLIKT

Israel und die USA zelebrieren einen Triumph der Realpolitik

Während die Europäer in den letzten Jahren eine „regelbasierte Außenpolitik“ propagierten, zeigen die Verbündeten, was in der Welt von heute wirklich zählt

VON RENÉ NEHRING

Die Bilanz ist eindeutig. Nachdem die internationale Staatengemeinschaft unter Beteiligung der UNO und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) seit Jahrzehnten versucht hatte, das Mullah-Regime im Iran von der Entwicklung atomarer Waffen abzubringen, beendeten Israel und die USA das iranische Atomprogramm durch ihre Militärschläge (siehe hierzu auch die Seite 2 dieser Ausgabe) binnen weniger Tage.

Obwohl die direkten Folgen der Bombardierungen, vor allem die Antwort Teherans, noch nicht vollends abzusehen sind (siehe hierzu die Analyse auf Seite 3), ist die Militäroperation schon jetzt wegweisend für die Sicherheitspolitik vor allem der westlichen Staaten. In deren Hauptstädten wie Paris, London und vor allem Berlin wurde in den vergangenen Jahren zunehmend das Leitbild einer „wertgeleiteten und regelbasierten Außenpolitik“ propagiert, die allein auf der Basis völkerrechtlicher Verträge handeln und nicht mehr den Interessen von Nationalstaaten, sondern globalen Zielen wie dem „Schutz der Menschenrechte“, der „Sicherung des Friedens“ oder auch dem „Klimaschutz“ dienen sollte.

Schon der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hatte diesem Leitbild einen schweren Dämpfer

versetzt, stellte doch mit Russland ausgerechnet ein Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die Verbindlichkeit internationaler Verträge infrage. Doch konnten sich die Verfechter der „regelbasierten Außenpolitik“ immer noch einreden, mit ihrer Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes dem Völkerrecht wieder zu seiner Geltung zu verhelfen.

Keine Macht ohne Militär

Der Fall des iranischen Atomprogramms hat nun gezeigt, dass Diplomatie und auch das im Westen populäre Mittel wirtschaftlicher Sanktionen gegen außenpolitische Rivalen allein ins Leere laufen, solange sie nicht durch militärische Macht und die Fähigkeit zur Durchsetzung der eigenen Ziele untermauert werden – und wie schnell internationalen Abkommen Geltung verschafft wird, sobald die Durchsetzungsfähigkeit gegeben ist.

Doch nicht nur das außenpolitische Leitbild steht in diesen Tagen auf dem Prüfstand, sondern ebenso die Einstellung zahlreicher westlicher – auch hier vor allem deutscher – Spitzenpolitiker zu dem Mullah-Regime im Iran. So schickte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier alljährlich Glückwunschtelegramme zum Jahrestag der Islamischen Revolution nach Teheran und feierte damit ein System, das jedes Jahr hunderte Regimegegner hinrichtet, Minderheiten jeglicher Art

unterdrückt und Frauen zum Tragen des Hijab zwingen will. Und während iranische Frauen für ihr Recht, ohne Kopftuch auf die Straße gehen zu dürfen, schwere Misshandlungen riskierten, trafen angebliche Feministinnen wie die Grüne Claudia Roth lächelnd die Mullahs und trugen dabei wie selbstverständlich ein Kopftuch.

Nicht zuletzt haben der gleichzeitige Verzicht auf eigene robuste Fähigkeiten und das naive Anbandeln mit Regimen, die die westliche Lebensart offen verachten, dazu geführt, dass die Europäer in der Weltpolitik kaum noch eine relevante Größe sind. So sagte US-Präsident Trump zwischen der ersten Angriffswelle Israels und dem Militärschlag der Amerikaner auf die Frage eines Journalisten, ob Verhandlungen der Europäer mit Iran eine Lösung des Konfliktes herbeiführen könnten, denn auch: „Iran will nicht mit Europa sprechen. Sie wollen mit uns sprechen. Europa kann dabei nicht helfen.“

Äußerungen wie diese zeigen in aller Klarheit, dass die Europäer, die jahrhundertlang maßgeblich die Geschehnisse der Welt beherrschten, heute kaum mehr eine Rolle spielen. Den Großmächten der Welt von gestern wird allenfalls die Rolle eines „Sozialamts der Welt“ zugestanden, das zuverlässig die Kosten für die Folgen des Handelns Dritter tragen darf. Während die wahren Großmächte unserer Zeit unter sich ausmachen, wer in der Weltpolitik was zu sagen hat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie grüne Politik den Krieg zwischen Radlern und Autofahrern fördert **Seite 4**

Kultur

Ausstellungen in Thüringen zum 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkriegs **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Im südlichen Ostpreußen bleiben die politischen Fronten verhärtet **Seite 13**

Lebensstil

Fischland-Darß-Zingst – die Halbinsel der Dichter und Maler **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Das Terror-Regime des Iran hätte in zwei Wochen atombombenfähiges Uran anreichern können – Nur US- Bunkerbrecher können die Anlagen zerstören – Das Wissenschafts-Know-how wurde komplett ausgelöscht

Irans Büchse der Pandora

Das Atomprogramm der Mullahs ist eine tickende Zeitbombe, die mit der Zerstörung Israels zünden soll

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 13. Juni begannen die israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) und der Auslandsgeheimdienst Mossad im Rahmen der Operation „Rising Lion“ mit kombinierten Luft-Boden-Angriffen auf Anlagen des iranischen Atomprogramms und militärische Einrichtungen im Iran. Dabei wurden zugleich hochrangige Offiziere des Mullah-Regimes sowie führende iranische Atomwissenschaftler gezielt eliminiert. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu begründete die Attacke mit der tatsächlich akuten „Bedrohung für die Existenz des Staates Israel“.

Dabei gab es im Vorfeld unterschiedliche Auffassungen darüber, wie weit Teherans Bemühungen um die Schaffung einer eigenen Atombombe bereits gediehen sind. So glaubte die Direktorin aller nationalen Geheimdienste der Vereinigten Staaten, Tulsi Gabbard, dass „der Iran wahrscheinlich eher keine Atomwaffen bauen kann“. Dahingegen sahen einige der 18 US-Dienste die Mullahs in spätestens drei Jahren im Besitz der Bombe. Hingegen warnte das Regionalkommando der amerikanischen Streitkräfte für den Nahen Osten CENTCOM, man müsse schon sehr bald mit iranischen Atomwaffen rechnen.

Genauso lautete dann auch die Einschätzung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), deren Urteil sicherlich aufgrund der hohen Kompetenz am aussagekräftigsten ist. Diese veröffentlichte am 11. Juni einen Bericht, demzufolge der Iran nun mindestens 408,6 Kilogramm Uran mit einem Anreicherungsgrad von 60 Prozent besitze. Darüber hinaus kalkulierten die Experten der IAEO, dass es nur noch zwei Wochen dauern würde, den Anreicherungsgrad dieses Materials auf 90 Prozent zu erhöhen, womit dem Iran dann spaltbares Material für immerhin rund neun Atombomben zur Verfügung stünde.

Am 12. Juni 2025, also einen Tag vor dem israelischen Angriff, kündigte Teheran dann auch ganz offiziell die Ausweitung seines Nuklearprogramms sowie eine deutliche Steigerung seiner Uranproduktion und den Bau einer weiteren, nunmehr dritten Anreicherungsanlage an.

Daraufhin verabschiedete der IAEO-Gouverneursrat umgehend eine Erklärung, dass er keinerlei Garantie für den ausschließlich friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms geben könne und hinsichtlich des weiteren Vorgehens auf den UN-Sicherheitsrat verweise, weil es hier um Fragen des Weltfriedens gehe.

Experimente mit Nuklearmaterial

Die Atomanlagen, gegen die sich die israelischen Militärschläge richten, befinden sich in Natanz 250 Kilometer südlich von Teheran, Fordo in der Nähe der Stadt Ghom, Isfahan und Arakan im Zentraliran, bei Arak in der Provinz Markazi, in Parchin unweit von Teheran sowie auch direkt in der iranischen Hauptstadt.

Besondere Wichtigkeit besitzen dabei die zwei Anreicherungsanlagen von Natanz und Fordo. Dort stehen rund 15.000 beziehungsweise 3000 Zentrifugen, die das leichtere waffenfähige Uran 235 vom schwereren Uran 238 trennen.

In Isfahan wiederum existiert unter anderem eine Produktionsstätte für metallisches Uran, wie es auch in den Zün-

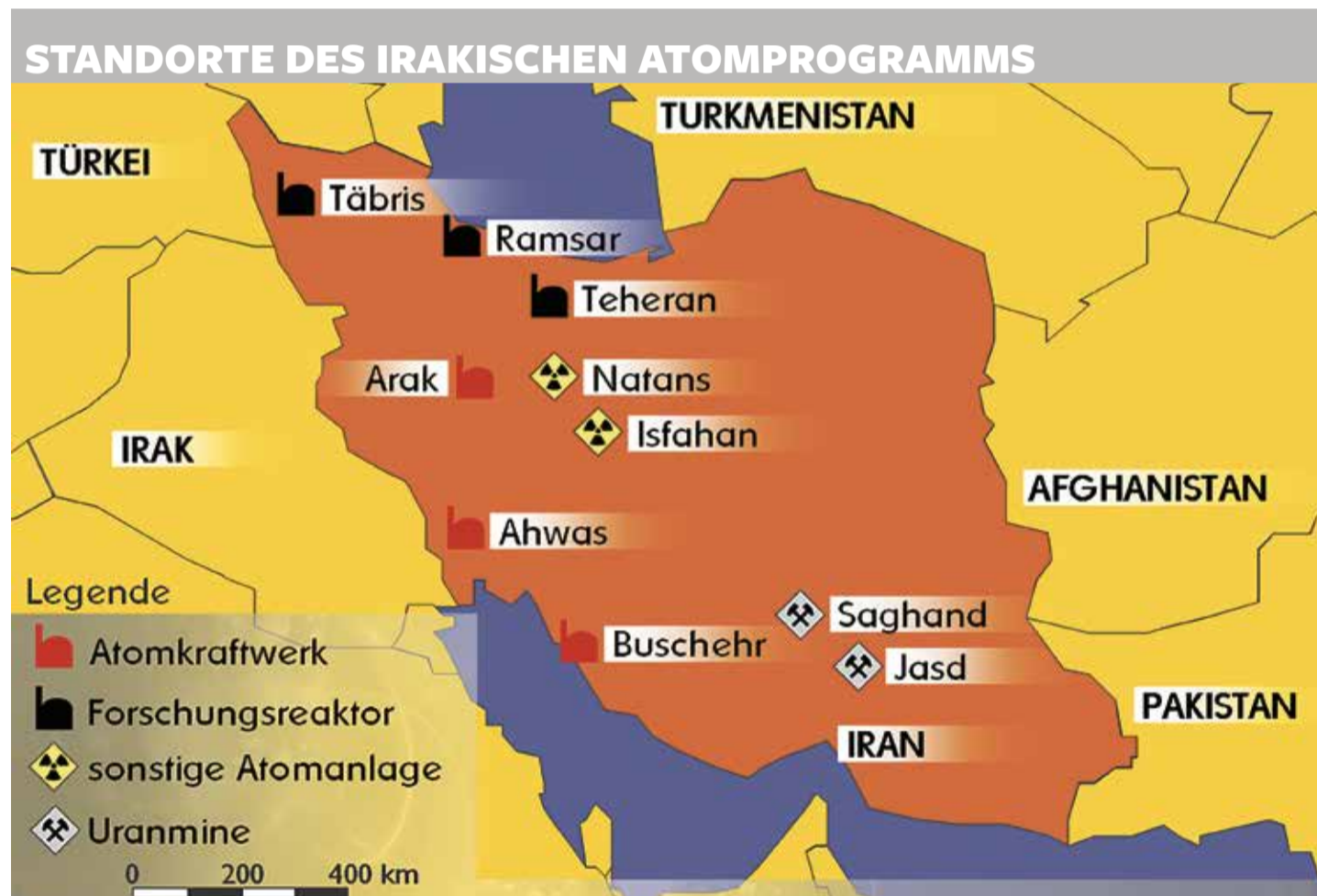
dern von Atombomben zum Einsatz kommt. Und in Ardakan wird das Uranerz aus der Mine von Saghand in der iranischen Provinz Yazd zu sogenanntem Yellow Cake verarbeitet, einem Uranoxid-Konzentrat und Grundstoff für die Herstellung von angereichertem Uran. Darüber hinaus könnte der Reaktor in Arak künftig Schweres Wasser für das iranische Atomprogramm liefern, während in Parchin ständig Experimente mit nuklearen Materialien stattfinden.

Unersetzbares Fachwissen

Im Zuge der israelischen Luftschläge gegen Natanz und Fordo wurden zunächst nur die oberirdischen beziehungsweise weniger tief liegenden Teile der Anlagen zerstört. Viele der Uran-Zentrifugen befinden sich aber in Kammern weit unter der Erde – das jedenfalls legen Satellitenaufnahmen der gigantischen Abraumhalden in der Nähe der Eingänge zu den unterirdischen Sektoren der Anreicherungs-Komplexe nahe. Deshalb befürchteten mehrere US-Geheimdienste sowie der Mossad, dass die Operation „Ri-

sing Lion“ noch zu keiner entscheidenden Schwächung des iranischen Atomprogramms geführt haben könnte. Wobei diese Einschätzung aber die gezielte Tötung von etlichen Atomwissenschaftlern wie Fereidun Abbassi Dawani und Mohammed Mehdi Tehrantschi außer Acht ließ, deren Fachwissen kaum zu ersetzen ist.

Da die Wucht der israelischen Bomben augenscheinlich nicht ausreichte, um die besonders tief liegenden Teile der Anlagen in Natanz und Fordo auszuschalten, wurde die Verwendung des 14 Tonnen schweren konventionellen Bunkerbrechers GBU-57 Massive Ordnance Penetrator aus den USA erwogen. Hieraus resultierte schließlich der Einsatz von sieben Maschinen der US-Luftwaffe vom Typ Northrop B-2, welche in der Nacht zum 22. Juni insgesamt 14 GBU-57-Bomben über Fordo und Natanz abwarfen. Sollten dadurch nun tatsächlich alle Uran-Zentrifugen des Iran vernichtet worden sein, wie die Erfolgsmeldungen aus Jerusalem und Washington besagen, dann wäre dies das vorläufige Ende des militärischen Atomprogramms der Mullahs.



Das Atomprogramm des Iran auf einen geografischen Blick

Bild: Wikimedia

BEI ZERSTÖRUNG

Droht eine radioaktive Verseuchung?

Nach dem Ukrainekrieg ist der israelisch-iranische Krieg der zweite militärische Konflikt, in dem auch Atomanlagen unter Beschuss stehen, wobei in der Ukraine bisher selten gezielte Angriffe der Russen auf nukleare Einrichtungen stattfinden. Die Beschädigung oder teilweise Zerstörung der iranischen Uran-Anreicherungs-komplexe von Natanz und Fordo sowie der Fabrik zur Uranverarbeitung in Isfahan nähren jedoch die Furcht vor einer radioaktiven Verseuchung der Umgebung.

Zunächst verkündete der aus Argentinien stammende Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Rafael Grossi am 13. Juni, es sei aus keiner der getroffenen Anlagen Radioaktivität ausgetreten. Dabei warnte er aber zugleich: „Solche Angriffe können schwerwiegende Auswirkungen auf die nukleare Sicherheit und die nuklearen Schutzmaßnahmen sowie auf den regionalen und internationalen Frieden haben.“ Darüber hinaus bedankte sich Grossi bei den iranischen Behörden, welche detaillierte Informationen über den Zustand der Einrichtungen geliefert hätten. Sollten trotzdem noch nukleare Notfälle eintreten, sei die IAEO bereit, umgehend zu helfen.

Drei Tage später teilte Grossi dann dem Gouverneursrat der IAEO mit, aufgrund der großen Schäden an den Uran-Zentrifugen in Natanz bestehe die Möglichkeit einer chemischen oder radioaktiven Kontamination der Umwelt. Besondere Gefahr gehe dabei von aufgewirbeltem Uran-Staub sowie dem gasförmigen aggressiven Uranhexafluorid aus den zerstörten Zentrifugen aus. Angesichts dessen wiederholte der Argentinier: „Ich habe schon mehrmals gesagt, dass Atomanlagen nie angegriffen werden dürfen, egal in welchem Kontext oder unter welchen Umständen ... Ich betone nochmals, dass jede militärische Handlung, die die Sicherheit von Atomanlagen aufs Spiel setzt, das Risiko ernsthafter Konsequenzen für das iranische Volk und die Region sowie weitere Teile der Welt birgt.“

W.K.

GEHEIMDIENST

Der Mossad – Israels Lebensversicherung

Die Agenten des Nachrichtendienstes arbeiten bereits seit Jahren per Sabotage an der Zerstörung des Atomprogramms des Iran

Die israelische Operation „Rising Lion“ ist die bisher größte militärische Attacke auf den Iran seit dem 22. September 1980, an dem die irakische Armee in den Mullah-Staat einfiel, womit der Erste Golfkrieg begann. Einen wesentlichen Anteil an der mehrjährigen Planung und Vorbereitung des israelischen Schlags gegen das Atomprogramm und die Streitkräfte des Iran hatte der Zentrale Nachrichten- und Sicherheitsdienst, besser bekannt als der legendäre Mossad.

Der israelische Geheimdienst, welcher auch als „Lebensversicherung gegen einen zweiten Holocaust“ gilt, streute bereits in der Vergangenheit immer wieder Sand ins Getriebe des iranischen Atom-

programms – sei es durch die Liquidierung von Atomwissenschaftlern, sei es durch Sabotage. So steckte hinter den Cyberangriffen auf die Uran-Anreicherungsanlage in Natanz während der Jahre 2009 und 2010, bei denen tausende Zentrifugen unbrauchbar gemacht wurden, mit hoher Wahrscheinlichkeit der Mossad.

Während der aktuellen Operation „Rising Lion“ setzte der Geheimdienst auch Hacker ein, um die iranische Luftabwehr lahmzulegen. Darüber hinaus operierten zahlreiche Agenten des Mossad direkt im Iran oder im Grenzgebiet unmittelbarer Nachbarländer. Diese Geheimdienstler erfüllten während der Anfangsphase der Angriffe drei Hauptaufgaben.

Einerseits begingen sie Attentate auf hohe iranische Militärs beziehungsweise führende Atomwissenschaftler, welche nicht einfach durch Angriffe aus der Luft ausgeschaltet werden konnten. Des Weiteren zerstörten die Mossad-Agenten Radaranlagen und andere Einrichtungen der iranischen Flugabwehr, um den Maschinen der israelischen Luftstreitkräfte den Weg freizumachen. Und zu guter Letzt unternahmen sie Attacken auf die Startanlagen der iranischen Raketen, die für Vergeltungsschläge gegen Israel bereitstanden.

Dabei setzten sie in erheblichem Umfang Drohnen ein. Einige von diesen hoben von einer getarnten Mossad-Basis in

„Ein Diktator wie Chamenei darf nicht weiter existieren. Chamenei ist ein moderner Hitler“

Israel Katz
Verteidigungsminister von Israel

der Nähe von Teheran ab. Die meisten Drohnen wurden allerdings in den Aufbauten von präparierten Lastkraftwagen an ihre Einsatzorte gebracht. Das heißt, der Mossad verwendete haargenau die gleiche Methode wie der ukrainische Geheimdienst SBU bei seiner Operation „Spinnennetz“, bei der Anfang Juni etliche russische Bomber bei Drohnenangriffen zerstört wurden. Diese Art von Kriegführung könnte wegen ihrer Effizienz noch viele Nachahmer finden. Allerdings sind auch hierfür bereits erste Gegenmittel entwickelt worden. So liefen auch jetzt manche der Drohnenangriffe ins Leere, weil die Iraner Attrappen aufgestellt hatten, die Ziele vortäuschten.

W.K.

Wie weiter im Nahen Osten?

Droht nach den Militärschlägen Israels und der USA gegen das iranische Atomprogramm nun ein Flächenbrand in der krisengeschüttelten Region? Oder werden sich die Mullahs den Kräfteverhältnissen beugen (müssen)? Eine Analyse

VON ALFRED SCHLICHT

Als Israel am 13. Juni seine ersten Angriffe gegen iranische Atomanlagen startete, warnten Experten vor einem Übergreifen des Konflikts auf weitere Staaten im Nahen Osten. Mit dem Eintritt der USA in den Krieg eine Woche später, so glauben manche Beobachter, sei diese Gefahr noch gestiegen. Andere Kommentatoren gaben sich hingegen überzeugt, dass durch die US-Intervention ein Flächenbrand eher unwahrscheinlicher geworden sei, weil die Machtverhältnisse in der Region nun eindeutig geklärt seien.

Für eine Bewertung der Lage gilt es zunächst einmal festzuhalten, dass die jüngsten Militärschläge Teil einer Serie von Maßnahmen sind, mit denen Israel seit den Terroranschlägen der Hamas vom 7. Oktober 2023 planmäßig und konsequent die „Achse des Widerstands“, wie die von Iran im arabischen Nahen Osten konstruierte Allianz unter Teherans Führung genannt wird, demontiert.

Noch wenige Jahre zuvor hatte Iran auf einem Höhepunkt seiner Macht gestanden, hatte eine riesige Einflusszone großteils schiitischer Prägung geschaffen und beherrscht. Zu dieser Machtstellung hatten ausgerechnet die USA durch den Sturz Saddam Husseins im Irak wesentlich beigetragen. Jetzt begann der Zusammenbruch dieser Konzentration. Israel hat die Hamas (das einzige nichtschiiitische Glied in der Kette) entscheidend geschwächt. Ihre wichtigsten Führer wurden neutralisiert, ihr Waffenpotential drastisch reduziert, ihre Operationsbasis und das von ihr kontrollierte Territorium wurden stark eingeschränkt. Mehr und mehr wird die Hamas so in die Enge getrieben, ist sie mit dem eigenen Überleben beschäftigt und taugt nicht mehr als Partner Irans für eine großangelegte Aktion gegen Israel.

Entscheidende Schwächung der „Achse des Widerstands“

Diverse Aktionen der libanesisch-schiitischen Hizbollah – ein bis dahin besonders mächtiger Alliierte Teherans und einflussreichster Player auf der libanesischen Bühne und somit gefährlicher Gegner Israels – hatte Israel den Anlass geboten, auch in seinem nördlichen Nachbarland einzugreifen und die Rolle der Hizbollah unter Ausschaltung ihrer Protagonisten, allen voran Hasan Nasrallah, nachhaltig zu schwächen.

Der Sturz des Assad-Regimes in Damaskus, das seit Jahrzehnten ein Eckstein des iranischen Bündnisystems war, bedeutete eine weitere Schwächung des Einflusses des Mullah-Staates in Israels Umfeld. In den ersten Tagen und Wochen der neuen islamischen Machthaber in Syrien nach der Flucht Baschar al-Assads nutzte Israel die Lage, um einen großen Teil des militärischen Potentials des Landes zu vernichten. Dadurch, dass Syrien nun kein Alliierte Irans mehr ist, veränderte sich auch die logistische Lage. Nachschub für die stark geschwächte Hizbollah aus dem Iran konnte nicht mehr durch Syrien fließen wie in all den Jahren zuvor.

Auch ein strategischer Partner Irans am Roten Meer, die zaiditischen (schiitischen) Huthis im Jemen, musste schwerwiegende Schläge hinnehmen – zuletzt auch gegen den wichtigen Hafen Hudaida und zuvor schon gegen militärische Positionen in der Hauptstadt San'a. Dass aus dem Jemen seit Beginn des israelischen Angriffs keine intensiven Störungen – etwa Raketen auf Israel – kamen, zeigt, dass infolge der harten Militärschläge, die die USA und Israel geführt haben, auch die militärischen Möglichkeiten der Huthis inzwischen eingeschränkt sind.

Im mehrheitlich schiitischen Irak dürfte der Iran noch über Rückhalt verfügen und auch über treue schiitische Milizen, was je-



Mögliche Option des Iran: Eine Blockade der Straße von Hormuz

Bild: picture alliance/AP Photo | Morteza Akhoondi

doch keine unmittelbare Wirkung im jetzigen Kontext entfalten kann.

So kommt man zwangsläufig zu dem Schluss, dass Israel die „Achse des Widerstands“ so weit zerstört hat, dass diese ihren Schrecken und das Gefahrenpotential, die bis vor Kurzem noch sehr real waren, weitgehend verloren hat. Die arabischen Alliierten, die Iran vor allem unter den Schiiten hatte, stellen heute keine wirkliche Bedrohung mehr für Israel dar und auch keine Gefahr mehr für eine mögliche Offensive gegen Iran.

Im April 2025 stellte der US-amerikanische Präsident dem Iran ein 60-Tage-Ultimatum zur Wiederaufnahme von Atomverhandlungen – als dieses abgelaufen war, erfolgte am 13. Juni der israelische Angriff.

Die Haltung der arabischen Nachbarn

Ein Flächenbrand, wie er schon bei der letzten Runde militärischer Auseinandersetzungen zwischen Iran und Israel im April 2024 als Menetekel im Raum stand, wurde auch diesmal wieder beschworen, ist aber aufgrund der entschiedenen Schwächung des iranischen Bündnisgefüges heute durchaus nicht zwangsläufig. Der Iran ist so stark auf Israel konzentriert, dass er zur Entfaltung eines Flächenbrandes keine ausreichenden Kapazitäten (mehr) besitzt.

Die Verbündeten Irans in der arabischen Welt haben so viel Potential eingebüßt, dass ein effizientes Netzwerk potenter iranischer Alliierte nicht mehr existiert. Insofern ist es wenig wahrscheinlich, dass arabische Länder zum Schauplatz eines sich ausweitenden Konflikts zwischen Iran und Israel werden.

Hinzu kommt, dass die arabischen Staaten größtenteils überhaupt kein Interesse an einer Unterstützung Irans haben. Zwar haben fast alle Regierungen in der Region den Angriff Israels gegen die iranischen Atomanlagen kritisiert oder sogar verurteilt. Doch trugen sie damit lediglich der öffentlichen Stimmung Rechnung. Tatsächlich betrachten im Grunde alle den Iran als Bedrohung auch für ihre eigene Sicherheit. Hinzu kommt nicht zuletzt, dass für die arabischen Staaten eine verbesserte Zusammenarbeit mit den USA und Israel entscheidende Vorteile hätte, die Iran in keiner Weise ausgleichen könnte.

Nicht zuletzt müssten traditionelle Rivale des Mullah-Regimes, etwa Saudi-Arabien, eine iranische Atombombe als unmittelbare Gefahr für ihre eigene Sicherheit betrachten. Somit besteht eine gewisse Interessenkonvergenz zwischen den meisten arabischen Staaten und Israel. Oft nicht bedacht wird auch, dass mehrere arabische Staaten – Jor-

danien, Ägypten, Marokko, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain – bereits Friedensverträge oder andere Abkommen (Abraham-Abkommen) mit Israel geschlossen haben. In diesem Rahmen kam es sogar schon zu militärischer Kooperation.

Doch ist die Interessenlage durchaus von Land zu Land unterschiedlich. Oman etwa, direkt an der Straße von Hormuz gelegen und außerdem interessiert, weiter eine Vermittlerrolle zu spielen, wird gegenüber Iran eher eine zurückhaltend-versöhnliche Haltung einnehmen. Jordanien hat akzeptiert, dass israelische Militärmaschinen bei ihrem Angriff auf Iran sein Territorium überfliegen. Der Sudan wiederum hat – nachdem die Beziehungen zum Iran zunächst einen Tiefpunkt erreicht hatten, als das afrikanische Land die Hilfe der reichen Golfstaaten benötigte – inzwischen wieder gute Kontakte zu Teheran. Denn Iran unterstützt Armeechef Burhan gegen die RSF im sudanesischen Bürgerkrieg. Das Mullah-Regime verspricht sich davon eine Position am Westufer des Roten Meeres, an dessen Ostufer es bereits durch seine Allianz mit den Huthis präsent ist. Der Quasi-Staat der Schiiten im Jemen konnte nur durch iranische Intervention entstehen, und die dortigen Machthaber werden weiterhin auf eine Allianz mit Teheran setzen, ist dies doch ihre einzige Überlebenschance. Und von hier aus sind auch weitere Angriffe gegen Israel möglich. Katar hingegen nimmt eine Sonderrolle ein, da es sowohl zu den USA als zu Iran sehr gute Beziehungen unterhält.

Optionen des Iran

Dass der Iran eskaliert, ist jetzt wohl eher zweifelhaft. Und wenn, geschähe dies sicher nicht in der Form von Angriffen auf arabische Partner des Westens oder neutrale arabische Staaten. Denkbar ist allenfalls die begrenzte Einbeziehung einzelner arabischer Länder in Angriffe auf Israel (Sudan, Irak, Jemen – von wo aus Israel bereits beschossen wurde).

Inzwischen hat der Iran einen besonders wichtigen US-Stützpunkt in der Region, al-Udaid in Katar, wo bis zu 15.000 US-Soldaten stationiert sind, angegriffen. Allerdings waren in den letzten Tagen zahlreiche Militärflugzeuge von dem US-Stützpunkt abgezogen worden. Der iranische Angriff kam mit Vorankündigung, Katar und die USA konnten Gegenmaßnahmen treffen, weshalb die Folgen der Attacke minimal blieben. Es handelte sich um einen fast rituellen, gesichtswahrenden Angriff, der auch für die iranische Bevölkerung gedacht war, die nun sah, dass ihre Regierung entschlossen auf den US-Angriff reagierte.

Zwar haben fast alle Regierungen in der Region den Angriff Israels gegen die iranischen Atomanlagen kritisiert oder sogar verurteilt. Doch trugen sie damit lediglich der öffentlichen Stimmung Rechnung. Tatsächlich betrachten im Grunde alle den Iran als Bedrohung auch für ihre eigene Sicherheit

Zur Person

● **Dr. Alfred Schlicht** ist Islamwissenschaftler und Diplomat. Nach akademischer Tätigkeit u.a. an der Universität Bamberg, am Orient-Institut Beirut und als Orient-Referent der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik war er im Auswärtigen Dienst tätig. So lebte und arbeitete er acht Jahre im Nahen Osten, u.a. als stellvertretender Botschafter in Jordanien. Zu seinen Büchern gehört „Die Araber und Europa. 2000 Jahre gemeinsamer Geschichte“ (Kohlhammer 2008).

Man fühlt sich an frühere US-Aktionen und iranische Gegenangriffe erinnert.

Als erster verkündete der US-Präsident, es werde jetzt eine Waffenruhe geben, wenig später bestätigte dies der israelische Ministerpräsident. Dies „verkauft“ der Iran seiner Bevölkerung als Erfolg: Der iranische Angriff auf die US-Basis in Katar habe die USA und Israel zu einem Friedensangebot gebracht. Allerdings schien diese Waffenruhe zunächst nicht zu halten, scheint jetzt aber zu funktionieren. Wie immer es weiter geht, ein „Flächenbrand“, wie von einigen befürchtet, wird es mit Sicherheit nicht ergeben, wenn es auch zu weiteren gegenseitigen Attacken Israels und Irans kommen kann.

Schwerwiegend wäre ein iranischer Versuch einer Blockade der Straße von Hormuz und damit der Sperrung der wichtigsten Öltransportroute der Welt. Die Meerenge ist das Nadelöhr zwischen dem Persischen Golf (den die Araber „Arabischer Golf“ nennen) einerseits sowie dem Golf von Oman und dem Indischen Ozean andererseits. Durch diesen strategisch wichtigen Seeweg, der nur 55 Kilometer breit ist, fließt fast ein Viertel des Weltöls (etwa 33 Millionen Barrel Rohöl am Tag). Am Persischen Golf liegen so wichtige Ölländer wie Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Irak aber auch Iran selbst. Über die Straße von Hormuz gelangen zudem Lieferungen einiger der bedeutendsten Förder- und Lieferländer von Erdgas auf den Weltmarkt.

Schon vor Beginn des aktuellen Konflikts wurde die Möglichkeit der Schließung dieser Meerenge durch Iran thematisiert – auch der Iran selbst brachte diese Option ins Gespräch. Die Staaten der Region sind wirtschaftlich abhängig von ihren Ölexporten, für die es keine anderen Wege gibt als die Golfroute. Umgekehrt erhalten sie auf dieser Wasserstraße den allergrößten Teil ihrer Importe.

Vorteil für die US-Amerikaner

Aber wird Iran tatsächlich die Straße von Hormuz sperren, jetzt, wo ein Waffenstillstand greifbar erscheint? Technisch-militärisch wäre dies keine Schwierigkeit, aber angesichts des Waffenstillstandes scheint es sehr unwahrscheinlich. Doch die Folgen wären – nicht zuletzt für Iran selbst – gravierend. Die USA, deren Kriegseintritt gezeigt hat, dass sie zu einem militärischen Engagement bereit sind, würden durch solch eine Maßnahme dazu veranlasst werden, erneut zuzuschlagen – was Teheran um jeden Preis verhindern muss. Außerdem würde Iran seine Nachbarn in der Region, die auf die Seefahrtsroute durch den Golf angewiesen sind, verprellen.

Darüber hinaus ist auch für Iran die Straße von Hormuz von entscheidender Bedeutung – für den Öllexport ebenso wie für zahlreiche Importgüter nicht zuletzt militärischer Art. Würde der Iran tatsächlich die Meerenge sperren, würden die USA ihrerseits eine Blockade gegen den Iran verhängen, was zum Zusammenbruch des Landes binnen weniger Wochen führen würde. Der Iran dürfte es sich also sehr reiflich überlegen, ob die Sperrung der Straße von Hormuz wirklich in seinem Interesse läge. Alle derartigen Szenarien verlieren vor dem jetzt möglicherweise erfolgenden Waffenstillstand an Wahrscheinlichkeit.

Würde sich Teheran tatsächlich zu einer Blockade der Straße von Hormuz entschließen, würde dies unweigerlich zu einer gefährlichen Eskalation des Konflikts führen und weitere Militäraktionen der USA provozieren. Dass US-Einheiten unbehelligt einen Militärschlag gegen militärische Einrichtungen im Iran führen konnten, zeigt den arabischen Staaten der Region deutlich, welche Seite in diesem Konflikt im Vorteil ist. Es ist wenig wahrscheinlich, dass arabische Regierungen sich jetzt auf die Seite der Verlierer schlagen.

Insofern ist es im Interesse aller Beteiligten, vor allem auch Irans, dass der jetzt verkündete Waffenstillstand doch noch hält.

● MELDUNGEN

Judaistik wird „weggespart“

Berlin – Von den Sparplänen des Berliner Senats ist möglicherweise auch die Professur für Judaistik an der Freien Universität Berlin (FU) betroffen. Der bisherige Lehrstuhlinhaber Giulio Busi geht Ende September in den Ruhestand. Zur Neubesetzung der Professur für Judaistik hatte die FU bereits vor zwei Jahren eine Ausschreibung gestartet. Auf diese hin sollen bislang mehr als 40 Bewerbungen eingegangen sein, darunter einige der international renommiertesten Wissenschaftler. Wie die Pressestelle der FU mitteilte, befindet sich die Freie Universität aufgrund der vom Berliner Senat auferlegten Sparvorgaben jetzt aber in einem strukturellen Anpassungsprozess. Dies betrifft laut FU auch eine Überprüfung aller laufenden Berufungsverfahren sowie jener Professuren, die in absehbarer Zeit vakant werden. Beim Wegfall der Professur hätte die Judaistik an der Freien Universität zum ersten Mal seit 1987 nur noch eine Professur. H.M.

KI für deutsche Industrie

Berlin – Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat sich am 13. Juni in Berlin mit dem Geschäftsführer des Chipherstellers NVIDIA, Jensen Huang, getroffen. NVIDIA ist der weltweit führende Produzent von Prozessoren, die im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) angewendet werden und daher einen hohen Stellenwert besitzen. Nach Angaben der Bundesregierung stand im Fokus des Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und Huang die weitere strategische Zusammenarbeit zur Stärkung des KI-Standorts Deutschland. NVIDIA wird gemeinsam mit Partnern der deutschen Wirtschaft in eine KI-Infrastruktur in Deutschland investieren, die sich an den Bedarfen der deutschen Industrie orientiert. Zur Errichtung einer solchen, weltweit bisher einzigartigen „Industrial AI Cloud“ soll bereits innerhalb der nächsten neun Monate eine moderne Infrastruktur mit einer Kapazität von mindestens 10.000 sogenannten Graphics Processing Units errichtet werden, auch um den Standort Deutschland in diesem zukunftsreichen Bereich weiter auszubauen. H.M.

Pillen „Made in Germany“

Berlin – Die EU-Kommission plant, kritische Arzneimittel wie Antibiotika, Insuline sowie Schmerzmittel wieder verstärkt in Europa produzieren zu lassen – allen voran in Deutschland, da hier eine hochwertige Pharmaindustrie etabliert ist. So sollen Lieferengpässe und die Abhängigkeit von Staaten wie China und Indien verringert werden. Dafür sollen Produktionsanlagen schneller zugelassen, EU-Hersteller bei Ausschreibungen bevorzugt und EU-weite gemeinsame Beschaffungen organisiert werden. Aktuell stammen laut EU-Kommission 60 bis 90 Prozent der Generika und Wirkstoffproduktion aus China und Indien. In Deutschland beklagen Apotheker massive Versorgungslücken – über 500 Medikamente sind derzeit knapp oder nicht lieferbar. J.E.



BILD: PICTURE ALLIANCE / LEHTIKUVA | VESA MOILANEN

An über 70 Prozent der Radfahrerunfälle sind Autofahrer beteiligt oder sind sogar dafür die Ursache

VERKEHRSPOLITIK

„Der Verkehrsfriede sei mit dir!“

Wie Grüne den Krieg zwischen Radlern und Autofahrern heimlich fördern

VON JENS EICHLER

Die Ergebnisse des ADFC-Fahrradklima-Tests 2024 liegen vor. Dabei ist der Name dieses Stimmungsbarometers – denn mehr ist es nicht – irreführend. Mit „Klima“ hat das nichts zu tun. Die Überschrift müsste stattdessen heißen: Wie wohl und sicher fühlen sich Radler in der jeweiligen Stadt? Um es gleich vorweg zu sagen: Frankfurt, Hannover und Bremen sind die Spitzenreiter, quasi die fahrradfreundlichsten Städte der Bundesrepublik.

Bei aller Investitionslust und oft einseitiger Bevorzugung von Radfahrern in der aktuellen Verkehrspolitik der deutschen Städte hat sich aber an dem Urdilemma nichts geändert. Ganz im Gegenteil. In deutschen Städten verschärfen sich die Konflikte zwischen Radfahrern und Autofahrern trotz hoher Investitionen in die Radinfrastruktur. Denn ideologiegetriebene Verkehrspolitik insbesondere dort, wo die Grünen Verantwortung tragen, verschlechtert die Situation.

Klarer Beweis: Wie das Statistische Bundesamt erst vor Kurzem mitteilte, ist die Zahl der getöteten Radfahrer insgesamt gegenüber 2014 um 11,4 Prozent gestiegen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass in 70,7 Prozent der Fälle Autofahrer in die Unfälle verwickelt waren – oder gar die Todesursache sind. Ihnen aber die alleinige Schuld zu geben, wäre schlichtweg ungerecht und insbesondere falsch.

Viele Maßnahmen ohne Wirkung

„Seit 2019 ist der Radverkehr in Hamburg um rund 26 Prozent gestiegen. Es ist die Maxime des Senats, dort wo baulich und räumlich möglich, Kfz-, Rad- und Fußverkehr voneinander zu trennen, um Konflikte zu minimieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen!“, erklärt Dennis Krämer, Pressesprecher der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende in Hamburg, die sich unter grüner Leitung befindet, gegenüber der PAZ.

Dabei verweist er stolz auf die vielen neuen Markierungen, Tempo-30-Zonen, Radwegeinfärbungen und die „speziell

markierten Flächen an Kreuzungen und Einmündungen, die es Fahrradfahrern ermöglicht, sich vor den stehenden Kraftfahrzeugen aufzustellen, wenn sie links abbiegen möchten. Diese Maßnahmen sollen Sichtbarkeit und Sicherheit von Radfahrern erhöhen!“, so Krämer.

Tun sie aber nicht. Hamburg ist nur im Mittelfeld auf Platz 7 der 15 deutschen Großstädte gelandet und hat sich trotz vieler Um- und Neubauten der Radfahrinfrastruktur, die vor allem zu Lasten der Autofahrer und des Verkehrsflusses in der Hansestadt gingen, sogar noch im Ranking verschlechtert. Das Urteil des Allgemeinen Deutschen Fahrrad Clubs (ADFC) ist vielsagend: „Handlungsbedarf sehen die Befragten in Hamburg insbesondere bei der Sicherheit und der Akzeptanz von Radfahrenden im Straßenverkehr sowie bei einer hindernisfreien Infrastruktur.“ Und Hamburg steht dabei nur exemplarisch für die alle anderen Städte der Bundesrepublik.

Wer genau hinsieht, wird schnell die Ursache für das unguete Gefühl der deut-

lichen Radler finden: grüne Ideologie und überhöhtes Moralisieren. Schuld haben an solch negativen Bewertungssituationen immer beide Seiten. Nur in diesem Fall nicht. Fehlersuche bei Radfahrern? Fehlanzeige (siehe auch Seite 8).

Die Verkehrspolitik der Grünen zielt vor allem darauf ab, den Autoverkehr zugunsten des Fahrrads und öffentlicher Verkehrsmittel drastisch zu reduzieren. Dies geschieht durch Maßnahmen wie die Umwidmung von Autospuren zu Radwegen, die Einführung von „Fahrradstraßen“, auf denen Autos nur eingeschränkt zugelassen sind. Diese Ansätze basieren auf einer ideologischen Prämisse: Das Auto als Symbol des Individualismus und Kapitalismus soll zurückgedrängt werden, um eine angeblich „klimagerechte“ Mobilität zu fördern.

Die Umsetzung führt zu schwerwiegenden Problemen:

1. Unzureichende Infrastrukturplanung: Viele neue Radwege sind schlecht geplant, enden abrupt oder sind zu schmal für den zunehmenden Radverkehr. Allein in Hamburg hat dieser seit 2019 um 26 Prozent zugenommen. Dies führt zu gefährlichen Situationen, insbesondere an Kreuzungen, wo die meisten tödlichen Unfälle passieren. Laut Statistik des Statistischen Bundesamtes starben 2024 allein in Deutschland über 400 Radfahrer, ein Anstieg um zehn Prozent gegenüber 2020. Die ideologische Fixierung auf schnelle Umsetzung vernachlässigt pragmatische Sicherheitsstandards.

2. Provokation der Autofahrer: Durch die Reduktion von Fahrspuren und Parkplätzen sowie die Einführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen entsteht bei Autofahrern Frustration. In Städten wie Berlin, Hamburg, Köln oder München berichten Autofahrer von chaotischen Verkehrsbedingungen, da Radfahrer oft unvorhersehbar agieren, insbesondere durch das Ignorieren von Verkehrsregeln. Studien zeigen, dass rund 60 Prozent der Autofahrer das Verhalten von Radfahrern als „gefährlich“ empfinden.

3. Verdrängung statt Integration: Die Grünen setzen auf eine Verdrängung des Autoverkehrs, anstatt eine harmonische Koexistenz zu fördern. Dies führt zu einer Polarisierung zwischen Verkehrsgruppen. Radfahrer fühlen sich durch aggressive Autofahrer bedroht, während Autofahrer Radfahrer als rücksichtslos wahrnehmen.

Eine vernünftige ideologiefreie Verkehrspolitik, von der alle Verkehrsteilnehmer profitieren, setzt auf Pragmatismus, Verkehrsfrieden und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Sie vermeidet ideologische Scheuklappen und würde endlich eine ausgewogene Integration von Auto-, Rad- und Fußgängerverkehr anstreben.

CYBER-KRIMINALITÄT

Scammer – neue KI-gesteuerte Sklaven im Netz

In Asien ist eine riesige Betrüger-Szene entstanden, die global angreift und ihre Handlanger als Sklaven hält

Völlige Macht über die Daten anderer weltweit im virtuellen Raum bei gleichzeitig völliger Ohnmacht und eigenem Eingesperrtsein im echten Leben – was wie eine düstere Zukunftsvision klingt, ist in asiatischen Sklavenfabriken Realität. Über Stellenangebote locken kriminelle Banden in Südostasien Menschen in ihre Tarnunternehmen. Wer sich im Callcenter einen Job erhofft, landet als Zwangsarbeiter in einem Netzwerk von Internetkriminellen, die Menschen zum Betrug an anderen zwingen. Eingesperrt und mit Gewalt bedroht, räumen die von Menschenhändlern Weggesperrten in Europa oder den USA private Konten leer.

Entkommene berichten von Elektroschocks, Schlägen und Folter. Im Raum Asien-Pazifik ist laut der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) die Gefahr

der Verschleppung und Zwangsarbeit am größten. Besonders infolge der Coronapandemie sei eine verborgene, im digitalen Raum handelnde Mafia entstanden, die sich mit Onlinebetrug Gewinne ergaunert. Allein in Kambodscha gibt es laut Bericht der UN 100.000 solcher Zwangsarbeiter, in Myanmar 120.000. Hunderttausende üben demnach in Südostasien Kryptobetrug und illegales Glücksspiel aus. Die Adressaten der digitalen Straftaten sind global verteilt. Lücken in der Strafverfolgung und Clanstrukturen erlauben es den Banden, in den letzten fünf Jahren eine echte Industrie aufzubauen.

Eine Reportage des NDR hat nun weiteres Licht in die Zusammenhänge weltweiten Onlinebetrugs mit dieser Sklavenarbeit gebracht. Nicht nur kriminelle Energien sondern gerade die neuen Mög-

lichkeiten Künstlicher Intelligenz (KI) erlauben es, Menschen weltweit zu täuschen. Mit Programmen (z.B. Chat GPT) oder Skripten täuschen die Eingesperrten, auch bekannt als „Scammer“, Identitäten vor. In vorgetäuschten Liebesdingen oder durch Abgreifen sensibler Daten gelangen sie an ihre Opfer, müssen aber dank KI immer weniger Einsatz und Aufwand betreiben.

So kann die KI Sprachbarrieren weg-räumen, falsche Gewinne vorspiegeln oder helfen, Kryptowährungen zur Manipulation einzusetzen. Deutsche Polizisten berichten von täglichen Anzeigen mit hohen Schadenssummen – zurückzuführen auf Scammer im Ausland. Die Gefahr der KI liegt auch in der simplen Erstellung von Bildern und Deep-Fakes, also scheinbar realen Medieninhalten, die tatsächlich

mit KI erschaffen oder verändert wurden. So lassen sich Bankseiten online leicht nachbauen, Anlässe für den Austausch mit möglichen Opfern auf der ganzen Welt als Köder mühelos auslegen – alles ohne großen Aufwand. Auch Prominente werden beispielsweise ohne ihr Wissen in Sozialen Medien zu Werbefiguren für dubiose Geldanlagen. Den Möglichkeiten sind kaum Grenzen gesetzt, da selbst Profis die KI-bearbeiteten Fälschungen nicht mehr schnell oder sicher erkennen können. Die KI braucht lediglich Bild-, Video- oder Wortvorgaben und setzt sie zu echt wirkenden, neuen Realitäten zusammen. So hilft die KI, die Stimme von Familienmitgliedern zu „Schockanrufen“ mit neu eingestellten Botschaften umzubauen, die Menschen zur Preisgabe von Bankdaten bewegen. SG

NATURZERSTÖRUNG

Windrad-Wahn in Berlin

Watt statt Wald: Selbst die Stadtstaaten sollen deutlich verstärkt Rotorgiganten aufstellen

VON HERMANN MÜLLER

Der Streit um Nutzen und Nachteile von Windkraftanlagen inmitten der Natur erreicht nun auch die drei deutschen Stadtstaaten. Das 2022 vom damaligen Klimaminister Robert Habeck (Grüne) auf den Weg gebrachte „Windenergieflächenbedarfsgesetz“ verpflichtet Hamburg, Bremen und Berlin, bis Ende 2032 ein halbes Prozent ihrer Stadtfläche als Windenergiegebiet auszuweisen. Diese Vorgaben sind deutlich niedriger als für die Flächenländer, die je nach Bundesland bis 2032 zwischen 1,8 und 2,2 Prozent ihrer Landesfläche für den Bau von Windkraftanlagen bereitstellen müssen.

Aus Sicht der Stadtstaaten geht es dennoch um erhebliche Flächen. Hamburg muss etwa 378 Hektar seiner Stadtfläche als Windenergiegebiet festlegen. Berlin verpflichtet das Bundesgesetz sogar, 450 Hektar auszuweisen. Und im Stadtgebiet von Bremen und in Bremerhaven sollen 210 Hektar für Windräder reserviert werden. Das Land wird die Windkraftvorgaben für 2032 zumindest im Stadtgebiet Bremen vorzeitig erfüllen; lediglich in Bremerhaven müssen noch weitere Flächen gefunden werden. Der Bremer Senat will dabei auch auf Gewerbegebiete zurückgreifen.

Opfer wäre ein „Vorzeigewald“

In Berlin und Hamburg geraten auf der Suche nach den geforderten Flächen nun Naherholungsgebiete, Stadforste und sogar Vogelschutzgebiete ins Visier der Planungsbehörden. In Hamburg wird derzeit geprüft, ob die Rissener Feldmark, das größte Naherholungsgebiet im Hamburger Bezirk Altona, für den Bau von Windrädern freigegeben wird. Die gut 74 Hektar große Feldmark könnte Standort von acht Windrädern werden. Gegen den Plan macht mittlerweile ein Bündnis von 4000 Unterstützern, von Bürgerinitiativen und auch dem Naturschutzbund NABU West mobil.

In Berlin prüft der Senat, im Grunewald insgesamt 72 Hektar freizugeben. Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ins Auge gefassten drei Planungsfelder liegen inmitten von Gebieten, die der Flächennutzungsplan als Vogelschutzgebiet und Flora-Fauna-Habitat-Gebiet ausweist. Die drei Flächen mit der Größe von jeweils hundert Fußballfel-



Alarm in den Stadtstaaten: Windräder sollen in urbane Räume vordringen

Bild: picture alliance/Jochen Tack|Jochen Tack

dern sind keineswegs Monokulturen von Kiefern, die in der Region reichlich vorkommen.

Laut dem Chef des Berliner NABU, Rainer Altenkamp, handelt es sich vielmehr „um einen Vorzeigewald“, der von den Berlinern renaturiert wurde: „Ein dichter Mischwald aus Bergahorn, Hainbuchen, Eichen und Eschen ist nachgewachsen“, so Altenkamp. Der Experte für Vogelschutz weist auf die gravierenden Auswirkungen hin, sollten in den Waldgebieten tatsächlich Windräder mit einer Höhe von bis zu 260 Metern gebaut werden: Pro Gebiet müssten Hunderte Bäume gefällt werden und 20 Meter tiefe und breite Betonfundamente in den Boden eingebracht werden.

Hinzu kämen Asphaltwege durch den Wald für Transport und Wartung der Windräder: „Alles, was auf dem Boden lebt, würde demnächst nicht mehr existieren.“ Mit Blick auf den Senatsplan

sprach sich der Berliner NABU-Chef inzwischen dafür aus, Ersatzflächen in Brandenburg zu suchen.

Allerdings wächst auch in der Mark Brandenburg der Widerstand. Besonders in Gemeinden, in denen große Windparks entstehen sollen, machen Bürgerinitiativen und Anwohner mobil. Die Erfolgschancen, den Bau neuer Windkraftanlagen zu verhindern, sind allerdings selbst in Landschaftsschutzgebieten nur als gering einzuschätzen. Brandenburgs Gesetzeslage gilt nämlich als besonders investorenfreundlich.

Gemeinden sind fast machtlos

So können Windenergieanlagen von Projektentwicklern und Investoren auch für Gebiete außerhalb der ausgewiesenen Vorranggebiete beantragt werden, sofern das landesweite Flächenziel noch nicht erreicht ist. Das Landesamt für Umwelt ist verpflichtet, solche Anträge innerhalb

von drei Monaten zu prüfen. Obendrein wurden die Einflussmöglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt. Selbst wenn betroffene Kommunen ein Windkraftprojekt nicht wollen, können Projekte genehmigt werden, solange aus Sicht der Genehmigungsbehörde keine naturschutzrechtlichen Gründe dagegen sprechen.

Die Auswirkungen solcher Regelungen sind derzeit südlich von Berlin, zwischen Halbe und Teupitz, zu beobachten. Dort soll nach den Vorstellungen eines Windpark-Projektierers in einem Landschaftsschutzgebiet Deutschlands größter Windpark in einem Waldgebiet entstehen. Obwohl die Gemeinde den Plan ablehnt, ist sie nach Einschätzung der „Berliner Zeitung“ „durch die löcherige Gesetzeslage fast machtlos“. Das Blatt rechnete zudem vor, wie extrem die Renditemöglichkeiten ansteigen, wenn Forsteigentümer ihre Wälder an Investoren zum Bau von Windkraftanlagen verpachten.

EINWANDERUNG

Kirchenasyl gerät in die Kritik

„An die Leute ist dann kein Rankommen mehr“: Fast 2400 Immigranten in Gotteshäusern

Zurzeit halten sich 2386 Immigranten in deutschen Kirchen auf, um ihrer Abschiebung zu entgehen. Deren Asylanträge wurden zumeist abgelehnt, aber die Kirchen gewähren ihnen trotzdem Schutz. Ihre Zahl wächst. Derzeit gibt es rund 300 Fälle von „Kirchenasyl“ mehr als im Vorjahr. Dazu zählen auch jene Somalier, denen der Verwaltungsrichter Florian von Alemann (der einst in der linksextremistischen Organisation „JungdemokratInnen/Junge Linke“ Mitglied war) vorübergehend Zugang nach Deutschland verschafft hat.

Das Kirchenasyl ist eine von Staats wegen bislang ohne Rechtsgrundlage geübte Praxis. Es führt häufig dazu, dass der Fall eines abgelehnten Asylbewerbers nochmals – auch als Härtefall – überprüft wird. Dass nun gerade diese drei, die aus dem sicheren Herkunftsland Polen drei-

mal versucht hatten, sich Zutritt nach Deutschland zu verschaffen, unter den Schirm der Kirche gekrochen sind, hat das Thema Kirchenasyls in den Mittelpunkt der Asyldebatte gerückt.

Der Flüchtlingsbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Berliner Bischof Christian Stäblein, versucht, die Kirchenpraxis zu rechtfertigen. Er spricht von drei „sehr jungen Menschen, die schwer an dem tragen, was sie in ihrer Heimat und auf der Flucht erfahren haben ... Wenn ich ihre Lebensgeschichten höre und ihre Verletzlichkeit spüre, dann trifft es mich, dass Menschen, die Schutz suchen, an unseren Grenzen abgewiesen werden ... Das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts hat bestätigt, dass es rechtswidrig war, sie trotz des Asylantrages zurückzu-

weisen. Ich sehe die Bundesregierung in der Verantwortung, auf dieses Urteil mit Selbstprüfung zu reagieren.“ Tatsächlich wäre es aber die Aufgabe der Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) zu untersuchen, wie es kommen konnte, dass der Asylvorgang von einer Kammer zur anderen geschoben wurde, und ob der umstrittene Richter das Recht gebeugt hat.

Was wird Dobrindt tun?

Stattdessen kritisiert die Evangelische Kirche die Bundesregierung. Die Bundesjustizministerin meint, der Bundesinnenminister müsse für die angeordneten Zurückweisungen an deutschen Grenzen schnell die juristische Begründung nachliefern. „Es wird sehr schwierig sein, eine Begründung für das Zurückweisen zu lie-

fern, die den Voraussetzungen des EU-Rechts genügt: Der Bundesinnenminister hat die Zurückweisungen in eigener Verantwortung angeordnet.“

Zum Kirchenasyl sind die Äußerungen eines Amtsmitarbeiters bekannt geworden, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will: „An die Leute ist dann kein Rankommen mehr. Rechtsgültig verfügte Abschiebungen werden über Monate verzögert oder scheitern ganz.“

Bischof Stäblein hingegen meint, Kirchenasyl sei ein „Dienst für die Gesellschaft, die auf diese Weise an ihr Fundament der Barmherzigkeit erinnert wird“. Da mehrere Tausend Kirchenasylfälle nun keine Einzelfälle mehr sind, bleibt abzuwarten, wie lange Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) diese Rechtsbrüche tolerieren will. Frank Bücker

KOLUMNE

Wegner sitzt in der Klemme

VON THEO MAASS

Bevor der Volkszorn dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner ins Gesicht springt, hat er nun reagiert. Dem CDU-Politiker wurde offenbar sehr schnell klar, dass die Windradpläne für den Grunewald (siehe Bericht auf dieser Seite) eine rote Linie überschritten haben. „Eins ist sicher: Im Grunewald werden wir keine Bäume fällen, um ein Windrad aufzustellen“, verspricht Wegner. Statt aber den ganzen Energiewendeunsinn einzupacken und ihn sozusagen der abgewählten Bundesregierung per Einschreiben mit Rückschein zuzustellen, eiert er herum.

An die neue Bundeswirtschaftsministerin, Wegners Parteifreundin Katharina Reiche, schreibt er: „Die Energiewende gelingt nur, wenn wir sie realistisch angehen – gerade in Stadtstaaten wie Berlin. Windräder mitten in der Großstadt sind nicht umsetzbar.“ Stattdessen setzt er nun auf Sonnenkollektoren: „Berlin übernimmt Verantwortung – und zwar mit den richtigen Mitteln: Wir wollen den Photovoltaikausbau massiv beschleunigen. Auf Dächern und Gebäuden, überall dort, wo es Sinn ergibt.“

Die Frage wird allerdings lauten, ob diese Offensive finanziell tragbar sein wird. Am Ende stellen wir möglicherweise fest, dass das nicht zu bezahlen ist. Aber Wegner hat sicherlich auch die neuen Umfragen im Blick. Schwarz-Rot dürfte nach derzeitigem Stand bei den kommenden Abgeordnetenhauswahlen keine Mehrheit mehr erzielen. Also gilt es, um die Grünen zu werben. Schwarz-Rot-Grün könnte es immerhin schaffen. Damit wiederholt sich in der Hauptstadt, was bereits vielerorts zu beobachten ist: Weil sie jedwede Kooperation mit der AfD von vornherein ausschließt, zwingt sich die CDU in Bündnisse, in denen linke Parteien den Kurs vorgeben.

MELDUNG

Gefahr durch Wildkräuter

Potsdam – Von Stilllegungsflächen und vermindert genutzten Agrarflächen geht laut der brandenburgischen Landesregierung ein besonderes Risiko für die Verbreitung von giftigen Kreuzkräutern aus. Das Frühlings-Greiskraut beziehungsweise Frühlingskreuzkraut und das Jakobskreuzkraut haben eine toxische Wirkung auf Pferde, Rinder und Schafe. Wie aus einer Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Fabian Jank (AfD) hervorgeht, tritt das Frühlingskreuzkraut flächendeckend im Land auf, insbesondere an Straßenrändern und auf landwirtschaftlich nicht genutzten Flächen. Zur Mahd von Stilllegungsflächen, die mit Kreuzkräutern bewachsen sind, müssen Landwirte einen Antrag beim Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung und der Naturschutzbehörde stellen. Jank spricht von „totale(m) Versagen der grün motivierten Agrarpolitik“, bei der anstatt der Lebensmittelproduktion die Kultivierung von Unkräutern entlohnt werde. H.M.

● MELDUNGEN

Türkei plant Atom-U-Boot

Ankara – Die Türkei plant den Bau eines eigenen U-Bootes mit Atomtrieb. Dies teilte der Kommandeur der Unterseebootstreitkräfte der Marine Ankaras, Konteradmiral Timur Yilmaz, dem Branchenportal TurDef mit. Das Boot mit dem Projektnamen NÜKDEN solle einen Flüssigsalzreaktor erhalten und die „strategische Präsenz türkischer Flugzeugträger in internationalen Gewässern“ unterstützen. Der Baubeginn würde laut Yilmaz aber nicht vor 2035 erfolgen, weil die Türkei zunächst noch ein anderes U-Boot-Projekt namens MILDEN realisieren müsse. Hierbei handelt es sich um eine weitere türkische Eigenentwicklung auf der Basis des deutschen Typs 214, dessen außenluftunabhängiges Antriebssystem mit Brennstoffzellen arbeitet. Laut Yilmaz ist vorgesehen, die MILDEN-Boote mit der vertikalen Raketenabschussvorrichtung MIDLAS zu bestücken. W.K.

Mit SIM-Karte ausspionieren

Islamabad – Pakistanische Staats- und Sicherheitsorgane nutzen die bereits flächendeckend eingeführte nationale digitale Identität eID zur Bekämpfung der Opposition. Während der Proteste gegen die Verhaftung des Ex-Premiers Imran Khan wurden die Mobiltelefone der Demonstranten geortet und identifiziert. Das war möglich, weil jede SIM-Karte in pakistanischen Handys mit einer von der Nationalen Datenbank- und Registrierungsbehörde (NADRA) vergebenen eID verknüpft ist. Den so als Regierungskritiker Enttarnten sperrten die staatlichen Ämter dann die Reisepässe beziehungsweise Personalausweise. Damit können die Betroffenen kaum noch am öffentlichen Leben teilnehmen, weil dafür allerorten Personaldokumente nötig sind. Angesichts dessen warnen jetzt 30 Bürgerrechtsorganisationen rund um die Welt vor dem Missbrauch digitaler Identitäten, wie sie auch in der Europäischen Union eingeführt werden sollen. W.K.

NGO-Gelder kontrollieren

Straßburg/Brüssel – Abgeordnete des Europäischen Parlaments überlegen, eine Instanz zur Untersuchung der Finanzierung von NGOs einzurichten. Kontrolliert werden sollen sogenannte zivilgesellschaftliche Gruppen, die Gelder von der Europäischen Kommission erhalten. EVP-Chef Manfred Weber begründete die Forderung nach Schaffung einer Arbeitsgruppe: „Dass die Exekutive der Europäischen Union Lobbyisten bezahlt, um auf die Legislative der Europäischen Union Einfluss zu nehmen, ist inakzeptabel und muss aufhören.“ Die Fraktion der Sozialdemokraten besteht darauf, dass die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe auf alle Empfänger von EU-Mitteln ausgeweitet werden soll. Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) kündigte an, sich weiterhin für einen Untersuchungsausschuss einsetzen zu wollen. Im Raum steht dabei der Vorwurf, dass NGOs EU-Gelder erhalten haben, damit diese Lobbyarbeit für die EU-Kommission machen. H.M.

NORDIRLAND

Die neue Lunte am Pulverfass brennt

Ist der migrationsbedingte demografische Wandel die Ursache für die wütenden Unruhen?

VON BODO BOST

In den Jahren ab 1970 war Nordirland für seine konfessionellen Unruhen zwischen Katholiken und Protestanten bekannt. Die beiden Lager schenkten sich nichts, verübten gegenseitig schwerste Terrorattacken mit hohen Opferzahlen. Nach einem unnatürlichen demographischem Wandel, was schlicht und einfach unkontrollierte Massenzuwanderung ist, wehren sich jetzt Katholiken und Protestanten gegen Verfremdung durch gewaltbereite Migranten.

In Ballymena – einer Stadt, die eine halbe Stunde nördlich von Belfast liegt – kam es tagelang zu schweren Unruhen, wie es sie seit dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in den 1970er Jahren nicht mehr gegeben hatte. Vorausgegangen waren sexuelle Übergriffe von zwei rumänischen 14-jährigen Jugend-Migranten aus der Volksgruppe der Roma auf ein einheimisches Mädchen von ebenfalls 14 Jahren. Die Menge warf Benzinbomben und Ziegelsteine auf Polizeieinheiten und versuchte, Häuser in einer zentralen Wohnstraße, in denen Migranten lebten, niederzubrennen. Die Demonstranten

wurden mit einem Wasserwerfer auseinandergetrieben; mindestens 15 Polizeibeamte wurden nach eigenen Angaben verletzt; es wurden Fensterscheiben eingeschlagen und Autos angezündet.

In Nordirland sind aber inzwischen nicht mehr nur die illegalen Migranten das Ziel, sondern auch diejenigen, die diese Menschen ins Land geholt haben – also die Behörden. Jim Allister, der örtliche Abgeordnete, der die konservative und protestantische Partei Traditional Unionist Voice vertritt, betonte, die „sehr beunruhigenden“ Szenen seien ein Produkt der Unzufriedenheit über den „bedeutenden demografischen Wandel in der Region“, der durch die „ungehinderte Einwanderung“ verursacht werde. In den letzten Jahren und Jahrzehnten verschifften die britischen Behörden bewusst Bootsmigranten aus England nach Nordirland, um dort den alten historisch bedingten sozialen Sprengstoff durch einen neuen, vielleicht sogar gefährlicheren, zu ersetzen.

Die Parallelen von Nordirland zu Dublin weniger als zwei Jahre zuvor waren nicht zu übersehen. Im November 2023 stand die Stadt in Flammen, nachdem ein Eingebürgerter algerischer Herkunft

„Die beunruhigenden Szenen sind ein Produkt der Unzufriedenheit über den bedeutenden demografischen Wandel“

Jim Allister
Abgeordneter der Partei
Traditional Unionist Voice

mehrere Schulkinder und deren Lehrerin in der nördlichen Innenstadt angegriffen hatte. Es gibt mehrere Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ereignissen: ein gemeinsamer rhetorischer Grund (in Dublin riefen die Demonstranten „Irland ist voll“, in Nordirland hingen Transparente mit der Aufschrift „Wir wollen unser Land

zurück“); eine unzusammenhängende, kleine und wütende Gruppe von Einheimischen, die durch einen gewalttätigen Angriff auf Kinder geeint wurde; und eine soziale Medienlandschaft voller falscher Informationen, die sich schneller verbreiteten, als die Behörden darauf reagieren konnten.

Auch die tieferen sozialen Konturen sind ähnlich: Es handelt sich um weiße Arbeiterviertel. Viele Zeitungskolumnen, Bücher, soziologische Studien und Dokumentarfilme wurden produziert, um diese Wut zu erklären, zu kritisieren und in einigen Fällen auch zu beschwichtigen. In Großbritannien gewann die Migrationsfrage erst nach dem Votum für den Austritt aus der Europäischen Union im Jahr 2016 so richtig an Bedeutung. An der grundlegenden, fundamentalen Tatsache hat sich seither aber nichts geändert. Eine unglückliche, entfremdete weiße Arbeiterklasse kanalisiert ihre Verzweiflung und auch ihre Wut in verzweifelten politischen Spielchen oder, noch düsterer, in offener, roher Gewalt.

Gemeinsame Herausforderungen durch Migration

Irland und Großbritannien ähneln sich in dieser Hinsicht zunehmend. Vor allem in Dublin ist der demografische Wandel rasant: Im Jahr 2023 erreichte die Zuwanderung mit 141.600 einen 16-Jahres-Höchststand. Eine im Sommer durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass immerhin 75 Prozent der Menschen der Meinung waren, Irland nehme zu viele Asylsucher auf. Das Land hatte sich lange Zeit für immun gegen die schlimmsten Auswüchse des Nationalpopulismus gehalten, aber das extreme Ausmaß der Einwanderung in Verbindung mit der tiefgreifenden Wohnungskrise des Landes hat zu einer Atmosphäre wie in einem Pulverfass geführt.

Nach den Anschlägen von Southport in England im August 2024 durch einen aus Ruanda stammenden Messerstecher, kam es in Belfast zu einer eigenen groß angelegten Demonstration, welche die Proteste jenseits der Irischen See unterstützte. Beide Seiten vereinten sich schließlich zu einer gemeinsamen Sache: der Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Die durchlässigen sozialen Medien verstärkten die Spannungen auf beiden Seiten des Meeres.



Nachdem zwei Roma-Jugendliche ein 14-jähriges Mädchen sexuell belästigt hatten: Aufstand in Nordirland gegen zu viele Migranten

FLÜCHTLINSBEWEGUNG

Zwei Millionen Syrer sind bereits zurückgekehrt

Trotz Forderung nach Familiennachzug durch Grüne und Linke hat der Trend sich gedreht

Die Zahl derer, die durch Krieg und Verfolgung vertrieben wurden, blieb 2025 bisher aufgrund anhaltender Konflikte wie im Sudan und in der Ukraine „unhaltbar hoch“ und liegt bei über 122 Millionen, laut UN-Flüchtlingshilfswerk. Und das, obwohl die Rückkehr von fast zwei Millionen Syrern ein Lichtblick ist. Laut UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, wurden bis Ende 2024 weltweit 123,2 Millionen Menschen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben.

Hauptursachen für Vertreibungen sind die Konflikte im Sudan, in Myanmar in der Ukraine und bis vor Kurzem in Syrien. Bis Mitte Mai sind schätzungsweise mehr als 500.000 Syrer seit dem Sturz von Assad aus dem Ausland ins Land zurückgekehrt, die meisten davon aus dem Libanon und der Türkei. Auch 1,4 Millio-

nen. Binnenvertriebene innerhalb Syriens konnten seither in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren. Das UNHCR schätzt, dass weitere bis zu anderthalb Millionen Syrer aus dem Ausland und zwei Millionen Binnenvertriebene bis Ende 2025 zurückkehren könnten. Politiker der Grünen und Linken fordern dennoch weiter einen Familiennachzug aus Syrien nach Deutschland.

Sudan löst Syrien ab

Mit 14,3 Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen ist der Sudan aktuell die größte Vertreibungsnation der Welt und hat damit Syrien (13,5 Millionen) überholt, gefolgt von Afghanistan (10,3 Millionen), Venezuela (neun Millionen) und der Ukraine (8,8 Millionen). „Die Dynamik wird zeigen, ob es möglich ist, Frie-

den oder zumindest eine Einstellung der Kämpfe zu erreichen, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan und in der Ukraine. Es hängt auch davon ab, ob sich die Bedingungen für die Rückkehr in Afghanistan verbessern“.

Flüchtlinge nach Russland

Ein weiterer Faktor war, „wie schwerwiegend die Auswirkungen der derzeitigen Mittelkürzungen durch die USA sein werden“, wenn es darum geht, Bedingungen für eine sichere Rückkehr zu schaffen. Die USA waren bislang der größte Beitragszahler für das UN-Flüchtlingsprogramm. Jetzt müssen endlich auch Russland, China und arabische Länder zur Kasse gebeten werden, oder Flüchtlinge aufnehmen.

Insgesamt kehrten 2024 schon 9,8 Millionen vertriebene Menschen in ihre Hei-

mat zurück, darunter 1,6 Millionen Flüchtlinge – so viele wie seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht mehr – und 8,2 Millionen Binnenvertriebene – die zweithöchste Zahl aller Zeiten. „Wir haben in den letzten sechs Monaten einige Hoffnungsschimmer gesehen“, sagte UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi.

In Staaten wie der Republik Kongo, Myanmar und dem Südsudan kam es zu neuen Zwangsvertreibungen. Zwei Drittel der Flüchtlinge bleiben jedoch in den Nachbarländern. Der Iran (3,5 Millionen), die Türkei (2,9 Millionen), Kolumbien (2,8 Millionen), Deutschland (2,7 Millionen) und Uganda (1,8 Millionen) sind weltweit die größten Aufnahmeländer für Asylsucher, wobei Deutschland das einzige Aufnahmeland ist, das kein Nachbarland eines Konflikts ist. bob

VON PETER ENTINGER

Die aktuellen Zahlen sind alarmierend, die Tendenz besorgniserregend: Deutschlands Senioren stehen immer häufiger mit dem Rücken zur Wand. Nicht gesundheitlich, nicht sozial – sondern finanziell. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, liegt die durchschnittliche Schuldenlast bei über 65-Jährigen, die Beratung in Anspruch nahmen, bei fast 47.000 Euro. Das ist mehr als das Vierfache der durchschnittlichen Schulden junger Erwachsener unter 25 Jahren. Ein Befund, der sich nicht nur auf Einzelschicksale beschränkt, sondern ein klar strukturelles Problem offenlegt.

Während viele den Ruhestand als verdienten Lohn eines arbeitsreichen Lebens betrachten, sieht die Realität für Hunderttausende Rentner anders aus. Kredite, offene Forderungen, Mahnungen: Die Schuldenfalle schnappt im Alter besonders erbarmungslos zu. Und es ist keine Frage des Einzelfalls – es ist ein Massenphänomen. Im Jahr 2024 suchten rund 561.000 Menschen Hilfe bei Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Im Durchschnitt waren sie mit beachtlichen rund 33.000 Euro verschuldet.

Besonders hart trifft es dabei die ältere Generation, die mit einem meist geringeren Einkommen, steigenden Lebenshaltungskosten und oftmals fehlender familiärer Unterstützung konfrontiert ist. Die sogenannten Babyboomer, jahrzehntelang das Rückgrat der Wirtschaft, geraten immer öfter ins finanzielle Abseits. Wer im Alter auf staatliche Grundsicherung angewiesen ist, hat kaum Spielraum für Tilgungen. Dennoch machen gerade Kreditschulden bei Banken den größten Anteil an Verbindlichkeiten der über 65-Jährigen aus. Rund 59 Prozent dieser Altersgruppe waren 2024 bei Kreditinstituten verschuldet – mit einer durchschnittlichen Summe von 23.790 Euro.

Verschuldet und einsam

Im Gegensatz dazu stehen jüngere Menschen vor allem bei Telekommunikationsunternehmen in der Kreide. Während ein unbezahlter Telefonvertrag in der Regel auf einige Monate begrenzt ist, ziehen sich Kreditverpflichtungen über Jahre hin. Besonders drastisch zeigt sich das beim Blick auf die sogenannte Überschuldungsintensität – also dem Verhältnis zwischen monatlichem Nettoeinkommen und bestehenden Verbindlichkeiten. Während junge Erwachsene im Schnitt elf Monate benötigen würden, um schuldenfrei zu werden, liegt dieser Wert bei den Senioren bei 38 Monaten. Mehr als drei Jahre also, in denen keinerlei finanzielle Flexibilität mehr möglich ist.



Die Renten in Deutschland: Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig

Bild: picture alliance/Westend61|Ok Shu

MASSENPHÄNOMEN

Schulden: Neuerdings trifft es immer öfter Senioren

Statt wohlverdientem Ruhestand sitzen sie in der Schuldenfalle bei Banken – Wegen niedriger Renten können sie keine Tilgung mehr leisten

Vor allem alleinstehende, ältere Männer sind betroffen: Ihre Schuldenlast betrug im Schnitt 33.000 Euro, bei alleinlebenden Frauen lag sie bei 27.650 Euro.

Die sozialen Netze, die in jüngeren Jahren durch Partnerschaften, Freundeskreise oder Beruf noch gegeben sind, reißen im Alter oft ab. Einsamkeit wird zum Risikofaktor. Wenn das Einkommen plötzlich nicht mehr ausreicht und zugleich Altschulden bestehen, ist der Weg zur Schuldnerberatung meist unausweichlich. Die häufigsten Auslöser für eine Überschuldung sind Krankheit, Sucht und Unfall – mit einem Anteil von 18,1 Prozent. Arbeitslosigkeit folgt mit 17,4 Prozent. Auffällig ist auch die gescheiterte Selbstständigkeit, die viele Menschen im mittleren Alter in den finanziellen Ruin treibt. Hier liegt eine strukturelle

Schwachstelle im System: Die Absicherung von Selbstständigen gegen Altersarmut und Schulden ist nach wie vor unzureichend.

Ein Trend ohne absehbares Ende

Die Schuldnerberatungsstellen sind in dieser Gemengelage längst zu mehr geworden als bloßen Auskunftsstellen. Doch ihre Mittel sind begrenzt. Zwar plant die Politik eine Ausweitung der finanziellen Ausstattung dieser Stellen, doch der Bedarf wächst schneller als die Mittel. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem verschärfen.

Bereits heute stellen Menschen im Alter zwischen 35 und 45 Jahren mit 28 Prozent den größten Anteil der Ratsuchenden. Wer in dieser Lebensphase in finanzielle Schieflage gerät, wird in vielen Fäl-

len die Altlasten mit ins Rentenalter tragen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Anteil überschuldeter Senioren in den kommenden Jahren weiter steigt, ist hoch. Besonders schwer wiegt das alles in einem Land, das sich seines Sozialstaats rühmt. Die Vorstellung, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder großgezogen und Steuern gezahlt haben, im Alter unter einem Schuldenberg zusammenbrechen, widerspricht jeder Idee von Generationengerechtigkeit. Und ein Ende der Fahnenstange scheint nicht in Sicht. Die Zahlen des Statistischen Bundesamts offenbaren einen dringenden Handlungsauftrag. Denn Schulden im Alter sind kein Randphänomen mehr. Sie sind vielmehr ein Symptom einer immer größer werdenden gesellschaftlichen Spaltung.

TERRORISTISCHE KRIEGSFÜHRUNG

Gezielter Agroterror durch heimtückische Erreger

Vor allem China hat es mit perfiden biologischen Waffen auf die Agrarindustrie der USA abgesehen

Agroterrorismus ist eine Spielart des Bioterrorismus beziehungsweise der biologischen Kriegsführung. Dabei geht es darum, die Nahrungsmittelproduktion des Gegners mit Hilfe von speziellen Krankheitserregern zu schwächen. Das kann wiederum zu Millionen Todesopfern durch Hunger und gigantischen materiellen Verlusten führen. So erwirtschaftet der US-Agrarsektor einschließlich der vor- und nachgelagerten Industrien fast eine Billion US-Dollar pro Jahr.

Die gezielte Nutzung von Krankheitserregern zur Schädigung von Tieren und Pflanzen wird zwar durch die Biowaffenkonvention von 1972, der inzwischen fast alle Staaten der Welt beigetreten sind, verboten, doch im Zeitalter der asymmetrischen Kriege liegt die Versuchung nahe, sich auf solche Weise Vorteile zu verschaf-

fen. Vor diesem Hintergrund besitzen zwei Fälle, bei denen es um geschmuggeltes Biomaterial geht, erhebliche Brisanz.

Bereits im Sommer 2024 fanden US-amerikanische Grenzschutz- und Zollbeamte während einer Routinekontrolle am Flughafen von Detroit im Gepäck des einreisenden chinesischen Staatsbürgers Zunyong Liu einen Plastikbeutel mit verdächtigem Inhalt. Kurze Zeit später stand fest, dass es sich um Proben des Pilzes *Fusarium graminearum* handelte.

Dieser kann an Weizen, Gerste, Mais und Reis Ährenfäule verursachen und damit Schäden in Milliardenhöhe anrichten. Des Weiteren setzt er Giftstoffe frei, die bei Mensch und Tier zu schweren Gesundheitsstörungen führen. Insofern ist der Pilz eine ideale Waffe in den Händen von Agroterroristen. Liu gab an, er trans-

portiere das Pflanzenmaterial für eine Freundin namens Yunqing Jian, die an der University of Michigan arbeite. Obwohl sich der Chinese extrem verdächtig gemacht hatte, durfte er unbehelligt nach der behördlichen Beschlagnahme des Pilzes wieder in seine Heimat zurückreisen.

Vor Kurzem stellte sich dann heraus, dass Jian der Kommunistischen Partei Chinas angehört und von dieser offenbar beauftragt wurde, heimlich mit *Fusarium graminearum* zu experimentieren. Deshalb sitzt sie seit dem 2. Juni wegen des Vorwurfs der Verschwörung gegen die USA in Untersuchungshaft. Mitangeklagt ist auch Liu, der sich jedoch außerhalb der Reichweite der US-Justiz befindet.

Darüber hinaus nahm die US-Bundespolizei FBI am 8. Juni eine weitere Chinesin auf dem Flughafen von Detroit fest,

welche gleich mehrere Pakete mit „verstecktem biologischen Material“ in die USA schmuggeln wollte, wobei dieses erneut an Mitarbeiter der University of Michigan gehen sollte. Die nunmehr verhaftete Chengxuan Han arbeitet am College of Live Science and Technology der Huazhong-Universität in Wuhan, also genau der Stadt, in der die Corona-Pandemie ihren Anfang nahm.

Im Unterschied zu Liu führte Han Rundwürmer und Proben schädlicher Bakterien mit. Gleichzeitig war sie jedoch vorsichtiger als ihr Anschlagsvorgänger, der auf seinem Mobiltelefon sogar Informationen über die verheerenden ökonomischen Folgen des Agroterrorismus gespeichert hatte: Die Daten auf ihrem Handy wurden vor der Einreise in die USA fast vollständig gelöscht. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

VW präsentiert das Robotaxi

Wolfsburg – Der Volkswagen-Konzern hat mit dem ID.Buzz AD sein erstes vollautonomes Serienfahrzeug präsentiert. Die ersten dieser selbstfahrenden Robotaxis sollen zunächst in Hamburg den regulären Betrieb aufnehmen. Für 2026 plant VW die Serienzulassung in weiteren europäischen Regionen und den USA. Volkswagen hat den ID.Buzz AD speziell für gewerbliche Fahrdienste entwickelt. Als Kunden will VW nicht Privatpersonen gewinnen, sondern Städte, Gemeinden und die Betreiber von Fahrzeugflotten. Passagiere sollen das Robotaxi per Smartphone anfordern und damit auch die Türen des Fahrzeugs öffnen können. Volkswagen erhofft sich durch das Geschäft mit Robotaxis zweistellige Margen und den Einstieg in ein Milliardengeschäft. Der Wolfsburger Konzern kommt mit dem ID.Buzz AD dem US-Konkurrenten Tesla zuvor, der seine erste Flotte fahrerloser Taxis ebenfalls bald in Betrieb nehmen will. *H.M.*

Grenzwerte als Pleiten-Turbo

Brüssel – Der Branchenverband Association des Constructeurs Européens d'Automobiles (ACEA), der 15 große Hersteller von Personen- und Lastkraftwagen sowie Bussen vereint, warnt vor den 2025 eingeführten CO₂-Flottengrenzwerten für Nutzfahrzeuge, die in den kommenden Jahren kontinuierlich verschärft werden sollen. Ab 2040 sollen fast nur noch Lkw und Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb in Europa fahren dürfen. Die ACFA kritisiert primär die Regelung, dass auch die Hersteller Strafzahlungen leisten müssen, wenn der Anteil der „emissionsfreien“ Fahrzeuge bei den Neuzulassungen nicht deutlich steigt: Solche Modelle sind immerhin bis zu 250 Prozent teurer als Dieselfahrzeuge und somit für viele kleine und mittlere Logistikunternehmen unerschwinglich. *W.K.*

MuRe verlässt Klima-Allianz

München – Der Rückversicherer Munich Re zieht sich nach mehreren Jahren des Engagements aus mehreren globalen Klima-Allianzen zurück. Das betrifft vor allem die „Net Zero Asset Owner Alliance“ (NZAOA) und die „Net Zero Asset Managers Initiative“ (NZAMI) ebenso wie die Initiative „Climate Action 100+“ und die „Institutional Investors Group on Climate Change“. Die weltgrößte Rückversicherung begründet den Austritt aus den Klimainitiativen mit Rechtsunsicherheit und komplexen Berichtspflichten. Durch die Mitgliedschaft in der NZAOA hatte sich Munich Re verpflichtet, das gesamte Anlageportfolio bis 2050 auf Netto-Null-Emissionen umzustellen. Wie der Versicherer mitteilt, sind die klimabezogenen Berichtspflichten und der damit verbundene administrative Aufwand für internationale Konzerne auch durch uneinheitliche Regulierungen und unterschiedliche Mitgliedschaften zu komplex geworden. Sie stünden zudem nicht annähernd im Verhältnis zur erzielten Wirkung im Klimaschutz, erklärt die Munich Re. *H.M.*

KOMMENTARE

Ein grünes Eigentor

HERMANN MÜLLER

„Not in my Backyard“ oder auf Deutsch „Nicht in meinem Hinterhof“ lautet bislang ein beliebter Vorwurf in grün-affinen Großstadtmilieus, wenn sich Menschen im ländlichen Raum gegen den Bau neuer Windkraftanlagen oder Solarparks im XXL-Format in ihrer Nachbarschaft zur Wehr setzen. Zur Rettung des Klimas müsse jeder ein Opfer bringen, so die Anhänger der Energiewende vom Prenzlauer Berg in Richtung Provinz. Tatsächlich gleichen ganze Landstriche im ländlichen Raum inzwischen Industriegebieten mit entsprechend optischem Charme: Windkraftanlagen reichen bis zum Horizont, Solarparks breiten sich Hektar um Hektar aus.

Der Versuch, noch mehr Windkraftanlagen zu erzwingen, dürfte den Zustimmungswerten der Grünen im Ländlichen kaum weiteren Schaden zufügen: Hier liegen die Wahlpräferenzen ohnehin zumeist anders. Die Hochburgen der Grünen befinden sich in Universitätsstädten und den großen Metropolen. Mit Blick auf Berlin, Hamburg und

Bremen könnte der frühere Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck seiner Partei jedoch ein Eigentor verpasst haben. Mit seinem Windenergieflächenbedarfsgesetz aus dem Jahr 2022 hat der „Klimaminister“ selbst die drei dicht besiedelten Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin verpflichtet, Gebiete für den Bau von Windkraftanlagen zu reservieren.

Bei der Suche nach Standorten für Windräder geraten in den Millionenstädten Berlin und Hamburg nun sogar Naherholungsgebiete und ohnehin nur spärlich vorhandene Waldflächen ins Visier der Planungsbehörden. Parallel dazu machen – wie im Fall des Berliner Grunewalds – Bürgerinitiativen und Naturschützer mobil. Mit voller Berechtigung weisen sie auf die Schäden an der Natur hin, wenn in Wäldern für Windkraftanlagen Bäume abgeholzt, Betonfundamente gegossen und Wegenetze angelegt werden. Die naturzerstörenden Schattenseiten der Energiewende rücken damit auch den Großstadtmilieus ins Bewusstsein, die bislang treue Stammwähler der Grünen waren.

Wo steht das Recht?

HANS HECKEL

Völkerrechtler streiten leidenschaftlich über die Frage, ob der israelische Angriff auf die iranischen Atomanlagen gegen internationales Recht verstößt oder nicht. Das Völkerrecht erlaubt einen „präemptiven Angriff“, wenn ein Staat einen anderen existentiell mit Gewalt droht und, darauf kommt es in letzter Konsequenz an, zur Umsetzung dieser Drohung in unmittelbarer Zukunft bereit und in der Lage ist.

Seit seiner Machtübernahme 1979 droht das Mullah-Regime mit der Auslöschung des „zionistischen Gebildes“, wie Israel dort genannt wird. Das Atomprogramm diene indes nur friedlichen Zwecken, beteuert die Regierung des östlichen Landes. Um dies glaubhaft zu machen, hat der Iran seit Jahren mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zusammengearbeitet, damit IAEO-Abgesandte überprüfen konnten, ob Teheran seine Verpflichtungen

aus dem Atomwaffensperrvertrag einhält und nicht auf die Bombe hinarbeitet.

Vor wenigen Wochen aber beschwerte sich die IAEO, dass die iranische Seite ihre Verpflichtungen nicht mehr erfülle, die Kontrolle also nicht mehr gegeben sei. Gleichzeitig wurde berichtet, dass der Anreicherungsprozess in den iranischen Anlagen zur Erlangung von waffenfähigem Uran kurz vor der Vollendung gestanden habe.

Darauf stützt sich die israelische Argumentation: Man habe schlicht nicht mehr warten können, sonst wäre es zu spät gewesen. Dass das Mullah-Regime die Vernichtung Israels anstrebt, daran hat es ja nicht nur verbal, sondern auch aktiv (etwa durch die Unterstützung von Hamas, Hisbollah, Huthis) den einen Zweifel gelassen. Während über die Art des Vorgehens in Gaza auch in der israelischen Gesellschaft heftig gestritten wird, findet jenes gegen das iranische Atomprogramm daher nahezu einhellige Unterstützung in Israel.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Bei Radfahrern beliebt: Sich an Fahrzeugschlangen vorbeidrängeln. Der 1,5-Meter-Abstand ist ihnen dann plötzlich völlig egal

LEITARTIKEL

Fahrrad, Fahrrad über alles

JENS EICHLER

Jeder Unfall, jeder Verletzte und erst recht jeder Tote im Straßenverkehr ist einer zu viel. Schaut man sich die Statistik an, wird die Dramatik erst recht deutlich: Jedes sechste Todesopfer im Straßenverkehr war 2024 ein Radfahrer. Und damit nimmt die Opferzahl gegen den Trend zu. Das ist umso bemerkenswerter, als alle Städte in der Bundesrepublik propagieren, doch ach so viel für die Sicherheit der Radfahrer zu tun, hohe Summen an Steuergeldern in die Radfahrinfrastruktur zu investieren – viel gute Absicht, nur die Ergebnisse lassen zu wünschen übrig. Besonders auffällig ist, wenn man sich auf Ursachenforschung begibt: Schuld haben ausschließlich die anderen. Nur eine Gruppe genießt komplette Absolution: die Radfahrer selbst.

Moralische Überheblichkeit

Man kann es ihnen nicht einmal verdenken. Werden sie doch von verantwortlichen Politikern, allen voran von den grünen Demagogen, auf ein derart hohes moralisches Podest gestellt, dass sie nicht nur für andere unantastbar werden, sondern sich mittlerweile selbst auch für das Maß aller Dinge halten. So viel Arroganz, Selbstherrlichkeit und auch schon lebensgefährliche Unantastbarkeit ist inzwischen schon zu einer Bedrohung mutiert, die auch andere in Mitleidenschaft zieht.

Wer täglich am Straßenverkehr teilnimmt – als Autofahrer, Motorradfahrer oder Fußgänger – der kommt aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus. Und um es an dieser Stelle gleich zu sagen: Auch unter den eben Genannten gibt es genug Rücksichtslose, die Radfahrer in allerhöchste Gefahr bringen. Straßenrambos, Raser, egoistische Rücksichts- und Verantwortungslose, aggressive Rowdies und einfach nur Inkompetente. Keine Frage. Das eigentliche Problem ist aber die kaum noch zu ertragene Einseitigkeit der Schuldzuweisung – sowie die moralische Selbstherrlichkeit der Radler.

So wird zu Recht gefordert, dass Autofahrer die „Sattelsitzer“ mit 1,5 Metern Abstand überholen. Wehe dem, der diese Distanz nicht einhält. Mit Drohgebärden, wüsten Schimpfkanonaden und ebenso mit Gewalt bis hin zur Sachbeschädigung gegen das entsprechende Fahrzeug seitens der Radfahrer sollte dann gerechnet werden. Bis zu einem gewissen Maß ist diese Reaktion sogar verständlich. Ko-

misch aber ist, dass dieser geforderte Mindestabstand von 1,5 Metern dann keine Rolle mehr spielt – schon gar keine in puncto Sicherheit des Radfahrers – wenn dieser waghalsig balancierend an einer wartenden Autoschlange vorbeiwinkt. Oft passt zwischen Auto, Fahrrad und Kantstein keine Briefmarke mehr. Der Radler schiebt sich dennoch mit einem Bein rollerrähnlich tretend so wackelig an der Fahrzeugkolonne vorbei, dass jeden Moment der ultimative Sturz droht. Für die Radler alles kein Problem. Auch nicht, wenn sie die wartenden Fahrzeuge links überholen, dabei gern entgegenkommende Fahrzeuge ausbremsen und ihnen sogar noch die Faust schwingend drohen. Sollte etwas passieren – na klar, der Autofahrer hätte schuld. Zumindest in den Augen der moralisch selbstherrlichen Radler und ihrer grünen Verführer.

Ist die Geduld eines Radlers bei vollen Straßen aber völlig am Ende, geht es schwupp-di-wupp im flotten Tempo – auch gern mit schnellen E-Bikes – über den Bürgersteig, mitten durch die Fußgängermassen. Ein Ruf wie „Hey, pass auf, das ist hier kein Radweg“ wird mit dem berühmten Mittelfinger, oder auch mit einigen Begrifflichkeiten aus der untersten Niveauschublade beantwortet.

Locker ins Cabrio gespuckt

Statistiken beweisen: Am häufigsten kommt es beim Abbiegen zu Kollisionen zwischen Auto und Fahrrad mit oft verheerenden Folgen für Radfahrer. Wie das Risiko vermindert werden könnte? Ganz einfach: Radfahrer müssten sich endlich hinter die Autos einreihen und nicht neben ihnen, oder gar rechts neben ihnen vorbeifahren. Da nützen keine farbigen Radwege, keine bunten Pfeile und noch nicht einmal von der Fahrbahn getrennte Radwege – wenn sich die Fahrwege unnötig kreuzen, ist das Unfallrisiko extrem hoch. Zudem ist das auch eine Frage der Radwegführung, die aber bei Politikern gern ignoriert wird, da Radler völlige Freiheiten zugeschrieben bekommen, während Autofahrer das volle Risiko tragen.

Apropos Radweg: Sind diese vorhanden, und das ist immer öfter der Fall, heißt das nicht, dass sie auch benutzt werden. Wo kommen wir denn hin, wenn Radfahrer nicht radeln dürfen, wo sie wollen? Wer die Moral des Anstands, des Klimafreundes, der CO₂-freien Fortbewegung und damit das Placet der grünen Mobilitätsmerziere auf seiner Seite hat,

der fährt auf der Straße und lässt den Radweg völlig außer Acht. Gern langsam, aber dafür zu zweit (natürlich nebeneinander) mit einem Aktivistenkumpel getreu dem Motto: „Euch Autofreaks werden wir es schon zeigen. An uns kommt ihr nicht vorbei. Wenn's euch nicht passt, dann nehmt doch die Bahn!“ Wer es dann wagt – sollte sich die Chance ergeben – so ein mobiles Radelhindernis zu überholen – natürlich mit 1,5 Metern Abstand –, darf froh sein, keinen Tritt gegen das Auto abzubekommen, oder wie neulich in Hamburg an der Hafensstraße live gesehen, als eine Radfahrerin mit Inbrunst in ein 3er-BMW-Cabrio reinspuckte. Klar, Radler überholen ist verboten, das gilt für einen BMW-Kapitalisten erst recht. Bleibt zu hoffen, dass der nicht auch noch die Unanständigkeit besaß, einen schicken Hermesgürtel oder ein Boss-Sakko zu tragen. Dann stünde er wohl kurz vor der radfahrergerechten Kreuzigung.

Freiheit des grünen Radfahrers

Dies sind nur einige wenige Beispiele von vielen. Das Problem dabei ist: Autos, Motorräder, Mofas ... alle tragen ein Kennzeichen, nur Fahrräder nicht. Heißt: Identität nicht ermittelbar – ob Rotsünder, Falschabbieger, Radel-Rowdies oder Pedal-Provozierer. Sie kommen stets ungeschoren davon. Auch die paar wenigen Polizeikontrollen ändern daran nichts.

Fehlende Kontrolle und Sanktionen sind ein schweres Manko, wenn es um den Verkehrsfrieden geht. Parken Autos, und sei es nur beim Be- und Entladen, auch nur rudimentär an einem Radweg – die Hölle bricht los. Rast ein Radfahrer durch die Menschenmengen auf den Fußweg? Passiert nichts. Die Grünen betonen die „Freiheit“ des Radfahrens, was dazu führt, dass Verstöße wie das Fahren auf Gehwegen oder das Ignorieren von roten Ampeln toleriert werden. Dies verschärft die Konflikte, da Autofahrer sich benachteiligt fühlen, wenn sie streng kontrolliert und bestraft werden, während Radfahrer straffrei bleiben. Verkehrsregeln müssen für alle gelten: Radfahrer müssen sie wie Autofahrer einhalten. Die Einführung eines Radkennzeichens, eines „Fahrradführerscheins“ für Erwachsene oder verstärkte Polizeikontrollen bei Verstößen könnten das Verantwortungsbewusstsein stärken. Gleichzeitig sollten Autofahrer, die Radfahrer gefährden, konsequent bestraft werden, um Vertrauen aufzubauen – und zwar gegenseitig.

Mit Mistgabel und Sense gegen den Adel

Vor 500 Jahren forderten die Bauern „freiheit“ – Ausstellungen in Mühlhausen und Bad Frankenhausen widmen sich dem Bauernkrieg

VON VEIT-MARIO THIEDE

Vor 500 Jahren waren in Thüringen Mühlhausen und Frankenhausen die Zentren des Bauernkriegs. Der radikale Reformator Thomas Müntzer zog mit 300 Mann von Mühlhausen nach Frankenhausen, um die dort versammelten Aufständischen zu verstärken. Sie gingen gegen die Fürstenheere in der Schlacht bei Frankenhausen unter. Die Thüringer Landesausstellung „freiheit 1525“ widmet sich in drei Mühlhäuser Museen dem Bauernkrieg, während sich die Sonderausstellung im Regionalmuseum Bad Frankenhausen auf die Schlacht und Thomas Müntzer konzentriert.

Der erste Teil der Landesausstellung findet in dem zur Müntzergedenkstätte erklärten Museum Marienkirche statt. In ihr predigte Müntzer. Sein Freiheitsbegriff unterscheidet sich erheblich von unseren Freiheitsrechten. Die von ihm propagierte Freiheit meint die Loslösung des Menschen von allen irdischen Abhängigkeiten, seien es Begierden oder die Angst vor der Obrigkeit, um sich ganz Gott zu widmen.

Die Sonderschau besetzt das Langhaus. Vermittelt wird das Landleben um 1525 im Jahreslauf. Es geht in Wort, Bild und Objekten von der Sense und dem Pflug über die Mistgabel und die Schafschere bis hin zum Bienenkorb um Aussaat und Ernte, Viehzucht, Imkerei und was sonst noch das Landleben ausmachte. In der Präsentation fehlt die Obrigkeit. Dabei bewirtschafteten die Bauern doch Land, das dem Adel, der Kirche, Städten und Stiftungen gehörte. Diese Grundherren verlangten Abgaben und Frondienste. Da diese immer weiter stiegen, kam es vielerorts zu Aufruhr.

Hinsichtlich der Exponate ist übrigens die dem kirchlichen Leben gewidmete Abteilung die attraktivste. Sie wartet etwa mit einem Reliquienkreuz (um 1330) auf, das zu den wertvollsten mittelalterlichen Goldschmiedearbeiten Thüringens überhaupt gehört.

Der zweite Teil der Ausstellung wird im Bauernkriegsmuseum Kornmarktkir-



Als hätte Götz von Berlichingen seine Handprothese vergessen: Die Eiserne Hand des Ritters ist Teil der Ausstellung in Mühlhausen

che gezeigt. Hier stehen die Ereignisse des Bauernkriegs im Blickpunkt. Er begann im Südwesten Deutschlands. Plan des Ausstellungsteams ist es, die zentralen Ereignisse mit Hilfe von zwölf „Gesichtern des Bauernkriegs“ zu vermitteln. Erstaunlicherweise werden jedoch nur wenige Hauptakteure aufgerufen, während blass bleibende Gesichter aus der zweiten oder dritten Reihe überwiegen.

Durch Abwesenheit glänzt Georg Truchsess von Waldburg. Dabei war er als Feldherr des Schwäbischen Bundes, zu dem sich weltliche und geistliche Obrigkeiten sowie Reichsstädte zusammengeschlossen hatten, die zentrale Figur des Bauernkriegs im Südwesten. Er brachte den Aufständischen in etlichen Schlachten vernichtende Niederlagen bei.

Zu den beachtenswerten Gesichtern gehört der Laienprediger Sebastian Lotzer, der in Abstimmung mit den Abge-

sandten dreier Bauernhaufen die „Zwölf Artikel von Memmingen“ verfasste (siehe PAZ vom 6. Juni). Sie beziehen sich auf die Minderung von Abgaben und Frondiensten sowie die Abschaffung der Leibeigenschaft. Vielerorts übernahmen die Aufständischen diesen Forderungskatalog.

Buhmann Müntzer

Auch Müntzer wird hervorgehoben. Auf ihn bezieht sich ein makabres Schriftstück: Die Stadtrechnung mit Scharfrichtereintrag zur Wiederaufrichtung Müntzers. Der Bauernkriegsführer war nach der Niederlage in der Schlacht bei Frankenhausen gefangen genommen, am 27. Mai geköpft und sein aufgespießtes Haupt zur Schau gestellt worden. Nach einiger Zeit fiel der Kopf von der Stange. Der Scharfrichter steckte ihn wieder auf und bekam dafür sechs Groschen. Müntzers Hinrichtung wohnten die Sieger der

Schlacht bei: Landgraf Philipp von Hessen, Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel und Herzog Georg von Sachsen. Zu den in der Kornmarktkirche vorgestellten „Gesichtern des Bauernkriegs“ gehören sie jedoch nicht.

Vor der Kornmarktkirche steht neuerdings ein sieben Meter hohes Bauernkriegsdenkmal, das der Künstler Timm Kregel nach dem Vorbild eines 500 Jahre alten Entwurfs von Albrecht Dürer geschaffen hat. Enthalten ist er in Dürers Traktat „Underweysung der Messung“. Es ist im dritten Teil der Schau zu sehen. Den oberen Abschluss des Denkmals bildet ein zusammengesunkener Bauer, hinterrücks von einem Schwert durchbohrt.

Im Kulturhistorischen Museum geht es um die Erinnerung an den Bauernkrieg und dessen Deutung. Das älteste an den Bauernkrieg erinnernde „Denkmal“ ist 499 Jahre alt. Es handelt sich um den von

Kardinal Albrecht gestifteten Brunnen auf dem Mainzer Markt, der dort entgegen der Behauptung im Begleitheft zur Ausstellung noch immer steht. Er weist die lateinische Inschrift auf, der Kardinal habe den verfallenen Brunnen erneuern lassen, nachdem „die verhängnisvolle Verschwörung der Bauern“ niedergeworfen war. Blickfang ist das angeblich von Müntzer geführte „Sensenschwert“ mit vergoldetem Messinggriff. Der DDR-Maler Werner Tübke ist mit dem Gemälde „Schlachtberg“ (1979–1981) vertreten, auf dem Müntzer die Freiheitsfahne sinken lässt. Es diente der Vorbereitung seines riesigen Rundgemäldes „Frühbürgerlich Revolution in Deutschland“, das im auf dem Berg der Schlacht bei Frankenhausen errichteten Panoramamuseum zu sehen ist.

Die mit den Aufständischen verbündeten Einwohner Frankenhausens zerstörten in ihrer Stadt die Burg ihres Landesherren. Auf und aus ihren Trümmern ist Schloss Frankenhausen erbaut. In ihm residiert das Regionalmuseum. Es zeigt die Sonderschau „500 Jahre Bauernschlacht 15. Mai 1525 – Ein Ereignis prägt Stadt und Region“. Das wird mit alten und neuen Schriften, Bildern und Objekten veranschaulicht. Aber genau genommen gab es keine Schlacht, da die Aufständischen unmittelbar nach dem Angriff der Fürstenheere die Flucht ergriffen. Auf der wurden etwa 6000 Bauern und Frankenhäuser abgeschlachtet, während die Gegenseite nur sechs Mann verlor. Müntzer war nicht etwa Hauptmann der Aufständischen, sondern lediglich ihr Prediger, der behauptete, Gott sei auf ihrer Seite.

Den jahrhundertelangen Buhmann Müntzer erklärte die Führung der DDR zum Nationalhelden und Vorkämpfer des Sozialismus. Bereits lange vorher hatten die Bad Frankenhäuser ihn als einen der ihren wiederentdeckt, den sie seit Anfang des letzten Jahrhunderts mit Jahrestagen, Festspielen und Souvenirs ehren.

● Die Landesausstellung in Mühlhausen läuft bis 19. Oktober, die im Regionalmuseum Bad Frankenhausen bis 14. September. www.bauernkrieg2025.de, www.regionalmuseum-bfh.de

AUSSTELLUNG

Mit anarchistischer Freude

Ein Impressionist mit sozialutopischen Ideen – Potsdamer Museum Barberini präsentiert Camille Pissarro

Das Kunstmuseum im vom SAP-Gründer und Mäzen Hasso Plattner wiederaufgebauten Potsdamer Palast Barberini entwickelt sich immer mehr zu einem der bedeutendsten deutschen Ausstellungshäuser für impressionistische Kunst. Schon jetzt umfasst es eine umfangreiche Sammlung mit Werken von Claude Monet, Pierre-Auguste Renoir oder Camille Pissarro. Letzterer steht noch bis zum 28. September im Mittelpunkt der Ausstellung „Mit offenem Blick. Der Impressionist Pissarro“. Im Fokus steht dabei eine der Gründungsfiguren des Impressionismus, dessen Schaffen durch Offenheit und Experimentierfreude, aufmerksam beobachtete Details und sorgsam abgestimmte Harmonien geprägt ist.

Ausgehend von den sieben Gemälden Pissarros der Sammlung Hasso Plattner gibt die Ausstellung anhand von über 100 Werken aus 50 internationalen

Sammlungen einen fundierten Überblick über das gesamte Schaffen des Künstlers



Ein Höhepunkt seines Schaffens: Camille Pissarros „Avenue de l'Opéra“, 1898

und zeigt zugleich die sozialutopischen Ideen seiner Kunst.

Mit Pissarro wird ein Außenstehender zur zentralen Figur der Impressionisten. Seine ersten Studien fanden unter freiem Himmel in der Karibik und in Venezuela statt, und er bringt eine von akademischen Normen unabhängige Perspektive in den Kreis der Pariser Künstler, für den er die Rolle eines entscheidenden Vernetzers einnimmt. Er arbeitete mit Monet im Pariser Umland und brachte die Gruppe mit Paul Cézanne zusammen.

Der 1830 in Charlotte Amalie auf den damaligen Dänischen Antillen geborene Pissarro musste miterleben, wie beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 ein Großteil seiner Werke durch Soldaten beider Armeen in Paris zerstört wurde. Trotzdem legte er den Pinsel nicht enttäuscht zur Seite, sondern malte unermüdet Landschaften und gesellschafts-

utopische Bilder mit Bauern beim gemeinschaftlichen Heumachen, Ernten, Pflanzten und Säen.

Erst spät widmete sich Pissarro dem Thema der Stadtlandschaft. In mehreren Serien hielt er das geschäftige Treiben in den Häfen von Rouen, Dieppe und Le Havre in der Normandie fest und wandte sich ebenso der Metropole Paris zu. Die Straßen, Plätze und Brücken in seinen insgesamt 125 Ansichten der Hauptstadt bilden eine Projektionsfläche für alles Atmosphärische – bevölkert, gestaltet, belebt von unzähligen Menschen, der aktiven Kraft, die Pissarro Zeit seines Lebens mit seinem leisen, zurückgenommenen Humanismus dokumentierte. H. Tews

● Museum Barberini, Alter Markt in Potsdam, geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr, Eintritt: 16/18 Euro. www.museum-barberini.de

● MELDUNG

„Käferholz“ zum Anfassen

Berlin – Das Kunstgewerbemuseum am Berliner Kulturforum zeigt vom 28. Juni bis 21. September mit der Ausstellung „Symbiotic Wood“ eine Reise durch die Welt des Holzes. Holz, das von Käfern befallen ist, gilt – ökonomisch betrachtet – als von geringem Wert. Die Ausstellung konzentriert sich auf dieses „mehr-als-menschliche“ Material. Sie macht erfahrbar, wie ein Material, das konventionelle Vorstellungen von Qualität und Nützlichkeit untergräbt, zu neuen Designlösungen anregen kann. Im Innenhof des Museums befindet sich darüber hinaus eine begehbare Freiluftinstallation, welche die Themen Ernte, Lagerung und Neubewertung von Käferholz aufgreift. Sie zeigt, wie ein Material, das von der Industrie traditionell abgelehnt wird, neu gedacht und neu genutzt werden kann. tws

275 JAHRE GRAUMANNSCHE MÜNZREFORM

Mit Silber und Verstand

Wie Friedrich der Große, Graumann und Ephraim Preußen durch Geldprägung prägten

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Vor 275 Jahren wurde ein Mann zum Münzmeister berufen, dessen Name heute fast vergessen ist, obwohl er das preußische Geldwesen reformiert hat wie kaum ein anderer: Johann Philipp Graumann. In einer Zeit wirtschaftlicher Unordnung und internationaler Münzverwirrung versuchte er, Ordnung ins preußische Münzwesen zu bringen – und wurde zur Schlüsselfigur einer Reform, deren Schatten bis in den Siebenjährigen Krieg reichten. Dabei arbeitete er mit einem Monarchen zusammen, der wenig Skrupel kannte, wenn es um Geld und Macht ging: Friedrich II., der Große.

Die Münzen, die bis 1750 im Umlauf waren, glichen einem babylonischen Sprachengewirr aus Silberanteilen, Gewichten und Namen. Kein Händler, kein Bauer und kein Soldat konnte sicher sein, welchen Wert ein Taler oder Groschen am nächsten Tag noch hatte. Es gab Reichstaler, Kuranttaler, Konventionstaler – alle mit unterschiedlichem Gewicht und Silbergehalt.

Friedrich II., seit 1740 auf dem preußischen Thron, wusste, dass ein starkes Münzwesen ebenso wichtig war wie eine starke Armee. Er beauftragte den erfahrenen Kaufmann Johann Philipp Graumann (1706–1765), der im Jahr zuvor eine beachtliche Denkschrift zum Münzwesen verfasst hatte, ein neues System zu entwerfen. Dieser hatte eine klare Vision: Eine einheitliche, stabile und international anschlussfähige Währung, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen und Preußen ökonomisch auf Augenhöhe mit Österreich und den Niederlanden bringen sollte.

Graumann arbeitete für eine stabile, verlässliche Währung

Im Jahr 1750 wurde Graumann offiziell zum Münzdirektor ernannt. Er setzte auf eine neue Norm: 14 Taler aus einer Kölner Mark Silber, statt der bisherigen zwölf oder 18. Die Kölner Mark wog 233,856 Gramm. Damit war der preußi-



Die Hand bietet einen Größenvergleich: Der erste Taler der von Johann Philipp Graumann vor 275 Jahren ins Werk gesetzten Münzreform aus der reorganisierten Münzstätte Berlin mit dem Abbild Friedrichs des Grossen

Bild: ddp

sche Taler leichter als der österreichische, aber schwerer als viele kursierende Kleinmünzen – eine bewusste Gratwanderung. „Eine solche Münze muss so beschaffen sein, dass sie gleich einem ehrlichen Manne überall angenommen wird“, schrieb Graumann 1751 in einer Denkschrift an den König.

Seine Idee: Preußen sollte durch die Prägung hochwertiger Taler Silber aus dem Ausland anziehen und durch den Gewinn aus dem Münzgeschäft – dem sogenannten Seigniorage – die Staatskasse füllen, ohne Steuern erhöhen zu müssen.

Doch der Traum von Stabilität währte nicht lange. Mit dem Ausbruch des Sieben-

jährigen Krieges 1756 war der Bedarf an Geld schier unermesslich. Soldaten wollten Sold, Kanonen mussten gegossen, Korn gekauft werden. Friedrich der Große sah sich gezwungen, Graumanns Prinzipien über Bord zu werfen – und wandte sich an andere Männer. Einer von ihnen war der Hofjude Veitel Heine Ephraim (1703–1775), ein brillanter Finanzier, aber kein Reformier. Gemeinsam mit seinem Partner Itzig begann er, unterwertige Münzen mit dem vertrauten preußischen Münzbild zu prägen: die berüchtigten „Ephraimiten“. Sie sahen aus wie Taler, wogen wie Taler – doch enthielten sie oft nur noch ein Drittel des ursprünglichen Silbers.

Er sehe wohl, „dass man auch mit schlechtem Gelde große Dinge vollbringen“ könne, resümierte Friedrich und bewies im Krieg ökonomischen Pragmatismus. „Es ist gleichviel, womit man bezahlt, wenn der Soldat seinen Sold bekommt und das Volk Brot hat.“ Bedenken seiner Berater ignorierte der König. Für ihn war Geld „ein gutes Kanonenfutter“, ein Mittel zum Zweck in einem Krieg, den er nicht verlieren konnte.

Graumann, der Idealist, war bald aus dem Amt gedrängt. Seine Reformen für eine stabile Währung galten politisch stabilen Zeiten. In einem Brief beklagte er: „Ich habe für Ordnung gestritten,

doch die Unordnung hat gesiegt, golden glänzend in des Königs Namen.“ Preußen überschwemmte während des langen Völkerringens den Markt mit schlechten Münzen, teils auch in feindlichen Gebieten. Der Trick: Ausländisches Silber wurde angekauft, eingeschmolzen, zu schlechten Talern geprägt – und wieder ausgegeben. Eine frühe Form ökonomischer Kriegsführung.

Ephraim plädierte für ein Strecken der Silbermünzen

Doch mit dem Friedensschluss von 1763 endete auch die Toleranz für die Ephraimiten. Ihr Wert fiel rapide, das Vertrauen in preußische Münzen war nachhaltig erschüttert. Friedrich musste zurückrudern und ließ wieder bessere Münzen prägen. Doch das Image war beschädigt.

Heute, 275 Jahre nach der Graumannschen Reform, lässt sich ihre Bedeutung kaum überschätzen. Sie war ein früher Versuch, ein modernes, staatlich kontrolliertes Geldsystem aufzubauen, das auf Vertrauen, Stabilität und Vernunft basierte.

Der Konflikt zwischen Graumann und Friedrich, zwischen Reform und Realpolitik zeigt ein zeitloses Dilemma: Was ist Geld wert, wenn Vertrauen fehlt? Und wie viel Vertrauen darf ein Staat verspielen, um kurzfristig handlungsfähig zu bleiben?

Die Namen Graumann, Ephraim und Friedrich der Große stehen heute für drei Seiten derselben Medaille: Den Reformier, den Opportunisten und den Herrscher, der zwischen beiden lavierte. Die Münzgeschichte Preußens ist kein verstaubtes Kapitel – sie ist ein Spiegel der Staatsvernunft, der Krisenfestigkeit und der moralischen Grauzonen in Zeiten großer Not.

Dass wir heute über stabile Währungen, Münzgesetzgebung und Zentralbanken sprechen, verdanken wir nicht zuletzt auch jenen, die vor 275 Jahren den Mut hatten, Ordnung in ein System zu bringen, das kurz vor dem Kollaps stand – mit Silber, Verstand und einem Quantchen Skrupellosigkeit.

MELITTA BENTZ

Pionierin des Filterkaffees

Die smarte Erfinderin, Unternehmerin und Hausfrau starb vor 75 Jahren

Wohl kaum ein Deutscher kennt nicht Kaffee, Kaffeefilter oder Kaffeemaschinen der Marke Melitta oder das gleichnamige Unternehmen mit Sitz in Minden. Die Melitta Group Management GmbH & Co. KG gehört zu den vergleichsweise wenigen Unternehmen, deren Namen nicht auf den Nachnamen einer männlichen, sondern auf den Vornamen einer weiblichen Person schließen lässt, die für die Gründungsgeschichte des Unternehmens von essentieller Bedeutung ist. In diesem Falle ist das Melitta Bentz geborene Liebscher, die vor einem Dreivierteljahrhundert, am 29. Juni 1950, unweit des Mindener Firmensitzes, in Holzhausen an der Porta Westfalica, verstorben ist.

Doch nicht etwa im westdeutschen Westfalen, sondern im mitteldeutschen Sachsen stand Melittas Wiege. In der sächsischen Hauptstadt Dresden kam sie am 31. Januar 1873 zur Welt. Ihre Familie war durch Unternehmer und Kaufleute geprägt. Ihre Großeltern besaßen eine Brauerei, und ihr Vater, Karl Liebscher, war Verlagsbuchhändler. Ihr Schwieger-

vater arbeitete zwar als Rektor im Staatsdienst, aber dafür war ihr Ehemann, Hugo Bentz, erst als Abteilungsleiter in einem Dresdner Kaufhaus und ab 1906 als Inhaber einer Haus- und Küchengerätehandlung entsprechend ihrer Familientradition kaufmännisch tätig.

Der Heirat folgten die Geburten von Willy 1899, Horst 1904 und Herta 1911. Der Älteste ging erst wenige Jahre zur Schule, da machte die Haus- und Ehefrau eines Küchengerätehändlers ihre bedeutendste Erfindung. 1908 nahm sie einen Messingbecher, durchlöcherte dessen Boden mittels eines Hammers und eines Nagels, legte anschließend ein Löffelblatt aus einem Schulheft Willys hinein, füllte etwas Kaffeepulver in den Becher und goss dann heißes Wasser darauf.

Noch im selben Jahr erhielt sie nicht nur den Gebrauchsmusterschutz für einen „Kaffeefilter mit auf der Unterseite gewölbtem und mit Vertiefung versehenem Boden sowie mit schräg gerichteten Durchlauflöchern“ samt dazugehörigem „Filterpapier“. Sie meldete auch mit

ihrem Ehemann beim Dresdner Gewerbeamt ein „kaufmännisches Agentur- und Kommissionsgeschäft“ unter dem Na-



Melitta Bentz

Foto: Wikimedia

men „M. Bentz, Marschallstraße 31“ mit ihr als alleiniger Inhaberin zur Vermarktung der Erfindung an. Das Startkapital betrug 72 Pfennige. Der erste Firmensitz war ein Zimmer in der Dresdner Wohnung der Familie.

Die ersten 50 Filterkörper ließ das Ehepaar in einer Metallwarenfabrik in Westfalen fertigen, das erste Filterpapier lieferte eine Papierfabrik in Sachsen. Mit diesen beiden Utensilien besuchte das Paar Haushaltsgeschäfte, Kaufhäuser und Messen und führte die Erfindung immer wieder vor. Der Kaffeefilter wurde mehrfach ausgezeichnet und immer mehr nachgefragt. Beflügelt durch ihren Erfolg entwickelten Melitta und Hugo zahlreiche weitere Ideen für Haushaltsprodukte. Das Unternehmen wuchs stetig und mit großem Erfolg.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte dann eine Zäsur dar. Wegen der britischen Fernblockade zur See kam der Kaffeeimport zum Erliegen, Papier für die Filter wurde knapp, Hugo und später auch Willy mussten als Soldaten in den

Krieg ziehen. Auf sich allein gestellt brachte Melitta ihr Unternehmen mit dem Verkauf von Kartonage durch die schweren Kriegsjahre.

Nach dem Krieg wurde Willy Mitinhaber. Er beflügelte den Vertrieb und das Unternehmen florierte. Den neuen Besitzverhältnissen entsprechend hieß das Unternehmen nun „Bentz & Sohn OHG“.

Wegen der Enge und einer Erhöhung der Gewerbesteuer verließ das Unternehmen 1929 Dresden. Die Stadt Minden lockte mit fünf Jahren Erlass der Realsteuern und bekam den Zuschlag. Sie ist noch heute Sitz des Unternehmens.

1932 zogen sich Melitta und Hugo aus dem aktiven Geschäft zurück, und ihre Söhne übernahmen die Geschäftsleitung. Aus „Bentz & Sohn“ wurde die Melitta-Werke AG. Die Namensmarke „Melitta“ hatten Melitta und Hugo bereits 1911 für „Kaffeefilter“ und zwei Jahre später für „Haus- und Küchengeräte, Filtrierpapier, Koch- und Heizapparate“ eintragen lassen. Sie sind noch heute gültig.

Manuel Ruoff

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Nach dem Dreißigjährigen Krieg lag weniger das Herzogtum Preußen, aber dafür umso mehr das in Personalunion verbundene Kurfürstentum Brandenburg arm und gebeutelt da, während Schwedens Armee als nahezu unbesiegbar galt. Wiederholt schnelles und überlegtes Handeln des brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Herzogs Friedrich Wilhelm im Schwedisch-Brandenburgischen Krieg (1675–1679) änderte dieses Bild. Vor 350 Jahren läutete insbesondere die Schlacht bei Fehrbellin am 28. Juni 1675 den Aufstieg Brandenburg-Preußens unter den europäischen Mächten ein. Obwohl die Schlacht selbst militärisch betrachtet eher unbedeutend war, hatte sie erhebliche symbolische und auch politische Folgen.

Die Auseinandersetzung ereignete sich vor dem Hintergrund des Holländischen oder Niederländisch-Französischen Krieges (1672–1679), in dem der Sonnenkönig versuchte, seine Vormachtstellung in Europa zu sichern. Um das mit den Niederlanden, Österreich und Spanien verbündete Brandenburg vom Kriegsschauplatz im Westen abzuziehen, ermutigte Frankreich Schweden, die weitgehend ungeschützte Mark anzugreifen. Während Kurfürst Friedrich Wilhelm mit rund 20.000 Soldaten gegen Frankreich im Westen kämpfte, drangen im Winter 1674 schwedische Truppen unter Carl Gustav Wrangel in sein Kurfürstentum ein. Der Kurfürst brach daraufhin seinen Feldzug ab und führte sein Heer durch einen strapaziösen Wintermarsch zurück, um Brandenburg zu verteidigen. Für den Kurfürsten lag die Herausforderung darin, dass die Infanterie nicht mit seinen berittenen Kräften mithalten konnte und noch mehrere Tagesmärsche zurücklag, als er die Schweden etwa 70 Kilometer westlich von Berlin bei Rathenow überraschte und weitgehend niedermachte. Wrangel zog sich zurück. Doch Friedrich Wilhelm nutzte den ersten Erfolg, setzte nach und besiegte die schwedische Nachhut bei Nauen, eine Stadt, 27 Kilometer nordwestlich von Potsdam und etwa vierzig Kilometer westnordwestlich von Berlin.

Militärisch eher unbedeutend

Am 28. Juni 1675 standen sich schließlich bei Fehrbellin etwa 6400 brandenburgische und 11.000 schwedische Soldaten gegenüber. Obwohl zahlenmäßig unterlegen, errang das brandenburgische Heer aufgrund besserer Taktik und Überraschung einen entscheidenden Sieg. Dabei spielte auch das Glück eine Rolle. Denn die Schweden hatten im Morgennebel eine Anhöhe übersehen, auf welcher der Kurfürst seine überschaubare Zahl an Geschützen positionierte, welche die schwedischen Linien frontal unter Feuer nahmen. Friedrich Wilhelm gab als Befehl aus, „alle Schweden, wo sie selbiger mächtig werden können, niederzumachen und ihnen die Häuse zu brechen“. Wrangel versuchte, mit seiner Kavallerie die brandenburgischen Geschütze auszuschalten, scheiterte aber an der von dem Landgrafen Friedrich II. von Hessen-Homburg, dem sogenannten Prinzen von Homburg, kommandierten brandenburgischen Reiterei. Nun wurde die Schlacht auf engstem Raum gefochten. Die Schweden zogen sich bald ungeordnet zurück und erlitten damit den entscheidenden Rückschlag.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte zuvor strategisch klug agiert, indem er Brückenköpfe wie Rathenow im Handstreich genommen und Schweden so in die Defensive gezwungen hatte. Als das schwedische Korps Richtung Fehrbellin ausweichen wollte, traf es auf die brandenburgischen Verbände. Nach mehrstündigem Kampf befahl der damals bereits im 62. Lebensjahr stehende schwedische Reichsfeldherr, dessen Handlungsspielraum wegen seines Gichtleidens eingeschränkt war, den



Friedrich Wilhelm in der Schlacht bei Fehrbellin: Nach einem Gemälde von John Harris Valda

SCHWEDISCH-BRANDENBURGISCHER KRIEG

Die Schlacht, die den „Großen Kurfürsten“ gebahr

Vor 350 Jahren gelang Friedrich Wilhelm der überraschende Sieg bei Fehrbellin, der das brandenburgische Selbstbewusstsein stärkte

Rückzug seiner bereits um rund 2500 Soldaten dezimierten Truppen über Wittstock nach Mecklenburg.

Sieg über eine Großmacht

Für Schweden war die Niederlage bei Fehrbellin ein herber Schlag. Zwar konnte es durch französische Unterstützung in

dem den Schwedisch-Brandenburgischen Krieg beendenden Frieden von Saint-Germain vom 29. Juni 1679 viele Territorialgewinne behaupten, doch die Schlacht hatte offenbart, dass seine militärische Überlegenheit nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr unantastbar war. Die Schlacht bei Fehrbellin war zwar kein gro-

ßes Massengefecht, dennoch wurde sie zu einem Wendepunkt für Brandenburg-Preußen. Sie markierte den Beginn einer eigenständigen militärischen Tradition und trug maßgeblich zum Aufstieg des Kurfürstentums bei. Für Schweden war Fehrbellin das erste deutliche Signal, dass es künftig aufstrebenden Mächten wie Brandenburg-Preußen nicht mehr ungehindert entgegenzutreten konnte. Und das stellten die angriffslustigen Brandenburger dann auch mit dänischer Unterstützung beim Pommernfeldzug 1675/76 und bei der berühmten Jagd über das Kurische Haff, auch „Große Schlittenfahrt“ genannt, zur finalen Schlacht um Preußen im Januar 1679 unter Beweis.

Friedrich Wilhelm selbst wusste seine Siege über die Schweden selbstbewusst zu nutzen. Er stilisierte sich als „Großer Kurfürst“ und machte Brandenburg-Preußen als ernstzunehmende militärische Macht international sichtbar. Zwar musste Brandenburg den größten Teil seiner vorpommerschen Eroberungen im Frieden von Saint-Germain wieder abtreten, doch blieb der Ruhm des Sieges erhalten.

Kurzbiographien



BILD: WIKIMEDIA

Carl Gustaf Wrangel war ab 1664 Reichsfeldherr. Der schwedische Einfall in die Mark Brandenburg war sein letzter Feldzug. Er starb 1676 auf Rügen.



BILD: WIKIMEDIA

Ludwig XIV. stand an der Spitze des gegnerischen Lagers, dem sich Brandenburg-Preußen zu Zeiten der Schlacht von Fehrbellin gegenüberübersah.



BILD: WIKIMEDIA

Friedrich II. von Hessen-Homburg griff ohne Befehl die schwedische Armee an. Damit trug er wesentlich zur Entscheidung der Schlacht bei.

HAKENBERG

Die Säule zum Sieg bei Fehrbellin

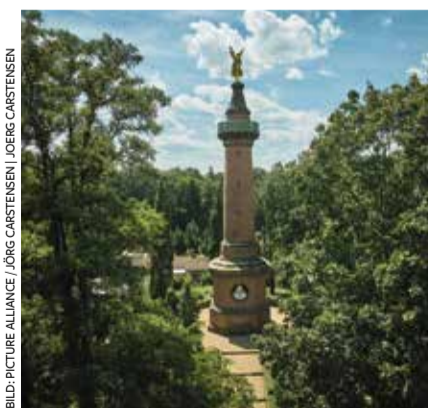
Der Sieg in der Schlacht bei Fehrbellin gilt zwar weniger militärisch, aber dafür umso mehr politisch und psychologisch als einer der bedeutendsten Preußens. Besondere Bedeutung kam bei diesem Sieg der brandenburgischen Artillerie zu, welche die schwedischen Linien von einer Anhöhe aus erfolgreich unter Feuer nahm (siehe Artikel links). Da lag der Gedanke nicht fern, auf dieser Anhöhe ein Denkmal zu errichten, das an die Schlacht erinnert. So entstand die Siegesssäule Hakenberg. Hakenberg liegt im Ländchen Bellin sechs Kilometer südöstlich von Fehrbellin und wurde 2003 nach Fehrbellin eingemeindet.

Die Initiative zu dem 36 Meter hohen Denkmal ging vom deutschen Kaiser und preußischen König Friedrich III. aus, als dieser noch Kronprinz war. Dieser Nachfahre des Großen Kurfürsten vollzog denn auch zum 200. Jahrestag der Schlacht die Grundsteinlegung. Den Entwurf zu dem Denkmal lieferte Regierungsrat Paul Emmanuel Spieker, stilistisch ein Vertreter der späten Schinkelschule und vor allem bekannt für seine Bauten für die Wissenschaft. Die Bauleitung oblag dem deutschen Architekten und preußischen Baubeamten Heinrich von Lancizolle, der seit 1874 kommissarisch und seit 1875 in Gänze Kreisbaumeister im Landkreis Osthavelnd war, was er auch blieb bis zu seinem Tode während einer Dienstreise im Jahre 1892.

Am zehnten Sedantag, dem 2. September 1879, fand die Einweihung statt. Hunderttausend Mark waren bis dahin verbaut worden.

Der zweigliedrige Sockel hat die Form eines Würfels mit vier abgestumpften Kanten. Auf ihm ruht ein rundturmartiger Aufbau, der in einer Höhe von 23 Metern eine umlaufende Galerie mit Aussichtsplattform trägt. Die Galerie ist über 114 Stufen zu erreichen und besteht aus einem eisernen Gitterwerk.

In dessen Mitte erhebt sich auf einem grauen Sandsteinkegel die 4,15 Meter hohe, 15,5 Tonnen schwere und erst nachträglich vergoldete Bronzestatue der Siegesgöttin Victoria. Diese wurde in der Kunst- und Glockengießerei Lauchhammer gegossen und ist ein Nachguss der Victoria, die von Christian Daniel Rauch



Siegesssäule Hakenberg

erschaffen wurde für die 1843, am 30. Jahrestag der Schlacht bei Großbeeren, eingeweihte Friedenssäule auf Berlins damaligem Belle-Alliance- und heutigem Mehringplatz.

Die Büste aus toskanischem Carrara-Marmor im Sockel zeigt den Sieger von Fehrbellin. Sie entstand nach einem Entwurf von Andreas Schlüter in der Bildhauerwerkstatt von Albert Wolff, einem deutschen Bildhauer der Berliner Schule. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während angebliche Gesundheitsexperten Panik wegen Schnupfenviren oder „lebensgefährlichen“ Temperaturen von mehr als 25 Grad Celsius verbreiten, gibt es eine Vielzahl von Dingen, die uns Menschen ebenfalls zum Verhängnis werden könnten, ohne dass sie im öffentlichen Bewusstsein in vergleichbarer Weise präsent sind. Beispielsweise ist der Spruch „Sport ist Mord“ weniger absurd, als es auf den ersten Blick scheint. Wenn intensive körperliche Anstrengungen eine Rhabdomyolyse auslösen, dann sterben Muskelzellen ab, woraufhin ihre Hülle aufplatzt und der Inhalt nach außen quillt. Die Folge sind starke Schwellungen im Gewebe, welche die Blutzirkulation unterbrechen und schlimmstenfalls Amputationen nötig machen. Parallel dazu setzen die Zellen schädliche Stoffe frei, die zum tödlichen Nierenversagen führen können.

Aber auch scheinbar harmlose Tätigkeiten wie die Aquarienpflege können Risiken bergen. So produzieren die beliebten Krustenanemonen in Salzwasserbecken manchmal Palytoxin, das zu den wirksamsten organischen Giften überhaupt gehört. Ebenso schädlich sind Mycobakterien, welche die Fischtuberkulose auslösen.

Darüber hinaus können bestimmte Essgewohnheiten oder Nahrungsmittelvorgeliebt zum Tode führen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Genuss von aufgewärmtem Reis. Dabei liegt das Problem nicht im Aufwärmprozess, sondern in dem Umstand, dass sich vor der Zubereitung aufgrund unzureichender Kühlung Keime der Art *Bacillus cereus* im Reis vermehrt haben. Denn diese Erreger produzieren den hitzestabilen Giftstoff Cereulid mit potentiell letaler Wirkung.

Selbst Vitamine können töten

Und dann wäre da noch die Lakritze. Eine beliebte Leckerei aus dem Wurzelextrakt des Süßholzes, die den Wirkstoff Glycyrrhizin enthält. Der verleiht der Lakritze ihren charakteristischen Geschmack, kann aber in hohen Dosen zu Kaliummangel und daraus resultierenden Herzrhythmusstörungen bis hin zum Herzstillstand sowie zum Nierenversagen führen. In Deutschland produzierte „Starklakritzen“ mit hohem Glycyrrhizin-Gehalt müssen daher entsprechend gekennzeichnet sein, für importierte Produkte gilt dies allerdings nicht. Gefährlich hierbei ist, dass der Wirkstoff noch nach Wochen Symptome auslösen kann.

Ansonsten bestehen teilweise tödliche Risiken beim Verzehr von Muscheln und Schnecken. Letztere sind manchmal von Rattenlungewürmern befallen, die bei einigen Menschen gefährliche Hirnhautentzündungen verursachen. Dies gilt in Europa besonders für Schnecken auf den Balearen und Kanaren. Daher



Ein jähes Ende droht auf mannigfache Weise: Forscher warnen vor einer Unzahl wenig beachteter Todesarten

Bild: shutterstock.com

STERBLICHKEIT

Kaum bekannte Todesfallen umlauern uns im Alltag

Vom Essen über Reinigungsmittel bis hin zum „gebrochenen Herzen“: Längst nicht nur Krankheit, Unfall oder Verbrechen bergen eine Gefahr für das menschliche Leben

sollten die Weichtiere gründlich durchgegart werden. Muscheln wiederum enthalten von Fall zu Fall regelrechte Biokampfstoffe wie Saxitoxin, das tausendmal tödlicher wirkt als das Nervengift Sarin. Meist liegt die Ursache in einer Algenblüte, in deren Verlauf die Muscheln die Toxine gespeichert haben. Mollusken, welche für den Konsum bestimmt sind, werden jedoch engmaschig kontrolliert, sodass in der Regel nur dann Gefahr droht, wenn man die Muscheln selber sammelt.

Fatale Folgen kann der Verzehr von rotem Fleisch, Innereien oder Milchprodukten haben, wenn eine Allergie namens Alpha-Gal-Syndrom besteht. Dann reagiert der Körper auf das tierische Galaktose-Antigen mit Immunattacken, die bei geschwächten Personen mit Vorerkrankungen unter Umständen in einen tödlichen Schockzustand münden. Auslöser sind die Bisse von Zecken wie der Amerikanischen Waldlaus und dem Gemeinen

Holzbock. Ein weiteres Problem stellen Nahrungsergänzungsmittel dar, wenn sie dem Körper in zu großen Mengen zugeführt werden. So gab es bereits etliche Tote aufgrund einer massiven Überdosierung von Vitamin D, welche die Konzentration von Kalzium im Blut erhöht.

Der letale Lottogewinn

Dazu kommen weitere Gefahren. Starkes Niesen führte in extremen Fällen zu Gehirnblutungen, Augenschäden sowie Rissen von Hauptschlagadern oder der Milz. Ebenso traten beim Unterdrücken des Niesens Schäden auf, darunter Luftröhrenrisse und Frakturen im Gesichtsbereich. Nicht zu unterschätzende Risikofaktoren sind des Weiteren Kontaktlinsen und Nasenduschen. Amöben der Gattung *Acanthamoeba*, die sich auf unsauberen Kontaktlinsen ansiedeln, können zur Erblindung oder sogar zu einer tödlichen Hirnhautentzündung führen. In Nasenduschen wiederum tummeln sich im ungünstigsten

Falle „hirnfressende“ Amöben der Art *Nagleria fowleri*, die im Gegensatz zu den *Acanthamoeba*-Einzellern eine warme Umgebung bevorzugen.

Parallel birgt der Haushalt etliche echte Todesfallen. Das beginnt mit Putzmitteln, die keinesfalls mit anderen Chemikalien kombiniert werden dürfen. In einer Bar in Massachusetts vermischten die Mitarbeiter Flüssigkeiten zur Reinigung und Desinfektion, die Natriumhypochlorid, Phosphorsäure und Salpetersäure enthielten. Daraufhin entstand Chlorgas, das eine Person tötete und 13 weitere ins Krankenhaus brachte.

Ganz gefahrlos sind nicht einmal Teflonpfannen. Wenn man diese auf mehr als 400 Grad erhitzt, bildet sich Carbonylfluorid, das bei Kontakt mit den Schleimhäuten die hochgiftige Fluorwasserstoffsäure freisetzt. Und selbst von Betten gehen ernsthafte Gefahren aus, sofern es sich um klappbare Modelle oder die beliebten Boxspringbetten handelt. Durch Einklemmen und die

damit verbundene unnatürliche Überstreckung des Genicks oder schlichtes Erstickten sind schon etliche Menschen zu Tode gekommen – wobei meist jedoch Alkohol mit im Spiel war.

Ebenso kann man tatsächlich an einem gebrochenen Herzen sterben. Verantwortlich hierfür ist das Takotsubo-Syndrom: Bei hochemotionalen negativen Erlebnissen oder starkem Stress verformt sich das Herz bauchig, wodurch seine Pumpleistung sinkt. In drei bis vier Prozent der Fälle fallen die Veränderungen so gravierend aus, dass die Betroffenen sie nicht überleben. Das Heimtückische daran ist, dass auch positive Momente wie ein Lottogewinn oder der Sieg der Lieblingsfußballmannschaft das Takotsubo-Syndrom auslösen können.

Indes: All die vielfältigen Gefahren für unser Leben animieren Verbotsfanatiker hoffentlich nicht dazu, durch hektische „Schutzmaßnahmen“ unsere Freiheit weiter einzuschränken.

ERNÄHRUNG

Wie gesund sind vegane Produkte wirklich?

In vielen Fleischersatz-Nahrungsmitteln finden sich bedenkliche Zusatzstoffe – Vieles ist noch gar nicht genau untersucht worden

Würstchen aus Erbsenprotein, Tofu-Hamburger oder -Schnitzel, Soja-Salami, Lupinen-Gyros, Sonnenblumen-Hack – mittlerweile gibt es für fast jedes traditionelle Fleischprodukt einen neuartigen pflanzlichen Ersatz. Allerdings sind die Kreationen mit den klangvollen Bezeichnungen meistens noch ungesünder als die Originale auf tierischer Basis.

Das liegt zunächst an der Notwendigkeit, den passenden Geschmack herbeizubringen. Weil eine Erbse eben wie eine Erbse und nicht wie eine Bratwurst schmeckt, kommen jede Menge Zusatzstoffe wie Chemikalien und Gewürze zum Einsatz, um diesem Manko abzuwehren.

Gleichzeitig versuchen die Hersteller, ein Mundgefühl zu erzeugen, das dem des Vorbilds entspricht. Hierbei verwenden sie vor allem Fette, wobei das vom Ernährungswert her eher ungünstige Kokosfett überwiegt. Außerdem enthalten die veganen Produkte allerlei Emulgatoren und Farbstoffe sowie Verdickungs- und Konservierungsmittel, welche teilweise bedenklich sind.

Ein typisches Beispiel hierfür ist Carrageen (E407). Das Verdickungsmittel aus den Kohlehydraten von Rotalgen wird nicht nur Fleischersatzprodukten, sondern auch veganer Sahne und veganem Pudding beigemischt. Carrageen steht im Verdacht,

Darmerkrankungen und Allergien auszulösen – das zumindest ergaben erste Tierversuche. Die Bio-Anbauverbände Naturland, Bioland und Demeter verbieten den Einsatz von Carrageen daher, während andere Ketten hier weniger vorsichtig sind.

Als problematisch gilt des Weiteren Konjak (E425), denn das Füll-, Gelier- und Verdickungsmittel aus der Wurzel der asiatischen Teufelszunge behindert die Aufnahme wichtiger Nährstoffe. Darüber hinaus kann es im Rachenraum festkleben und vor allem bei Kleinkindern oder älteren Menschen Ersticken auslösen. Deshalb darf Konjak innerhalb der EU nicht in Gelee-Süßwaren verwendet

werden. Ebenso wurden in veganen Burgern, Würstchen und Aufschnitt Mineralölrückstände gefunden, die definitiv in kein Nahrungsmittel gehören. Gesättigte Mineralölkohlenwasserstoffe (MOSH) landen im menschlichen Fettgewebe – mit bislang unbekanntem Folgen. Dagegen steht bereits fest, dass Aromatische Mineralölkohlenwasserstoffe (MOAH) zum Teil krebserregend sind, was im Übrigen auch für die ebenfalls enthaltenen Pestizide gilt.

Bei vielen Zutaten von veganen Erzeugnissen wurden noch keine belastbaren Langzeitstudien über deren Gefährlichkeit oder Unbedenklichkeit durchgeführt. Deshalb musste die Ernährungswissenschaftlerin Petra Rust von der Universität Wien eingestehen: „Man kann nicht pauschal sagen, dass Fleischersatzprodukte gesünder sind, dafür fehlen schlicht noch die Daten.“

Insofern ist es vielleicht besser, dass die Fleischproduktion trotz aller Propagandamaßnahmen zugunsten einer vegetarischen oder gar veganen Ernährungsweise immer noch 88 Mal höher liegt als die Produktion von fleischlosen Ersatzlebensmitteln. Von den Letzteren wurden 2024 ganze 1,5 Kilogramm pro Kopf verkauft. Wobei natürlich offen bleibt, wie viel davon nach dem Kosten in der Mülltonne landete.

W.K.



SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Die politischen Fronten bleiben hart

Unterschiedliches Ergebnis in Städten und den ländlichen Kreisen spiegelt die Spaltung des Landes wider

VON DAWID KAZANSKI

Am 1. Juni wählte Polen in der entscheidenden Stichwahl einen neuen Präsidenten. Zur Wahl standen Karol Nawrocki, unterstützt von der nationalkonservativen Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) und Rafal Trzaskowski, Kandidat der liberalen Bürgerkoalition (KO). Im landesweiten Ergebnis setzte sich Nawrocki knapp durch: Er gewann mit 50,89 Prozent der Stimmen gegenüber 49,11 Prozent für Trzaskowski – ein Vorsprung von nur 1,19 Prozentpunkten. Es war das engste Wahlergebnis seit der demokratischen Wende im Jahr 1990.

Anders präsentierte sich das Bild im südlichen Ostpreußen: Dort konnte sich Trzaskowski mit 51,71 Prozent der Stimmen (343.483) durchsetzen, während Nawrocki auf 48,29 Prozent (320.797) kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,71 Prozent und damit etwas höher als bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen. In der Woiwodschaftshauptstadt Allenstein fiel Trzaskowskis Sieg besonders deutlich aus – er erhielt 63,55 Prozent der Stimmen, Nawrocki kam auf 36,45 Prozent. Die Beteiligung erreichte hier beeindruckende 75 Prozent.

In anderen großen Städten der Region fiel das Wahlergebnis unterschiedlich aus: Während Trzaskowski beispielsweise in Elbing seinen Sieg feiern konnte, dominierte in Lyck Nawrocki. Auffällig war der starke Gegensatz zwischen Stadt und Land. In landwirtschaftlich geprägten Gebieten punktete der mit der Partei Recht und Gerechtigkeit sympathisierende Kandidat laut Exit-Polls mit deutlich größerer Unterstützung der Wähler als sein Rivale.

Diese Polarisierung bestätigt sich auch auf Kreisebene: In den ländlichen Kreisen Deutsch Eylau, Soldau, Neidenburg, Johannsburg und Ortelsburg erreichte Nawrocki von 53 bis zu sogar 60 Prozent. Dagegen votierten die eher städtisch geprägten Regionen wie der Kreis Allenstein sowie die Stadt Allenstein deutlich für Trzaskowski – ein klares Indiz für die poli-



In Städten und in ländlichen Regionen entschieden sich die Wähler unterschiedlich: An der Wahlurne gaben die Wahlberechtigten auf dem Land eher dem Konservativen ihre Stimme, während die Städter eher für den Liberalen votierten

Foto: D.K.

tische Kluft zwischen urbanem und ländlichem Polen.

Angespannte Stimmung auch nach der Wahl

Diese Spaltung ist kein regionales Phänomen, sondern sie prägt die gesamte Republik: Während Nawrocki auf dem Land dominierte, gewann Trzaskowski in den Großstädten wie Warschau (68 Prozent), Danzig (70 Prozent) oder Breslau (67 Prozent) mit deutlichem Vorsprung. Die geografischen Gegensätze spiegeln tief verwurzelte politische und gesellschaftliche Differenzen wider – ohne eine übergreifende Strategie, die Stadt und Land gleichermaßen anspricht, scheint ein landesweiter Wahlerfolg kaum möglich.

Die Stimmung nach der Wahl ist angespannt. Der knappe Sieg Nawrockis wird von seinen Anhängern gefeiert, doch in Trzaskowskis Lager überwiegen Gefüh-

le der Enttäuschung und Frustration. Soziologen sprechen von zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und warnen vor einer tiefgreifenden Polarisierung.

Die ländliche Bevölkerung fühlte sich offenbar durch die konservative Botschaft Nawrockis besser angesprochen, während die liberale Bürgerkoalition in diesen Kreisen wenig Resonanz fand. Die Republik Polen steht nun vor der Herausforderung, diese Spaltung zu überwinden. Präsident Nawrocki wird daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, zwischen Stadt und Land zu vermitteln.

Ministerpräsident Donald Tusk und die regierende Koalition müssen sich fragen, wie sie verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und ihre Strategie besser auf das ganze Land ausrichten können. Ein Mangel an Koordination und Konsolidierung zwischen den liberalen Kräften sowie die Fehler in der Wahlkampagne gel-

ten laut den Politologen als Hauptursachen für die Niederlage Trzaskowskis.

Gerade das regionale Ergebnis im südlichen Ostpreußen liefert dabei wichtige Erkenntnisse: Dass die Niederlage des liberalen Kandidaten so knapp ausfiel, war nur möglich durch eine starke Mobilisierung in den Städten und zugleich ein zumindest teilweises Durchdringen zu den ländlichen Wählern.

Die politischen Fronten in Polen bleiben verhärtet. Sowohl der knappe Sieg Nawrockis als auch die Enttäuschung der regierenden Koalition deuten auf eine schwierige Phase hin. Der neue Präsident kündigte an, die „Gräben zuschütten“ zu wollen. Gelingt ihm das, könnte ein Weg in Richtung nationaler Versöhnung beschritten werden. Andernfalls droht ein Szenario politischer Blockade von Gesetzentwürfen, die vom neuen Präsidenten nicht unterzeichnet werden.

MELDUNGEN

Tretjakow-Filiale eröffnet

Königsberg – Anlässlich der Feier zum Tag der Stadt am 12. Juni besuchten an den drei folgenden Tagen fast 20.000 Menschen die Filiale der Tretjakow-Galerie in Königsberg. Die neue Institution ist zu einem der beliebtesten Kulturbereiche der Region geworden. Allein am 12. Juni, dem Eröffnungstag der Ausstellung, kamen bereits 5500 Besucher. Während der drei Tage gab es ein reichhaltiges Programm mit Vorträgen führender Spezialisten der Tretjakow-Galerie in Moskau, Buchpräsentationen, Filmvorführungen, Wettbewerben und Vorträgen zur russischen Kunstgeschichte. Der neue Kulturkomplex auf der Lomse beherbergt eine Ausstellung mit dem Titel „Fünf Jahrhunderte russischer Kunst“, mit mehr als 300 Werken von der Ikonographie bis zum Suprematismus, den der Avantgarde-Künstler Kasimir Malewitsch in Russland einst begründete. MRK

Kredite für die Ausbildung

Königsberg – In diesem Jahr ist die Nachfrage nach vergünstigten staatlichen Ausbildungskrediten sprunghaft angestiegen. Mit Krediten von umgerechnet 23 Millionen Euro hat die Sberbank etwa 50 Prozent mehr Anfragen bearbeitet als im Vorjahr. Seit Beginn des Jahres erhielten 3000 Studenten einen Ausbildungskredit. Mit dieser Förderung will der Staat junge Menschen dazu animieren, eine höhere Ausbildung anzustreben und so ihre beruflichen Chancen zu verbessern. Laut Sberbank ist die Kreditvergabe nicht an ein Einkommen oder sonstige Voraussetzungen gebunden. Lediglich muss die Einschreibung an einer Universität oder sonstigen Bildungseinrichtung nachgewiesen werden. Auch die Rückzahlung soll sich je nach Möglichkeit flexibel und in kleinen Raten gestalten lassen. MRK

KÖNIGSBERG

Landungsschiff der Yantar-Werft zu Wasser gelassen

Eine Folge des Ukrainekriegs: Der Schiffbau in der Russischen Föderation boomt, auch im nördlichen Ostpreußen

Ende Mai wurde ein großes Landungsschiff des Projekts 11711, die „Wladimir Andrejew“ in der Werft „Yantar“ in Königsberg feierlich vom Stapel gelassen. Die „Vereinte Schiffsbau-Gesellschaft“, zu deren Struktur das Königsberger Werk gehört, teilte mit, dass es im Auftrag des russischen Verteidigungsministeriums für die Bedürfnisse der Pazifikflotte entworfen wurde.

Das modernisierte Projekt unterscheidet sich architektonisch von vorherigen Modellen. Es verfügt über ein großes Flugdeck für Hubschrauber am Heck. Bei den Schiffen des Projekts 11711 handelt es sich um solche mit der größten Verdrängung, die in der Russischen Föderation für die Marine gebaut werden. Dies ist das dritte Schiff des Projekts. Die „Wladimir Andrejew“ ist wesentlich größer als ihre Vorgängerschiffe und kann ein ganzes Bataillon von Marinesoldaten samt Ausrüstung transportieren. Und statt eines

kann es vier Hubschrauber gleichzeitig an Bord nehmen. Das Schiff wurde zu Ehren von Admiral Wladimir Andrejew benannt, der 1945 während des Krieges mit Japan

amphibische Operationen in Südsachalin und auf den Kurilen befehligte.

„Dieses Schiff wird nach dem abgeschlossenen technischen Projekt des



Königsberg: Landungsschiff „Wladimir Andrejew“ wird feierlich zu Wasser gelassen

Newsjij Design Bureau gebaut, wobei die fortschrittlichsten wissenschaftlichen und technischen Grundlagen genutzt werden. Bei seinem Bau wurden die Betriebsverfahren der Schiffe der Serie berücksichtigt, die ihre hohe Seetüchtigkeit und Kampfeigenschaften durch Tausende von zurückgelegten Seemeilen und wiederholte Kampfeinsätze bestätigt haben und in der Lage sind, Aufgaben in allen Teilen der Weltmeere zu lösen“, sagte der Oberbefehlshaber der russischen Marine, Alexander Moisejew, bei der Zeremonie.

Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Alexej Besproswannych, wies darauf hin, dass die Nachfrage nach Schiffbaubetrieben in der Region sehr hoch sei. Er sagte, dass diese Arbeit das hohe Qualifikationsniveau und die Professionalität der Mitarbeiter von Yantar bestätige. „Das Werk entwickelt sich, mittlerweile arbeiten hier mehr als 4000 Mitarbeiter. Und

die Durchführung von Projekten wie dem BDC ‚Wladimir Andrejew‘ trägt dazu bei, neue Fachkräfte für den Schiffbau heranzuziehen ... Die Nachfrage nach Schiffbauberufen im Königsberger Gebiet ist sehr hoch“, betonte der Gouverneur. Ilja Samarin, Generaldirektor der Yantar-Werft, ergänzte: „Nächstes Jahr wird die Flagg der Marine auf dem Schiff gehisst, und es wird an die Flotte ausgeliefert. Im selben Jahr bauen wir ein weiteres ähnliches Schiff, das in den nächsten vier bis fünf Jahren an die Marine übergeben wird.“

Es ist allerdings unklar, ob die Produktion von amphibischen Landungsschiffen des Projekts 11711M fortgesetzt wird. Bereits im November 2023 meldete die Agentur TASS, dass auf der Yantar-Werft zwei weitere amphibische Landungsschiffe des Projekts 11711M für den Einsatz in der russischen Schwarzmeerflotte gebaut werden könnten. Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. Till, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Eggert, Edith, geb. Schernack, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni

Feichtner, Waltraud, geb. Ostaschinski, Kreis Goldap, am 29. Juni

Heinrichs, Hildegard, geb. Gerdes, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni

Hildebrandt, Elfriede, geb. Reinert, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni

Scheel, Hedwig, geb. Niedzwetzki, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

Jacklewski, Waltraud, geb. Wrasse, aus Schlieve, Kreis Mohrunge, am 3. Juli

Kammler, Liesbeth, geb. Pedak, aus Liskan, Kreis Lyck, am 30. Juni

Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni

Spieß, Elfriede, geb. Nowak, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli

Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brauer, Edeltraud, geb. Falk, aus Lyck, am 1. Juli

Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni

Gleibs, Gerhard, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 29. Juni

Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli

Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli

Rinkewitz, Ilse, geb. Korytkowski, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli

Weiser, Herta-Johanna, geb. Rohmann, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. Mielke, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni

Majer, Gertraud, geb. Hellwig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Pfeiffer, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 3. Juli

Stawström, Anneliese, geb. Kummert, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni

Danger, Herta, geb. Bundt, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 29. Juni

Mischel, Erwin, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

Schulte, Herta, geb. Wagner, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni

Senst, Ruth, geb. Stachel, aus Mohrunge, am 3. Juli

Surek, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beseler, Gertrud, geb. Januschewitz, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juni

Glaser, Ingrid, geb. Raudies, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni

Kornitzki, Erwin, aus Dosnitten, Kreis Mohrunge, am 29. Juni

Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni

Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Zmijewska, Maria, geb. Ziegler, Vorfahren aus Ortelsburg, am 2. Juli

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Bad Gottleuba – Sonnabend, 5. Juli, 19 Uhr, KulturBahnhof Gottleuba (ehemaliges Parkcafé Alter Bahnhof), Bahnhofstraße 1, 01816 Bad Gottleuba-Berggießhübel: **SPURWECHSEL. Literarische Texte über Züge, Strecken und Bahnhöfe im östlichen Europa seit 1870, szenische Lesung.**

Der Eintritt ist frei, Reservierungen sind erwünscht unter E-Mail: info@kulturverein-bgb.de.

Europaweit wurden Eisenbahnen, die zunächst als Transportmittel für die Industrie gedient hatten, ab den 1830er Jahren ein allgemeines Verkehrs- und Reise-mittel. Die neuartige Geschwindigkeit der mechanischen Verkehrsmittel ließ die natürliche Welt immer mehr schrumpfen. Ein Teil der damaligen Zeitgenossen bejubelte die Züge als technische Garantien für Völkerverständigung, Fortschritt und Frieden. Ein anderer Teil empfand jedoch das schnelle, relativ glatte Dahingleiten als Verlust und trauerte den nun langsam verschwindenden Kutschen hinterher.

Die Erfahrungen von Raum und Zeit wurden durch die Eisenbahn

verändert, ja, nivelliert, Landschaft und Landschaftswahrnehmung wurden durch Tunnel, Schneisen, Einschnitte, Viadukte umgemodelt. Man sprach von der „Vernichtung von Raum und Zeit“, die als neu und verwirrend empfunden wurde. Allerdings gab es auch Gebiete, deren bisher unbesiedelte Wildnisse durch die Eisenbahn überhaupt erst erschlossen wurden. Die erschütternden Umbrüche, die das neuartige Eisenbahnwesen mit sich brachte, kommentierte Joseph von Eichendorff bereits um 1850 mit einem skeptischen Kopfschütteln:

„Diese Dampffahrten rütteln die Welt, die eigentlich nur noch aus Bahnhöfen besteht, unermüdet durcheinander wie ein Kaleidoskop, wo die vorüberjagenden Landschaften, ehe man noch irgendeine Physiognomie gefasst, immer neue Gesichter schneiden, der fliegende Salon immer neue Sozietäten bildet, bevor man noch die alten recht überwunden“ hat (aus der Collage von R. Schieb).

In der szenischen Lesung bietet Synchronsprecher und Schau-

spieler Wolfgang Wagner literarische Zitate über Zugfahrten, Eisenbahnlagen und Bahnhöfe im östlichen Europa dar, ergänzt und verbunden durch kulturhistorische Kommentare der Autorin Roswitha Schieb. Schieb veröffentlichte bereits eine Reihe von kulturhistorischen Reisebüchern, darunter den Literarischen Reiseführer zu Breslau sowie Niederschlesien und „Jeder zweite Berliner. Schlesische Spuren an der Spree“ im Deutschen Kulturforum östliches Europa. Wagner arbeitet seit über 30 Jahren auf verschiedenen Bühnen, in Film und Fernsehen sowie als Synchron- und Hörspielsprecher für zahlreiche Projekte.

Hier geht es zum Veranstaltungstrailer: <https://www.youtube.com/watch?v=MFExfJYLoJA> Weitere Informationen gibt es unter der Rubrik Termine auf der Internetseite:

www.kulturforum.info

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit dem Kulturverein Bad Gottleuba-Berggießhübel e.V.



Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de



Zusendungen für die Ausgabe 28/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2025 (Erstverkaufstag 11. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 1. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsger@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 93. GEBURTSTAG

Block, Ewald, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Kaffka, Erich, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

Müller, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Nürnberg, Hildegard, geb. Kobialka, aus Lyck, Morgenstraße 18, am 27. Juni

Petruck, Gertrud, geb. Bethke, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, und aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni

Wurm, Karl-Heinz, aus Lyck, am 29. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bitter, Annelore, geb. Bolz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 5, am 28. Juni

Bugai, Waltraud, geb. Borchert, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunge, am 27. Juni

Kunze, Gertrud, geb. Bombeck, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli

Mischke, Anton, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli

Rieche, Irene, geb. Meutsch, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 27. Juni

Schadenberg, Hannelore, geb. Semrau, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni

Scheidemantel, Eberhard, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Schneider, Hildegard, geb. Miklas, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. Juni

Schulzky, Elfriede, geb. Ballay, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli

Schweiger, Dietmar, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juli

Wessolowski, Ruth, geb. Kempka, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahlborn, Inge, geb. Hensel, aus Lyck, am 27. Juni

Bilitza, Helga, geb. Klesz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni

Eisermann, Fritz, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunge, am 28. Juni

Fleischer, Helga, geb. Witte, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Fleischmann, Siegfried, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni

Heucker, Christel, geb. Samlinski, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 3. Juli

Hofmann, Wilfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Kowalzik, Hans-Albert, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. Juli

Nitzsche, Annemarie, geb. Seidel, aus Ebenrode, am 2. Juli

Nogga, Manfred, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 3. Juli

Pizzo, Ursula, geb. Schulz, aus Warthenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. Juli

Rogall, Ursula, geb. Diesing, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 28. Juni

Sadra, Reinhold, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli

Tietgen, Waltraud, geb. Boguschewski, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni

Wöllner, Irmgard, geb. Sabitzki, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 30. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG
Brauer, Herbert, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 29. Juni

Buchholz, Gerda, geb. Becker, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 2. Juli

Eggert, Martha, geb. Dartsch, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 27. Juni

Galla, Günther, aus Mensguth-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni

Gutzeit, Erich, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni

Koyro, Siegfried, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 28. Juni

Meyer, Günter, aus Wiese, Kreis Mohrunge, am 1. Juli

Strobel, Horst, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 3. Juli

Tytla, Edeltraud, geb. Grenz, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 27. Juni

Waldow, Irmgard, geb. Plewka, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni

Wulf, Adalbert, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 2. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahrens, Peter, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 29. Juni

Dzubiella, Eckard, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 30. Juni

Grömer, Helga, geb. Powirski, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 2. Juli

Kaden, Erika, geb. Meyer, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Juli

Kretschmar, Luzie, geb. Genz, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 1. Juli

Krüger, Dieter, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 29. Juni

Kruse, Erika, geb. Hermann, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

Maye, Gretel, geb. Schlisio, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. Juni

Rieche, Brigitte, geb. Czeranski, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli

Sawallich, Heidi, geb. Schaubach, aus Ortelsburg, am 28. Juni

Schneider, Herbert, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 29. Juni

Schönwald, Helmut, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 29. Juni

Schreiber, Kriemhild, geb. Kastan, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 3. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Siebert, Lothar, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 3. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Ostpreußisches Sommerfest

Ein Sommertag in Wuttrienen lädt zum Feiern ein



Ausgelassene und fröhliche Stimmung: Was auf der Bühne gelang, übertrug sich auch aufs Publikum



Junge Stimmen auf der Bühne: Die beiden Musikerinnen zeigten, was sie konnten, und wurden mit viel Applaus belohnt

VON HANNA FRAHM

Mit herrlichem Sonnenschein und der Musik des Scheufeldorfer Orchesters wurden die Besucher des diesjährigen Ostpreußischen Sommer-

festes am 21. Juni im Freizeitpark Barbo in Wuttrienen begrüßt. Aus der ganzen Region waren sie angereist, um eine bunte Mischung aus Gesang und Tanz zu erleben. Nach einem ökumenischen Gottesdienst und den Grußworten zeigten Vereine aus dem Verband



Weit wie der Himmel, bunt wie die Ballons: Kulturprogramm des Ostpreußischen Sommerfestes



Gemeinschaft fand sich überall: gemütliches Beisammensitzen vor der Bühne mit ausreichend Flüssigkeit

der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen auch im Jahre 2025 noch ist.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe den Bericht zum Ostpreußischen Sommerfest.



Gute Gespräche: Piotr Dukat, Vorsitzender der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (links), mit Damian Wierzchowski vom Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 6. Juli, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Die Geschichte des Bierbrauens. Öffentliche Sonntagsführung durch das Brauereimuseum mit Rainer Proschko.**

In dieser Sonntagsführung tauchen die Teilnehmenden in die Welt des Bierbrauens ein und erkunden das Brauereimuseum. Rainer Proschko, Ehrenamtlicher und Verantwortlicher des Brauereimuseums, präsentiert Ihnen die Geschichte des Bieres und Brauens in der Hansestadt Lüneburg, mit besonderem Schwerpunkt auf der Lüneburger Kronenbrauerei. In deren historischem Sudhaus, in dem heute das Brauereimuseum untergebracht ist, können alle wichtigen Prozesse des Brauens und die damit verbundene kulturgeschichtliche Bedeutung in der Stadt von „Salz und Malz“ erfasst werden.

Die Plätze sind begrenzt. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbal-tischer Abteilung und Brauereimuseum
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
www.ol-ig.de



Bierfasskarre Bild: OL

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AF-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

153. Preußische Tafelrunde Pforzheim - Der Erste Landesvorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg konnte bei der traditionsreichen Veranstaltung zahlreiche Gäste begrüßen...

de organisiert hat, würdigte seine Vorgänger: Werner Buxa, der die Tafelrunde im Jahre 1966 aus der Taufe gehoben hatte, und Heinz R. Müller, der sie fortgeführt hat...

ders in religiösen Fragen, ebenso wie das Bollwerk der Demokratie, das Preußen während der Weimarer Republik gewesen war...

Sowjetunion. Zu sehen war auch die einst größte Buchhandlung Europas am Paradeplatz sowie Bilder vom Samland...

nächste Treffen findet am 13. September statt. Christl Starosta nullte Hof - Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof gratuliert Christl Starosta zum 90. Geburtstag...

petente Ansprechpartnerin in allen Belangen der Vertriebenenarbeit. Ihr Wissen über Ost- und Westpreußen, sowohl kulturell als auch politisch, wird gern genutzt...



Cranzer Strand mit Strandkörben: Der Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann war umfassend und eindrucksvoll Bild: Friedrich Bülowius

Der neue Landesvorsitzende blickte aber nicht nur zurück, sondern auch voraus. Es dürfe nicht sein, dass die Verbindung Deutschlands mit Ostpreußen mit denen ende, die dort gelebt haben...



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Schlesien Hof - Sonnabend, 12. Juli, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Schlesien. Im August ist Sommerpause, das



Christl Starosta Bild: J. S.



Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Preußische Moderne Kleinmachnow - Mittwoch, 2. Juli, 19 Uhr, Rathaus Kleinmachnow Bürgersaal: Der Autor Ingo Sommer stellt sein Buch „Preußische Moderne: Vom Ende der Pracht und

Rätsel

Crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'So ist's richtig' section with a grid of letters.

Schüttelrätsel

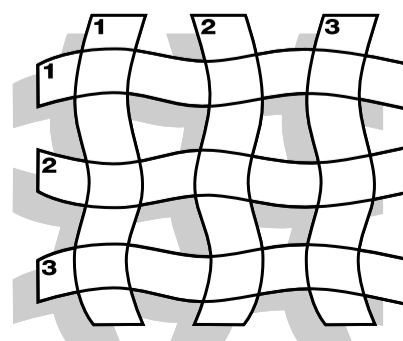
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in various orientations.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Hochebene, Hochfläche.

Grid for Mittelworträtsel with words and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 hässliches Ungeheuer
2 moralisch einwandfrei (ugs.)
3 Höhenzug

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

einer neuen Baukunst 1918–1933. Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte (QUF), Band 59“ vor. Der Eintritt ist frei, um eine formlose Anmeldung unter: kultur@kleinmachnow.de wird gebeten.

Erstmals widmet sich ein Buch umfassend der profanen Baukunst im Freistaat Preußen (1918–1933) mit seinen Provinzen und Städten. Ingo Sommer zeichnet Architekturlinien nach: von der historistisch-wilhelminischen zur neuen Baukunst. Diese Preußische Moderne war dem Gemeinwohl verpflichtet, zugleich sozial, technisch und gestalterisch bahnbrechend. Sie war weiter als für die Zeit üblich und übertraf damit alle anderen Länder des Deutschen Reiches. Ein ausführliches Buch für Leser, die über das demokratische Weimarer Preußen mehr wissen wollen: über seine wegweisenden Bauverwaltungen, seine neuzeitlichen Projekte und die bevorzugten Gebäudetypen. Es belegt, dass die Preußische Moderne auch in entlegenen Regionen der 13 Provinzen Spuren hinterließ und dass zweckmäßiges Bauen sowie ausdrucksstarke Einfachheit keinesfalls vom Bauhaus erfunden wurden. Die modernen Architekturlinien werden aus der Geschichte abgeleitet sowie aus der Baupolitik von Staat und Städten, nicht aus abgehobenen Gestaltungsmoden der 1920er Jahre.

Hans-Jörg Proese



2024 bei Duncker & Humblot GmbH, Berlin erschienen: Das 520 Seiten starke Buch enthält eine Karte, 202 Abbildungen, teils in Farbe, und kostet als gebundene Ausgabe 49,90 Euro



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefert@t-online.de

Zweifach geehrt

Wetzlar – Gerhard Schröder, geboren am 26. Mai 1935 in Königsberg, wurde in diesen Wochen zweimal geehrt. Zunächst erhielt er am 5. April in Wetzlar eine Urkunde und ein Silbernes Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Hamburg. Der Text der Urkunde, unterzeichnet von LO-Sprecher Stephan Grigat, lautet: „Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Herrn Gerhard Schröder in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland ihr Ehrenzeichen“.

Die zweite Ehrung erfolgte am 15. Juni ebenso in Wetzlar. Hier war es die Ehrung seitens des BdV-Landesverbands Hessen mit dem Silbernen Treuezeichen. In beiden



Hessentag – Würdigte in seiner Festrede das Engagement des BdV und übergab zwei Förderbescheide zur Unterstützung der Verbandsarbeit und der Kulturveranstaltung: Hessischer Ministerpräsident Boris Rhein

Fällen wurden die langjährigen Verdienste von Schröder an der Spitze der jeweiligen Verbände hervorgehoben.

Gerd-Helmut Schäfer

Monatstreffen

Wetzlar – Sonnabend, 12. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus am Bobenhöllerwald: Grillfest. Kuno Kutz



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg. **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

Kaffeenachmittag

Oldenburg – Mittwoch, 9. Juli, 15 Uhr, Hotel Restaurant Wöbken, Hundsmühlerstraße 255: gemütlicher Kaffeenachmittag. VWG-Buslinie 314, Haltestelle Achterdiek. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. August: Sommerpause.

Pruzen-Roman

Oldenburg – Bei der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen stellte Prof. Dr. Fröhlich seinen neuen Pruzzen-Roman „Mit Gott, Schwert und Feuer“ vor, der jetzt in einem Oldenburger Verlag erschienen ist. Es ist eine fiktive Erzählung vom Kampf der Pruzzen gegen den Deutschen Orden bei der Eroberung des Sudauer Landes in Masuren im 14. Jahrhundert. Durch die zwei Erzählebenen einmal der der

Pruzen und zum anderen der des Ordensritters entspinnt sich eine spannende Geschichte um die Eroberung der Lycker Burg, die erst nach zähem Kampf durch die Überlegenheit der Kampfkraft des Ordens an diesen fällt. Mit viel Engagement ist Fröhlich ein lebendiger und fesselnder Roman gelungen.

Gisela Borchers



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Zur 600-Jahr-Feier

Lyck – Am 28. Mai fand am historischen Wasserturm in Lyck die Auszahlung der Bruderhilfe statt. Organisiert von der Kreisgemeinschaft Lyck und durchgeführt durch die Kassenwartin Heidi Mader, erhielten bedürftige Mitglieder der Deutschen Minderheit die alljährliche finanzielle Unterstützung.

Die zahlreich erschienenen Mitglieder der Deutschen Minderheit informierten uns über die Neuigkeiten am Wasserturm. So wurden mehrere Arbeitseinsätze zur Verschönerung des Bereiches durchgeführt wie die Instandsetzung der Treppe zum Eingang des Wasserturms, finanziert durch Spender, die das Museum besucht haben. „Wir danken allen herzlich für diese Hilfe,“ sagt Urszula Sasińska, Vorsitzende der Deutschen Minderheit. Anlässlich der 600-Jahrfeier von Lyck gestalteten die Mitglieder kleine Präsente, die gegen eine Spende erworben werden konnten. In der Sommerzeit kann das Mu-

seum am Wasserturm vom 1. Mai bis zum 15. September, täglich von 10 bis 16 Uhr besucht werden. Es ist immer eine Person aus dem Vorstand oder ein Mitglied anwesend.

Einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten war der offizielle Empfang im Rathaus von Lyck, beim Stadtpräsidenten Tomasz Andrukiewicz. In festlicher Atmosphäre kamen die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. und die Vertreter der Deutschen Minderheit in Lyck zusammen, um die Bedeutung dieses besonderen Moments zu würdigen. Der Stadtpräsident betonte in seiner Rede die enge Zusammenarbeit zwischen den Städten und die Bedeutung des kulturellen Austauschs. Mit Worten der Anerkennung und des Respekts würdigte er die jahrhundertalte Geschichte der Stadt und ihre stetige Entwicklung.

Die Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee, unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung von Partnerschaften und gegenseitigem Verständnis. Sie verdeutlichte die tiefe Verbundenheit der deutsch-polnischen Gemeinschaft in Lyck und deren gemeinsames Engagement für eine lebendige Zukunft. Diese Verbindung ist über viele Jahre gewachsen und hat einen Begründer in unserem Kreisältesten Gerd Bandilla, wie die Kreisvertreterin zum Ausdruck brachte. Ohne Bandilla wären diese engen Beziehungen nicht in diesem Rahmen entstanden.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Erklärung der Vertreter der Deutschen Minderheit, die ihre Perspektiven und ihre Rolle in der kulturellen Vielfalt der Region hervorhoben. Ihr Statement war ein Ausdruck der gelebten Integration und des gegenseitigen Respekts.

Die Veranstaltung war geprägt von einem Geist der Freundschaft und Zusammenarbeit. Sie verdeutlichte, dass Geschichte nicht nur bewahrt, sondern aktiv gestaltet wird – durch Dialog, Begegnung und gemeinsames Handeln. Es wurden Briefe und Geschenke ausgetauscht und herzliche Grüße von Bandilla überbracht, der aus Altersgründen nicht anreisen konnte.

Andreas Schenkewitz



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshausen, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise:

Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshausen

Kirchengemeinde Prökuls

Prökuls – Sonntag, 6. Juli, 13 Uhr, Elniske: Friedhofsfest der evangelischen Kirchengemeinde Prökuls.



Sensburg

Kreisvertreter kommissarisch: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 6. Juli, 9 Uhr, m/k-Hotel, Bismarckstraße 39: 56. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Sensburg. Die Feierstunde um 11 Uhr wird musikalisch begleitet von BernStein. Gäste sind herzlich willkommen. Das Hotel ist barrierefrei, der Raum für das Treffen ist per Aufzug erreichbar. Weitere Parkmöglichkeiten befinden sich in der Nähe im Parkhaus Presover Straße, auch der Hauptbahnhof ist nicht weit.

Falk Möllenhoff

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
der ist nicht tot – er ist nur fern.
Tot ist nur, wer vergessen wird.

Immanuel Kant

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Ehemann, unserem Vater, Großvater und Urgroßvater

Rechtsanwalt

Dr. Karl-Heinz Christoph

* 26.11.1933 in Breslau † 06.06.2025 in Berlin

In stiller Trauer

Dr. Ingeborg Christoph
Andreas Christoph
Antje und Peter Bernstein
mit Felix, Julius und Jannis

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 3. Juli 2025, um 12.00 Uhr auf dem Waldfriedhof Oberschöneweide, Verl. Rathenaustraße 131A in 12459 Berlin, statt.

Obwohl wir Dir die Ruhe gönnen,
ist voller Trauer unser Herz,
Dich leiden sehen, nicht helfen können,
das war für uns der größte Schmerz.



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Irmgard Galenski

geb. Scharnowski

* 11. Januar 1944 † 5. Juni 2025
Tolnicken Velbert/Rhl.
Landkreis Allenstein

Du bleibst in unseren Herzen:

Andreas und Iwona
Bernhard und Marion
Dorothea und Frank
Cornelia und Kevin mit Kindern
Damian und Giuliana
Daniela und Lucas

Kondolenzanschrift: Trauerhaus Galenski
c/o Bestattungen Huben, Poststraße 49 - 42549 Velbert



Gestalten Zukunft durch Dialog, Begegnung und gemeinsames Handeln: (v. l.) Rafał Żytyniec, Michael Mader, Marianna Myszczyńska, Andreas Schenkewitz, Gudrun Lassalle, Heidi Mader, Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Christiane Schenkewitz, Stadtpräsident Tomasz Andrukiewicz, Uwe Gentek, Urszula Sasińska, Peter Lassalle, Klaus Romoth

RAGNIT

Ein ostpreußisches Multitalent der alten Moderne

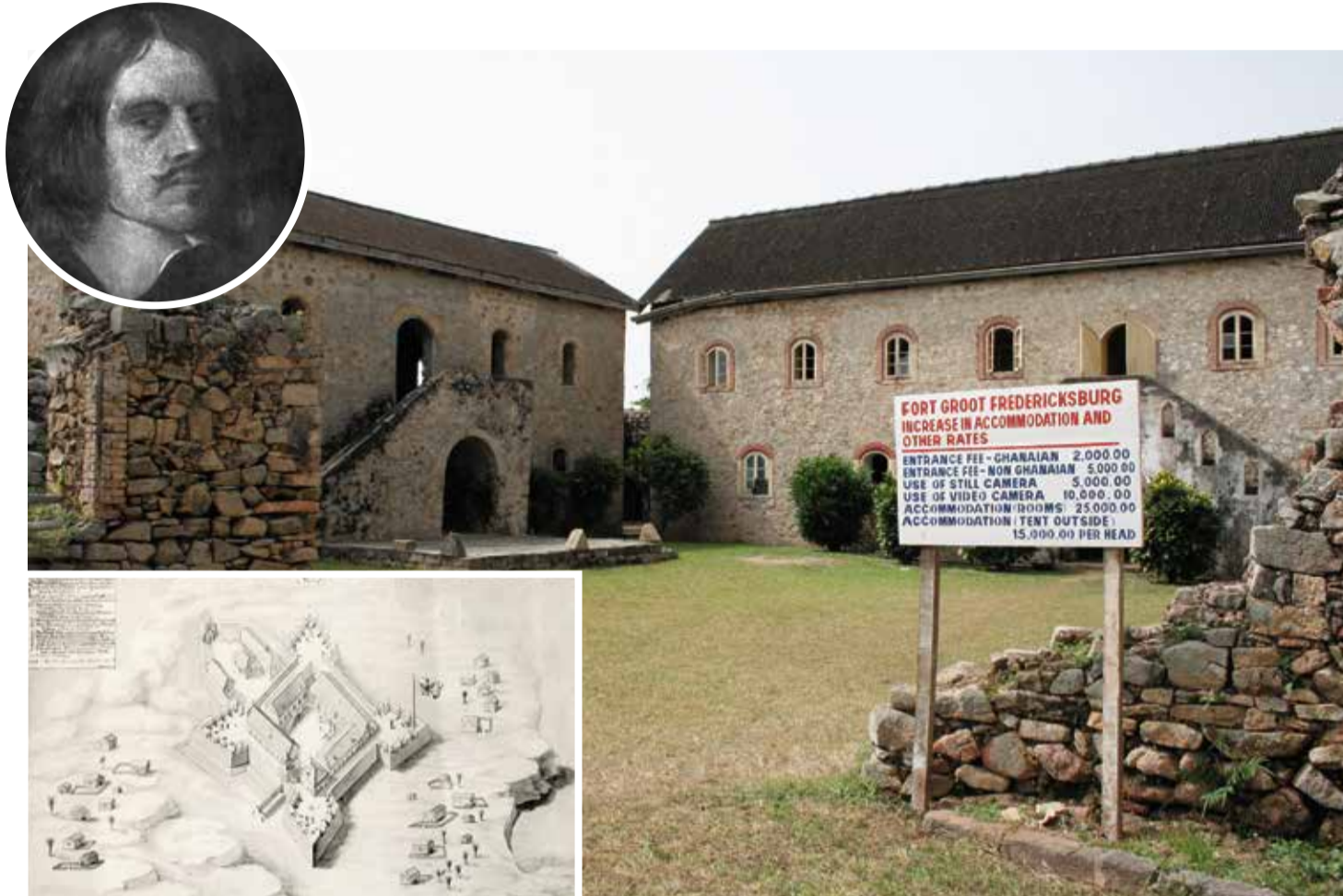
Als Reisender, Gelehrter und moderner Festungsbaumeister setzte Christian Otter neue Maßstäbe der Kompetenz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manche Menschen finden praktisch nie Ruhe, sondern ziehen unablässig umher und wechseln dabei ihre Tätigkeiten, wodurch sie auch ständige neue Bekanntschaften machen. Ein typischer Vertreter dieser umtriebigen Spezies während der Frühen Neuzeit war Christian Otter, der 1598 als Sohn eines aus Franken stammenden Amtmanns im ostpreußischen Ragnit zur Welt kam. Er begann bereits mit zwölf Jahren an der Universität von Königsberg zu studieren und bereiste dann ab 1619 nahezu ganz Europa. Stationen seines Weges waren unter anderem Den Haag, Utrecht und Amsterdam in den Niederlanden, London, Oxford und Cambridge in England, Löwen in Flandern, Bordeaux, Orléans, Paris und Marseille in Frankreich, Genf, Basel und Bern in der Schweiz, Siena, Rom, Mailand und Venedig in Italien, Kopenhagen in Dänemark sowie auch Hamburg, Eutin, Warschau, Danzig und Elbing, um nur einige wenige seiner Stationen zu nennen. Außerdem studierte oder lehrte Otter an den Universitäten von Franeker, Leiden, Straßburg, Utrecht und Nijmegen Fächer wie Mathematik, Militäringenieurwesen, Astronomie, Theologie, Physik, Musiktheorie und Akustik.

Ein echter Alleskönner

Bei seiner ausgedehnten Rundtour traf der gebürtige Ostpreuße mit zahlreichen Herrscherpersönlichkeiten der damaligen Zeit zusammen. Dazu zählten unter anderem der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Statthalter der Niederlande Friedrich Heinrich von Nassau-Oranien, aber auch der Erzbischof vom Bremen Friedrich II., später als Frederik III. König von Dänemark und Norwegen, sowie dessen Vater und Thronvorgänger Christian IV. Ebenso lernte Otter etliche prominente Wissenschaftler kennen. Da-



Zeitgenössische Darstellung des Forts Groß Friedrichsburg zur Zeit seines vollendeten Ausbaus nach 1686 (u.l.), der Eingangsbereich des nach Otters (o.l.) Grundriss erbauten Forts im heutigen Ghana

Bilder (3): Wikimedia

runter waren der Begründer des Völkerrechts Hugo Grotius und der französische Philosoph und Mathematiker René Descartes, der sein Gegenüber als „äußerst erfindungsreichen und gelehrten Befisssenen der Mathematik“ charakterisierte.

Besonders wichtig für den Lebensweg des unsterblichen Multitalents waren zudem die Kontakte zu drei bekannten Festungsbaumeistern, nämlich François de Treytorrens aus Frankreich, Matthias Dögen aus Brandenburg und Friedrich Getkant alias Bridžius Gedkantas, der wie Otter ebenso aus dem ostpreußischen Ragnit stammte. Diese Personen motivierten Otter dazu, ebenfalls Aufträge auf dem Gebiet der Konzeption und Errichtung von

Befestigungswerken sowie Burgenanlagen anzunehmen.

Moderner Baumeister

So fungierte Otter von 1647 bis 1658 für ein Jahresgehalt von 1000 Reichstalern als Hofmathematiker des Herzogs in Preußen und Kurfürsten von Brandenburg Friedrich Wilhelm. In dieser Eigenschaft entwarf er unter anderem die Festung Groß Friedrichsburg, eine Zitadelle am Pregel vor den Toren von Königsberg, deren Bau in Reaktion auf die Rebellion der Königsberger Stände gegen Friedrich Wilhelm erfolgte. Otter führte dabei die von Adam Freitag begründete innovative „holländische Art“ des Festungsbaus in

Preußen ein. Diese lief darauf hinaus, die Stützpunkte unter konsequenter Ausnutzung der topographischen Gegebenheiten vor Ort zu errichten und dabei ein ausgeklügeltes System von Erdwällen und Wassergräben zu schaffen, das teure Befestigungen aus Mauerwerk überflüssig machte. Er baute quasi „umweltfreundlich“ mit der Natur und nicht in die Natur hinein.

Der von Otter entwickelte Grundriss von Groß Friedrichsburg diente dann auch als Vorbild für das zwischen 1683 und 1686 von Karl Konstantin von Schnitter errichtete Fort Groß Friedrichsburg in der kurbrandenburgischen Kolonie an der westafrikanischen Goldküste im Bereich des heutigen Ghana.

Außerdem ersann Otter im Herbst 1643 während seines Aufenthaltes am Hofe des dänischen Königs Christian IV. eine sogenannte „Tuba hercoteconica“, bei der es sich aber keineswegs um ein Musikinstrument handelte, wie Name und Aussehen des trompetenartigen Gerätes nahelegen, sondern um ein militärisch verwendbares Sprachrohr beziehungsweise Hörgerät für den Einsatz in Festungen. Christian IV. war diese neomodische Erfindung immerhin eine Gratifikation von 200 Reichstalern wert.

Eine sündhafte Dauerversuchung

Der in ganz Europa als Multitalent, Gelehrter sowie finnenreicher Konstrukteur und Erbauer ausgeklügelter, modernster Festungsanlagen bekannte Ostpreuße verstarb am 9. August 1660 in Nijmegen, wo er seit 1658 eine großzügig dotierte Professur für Mathematik an der dortigen Universität innehatte und auch in der Gruft der Stevenskerk bestattet wurde.

Weil Christian Otter als eingefleischter Gegner alles Weiblichen niemals verheiratet gewesen war – er hielt Frauen und deren Weiblichkeit für eine ständige sündhafte Versuchung – und somit keine Nachkommen hinterließ, ging sein Nachlass an seinen Neffen Georg Wilhelm Mühlkünzel, dessen Witwe Dorothea das gesamte Konvolut der Aufzeichnungen Otters mit zahlreichen kunstvollen Skizzen von Gebäuden, Festungen, Städten und Landschaften dann vor ihrem Tod um 1708 der Stadtbibliothek von Königsberg vermachte.

Ansonsten schenkte Otter der Nachwelt auch noch das 1646 von Johannes Fabel in Amsterdam gedruckte Standardwerk „Specimen problematum hercoteconico-geometricorum quo ut fortificationis“ über das zivile und militärische Bauen, welches er unter dem Pseudonym „Ragnetanus“ publiziert und seinem damaligen Dienstherrn, dem Lübecker Bischof Johann X., gewidmet hatte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nur ein „Beckmann“ ist geblieben

Breslauer Autos gingen einst in den Export bis nach Moskau

An der Tauentzienstraße 124 [ul. Kościuszki] der Ohlauer Vorstadt [Przedmieście Oławskaie] von Breslau rollten einst Luxuslimousinen und sportliche Coupés vom Band. Heute stehen an dieser Stelle moderne Wohn- und Geschäftshäuser der „Neuen Manufaktur“, die kaum an die Auto-Pionierzeit erinnern. Doch der automobiltechnische Geist lebt weiter – nicht zuletzt durch den langjährigen Leiter des Stadtmuseums zu Breslau Maciej Lagiewski und die Fremdenführerin und Autorin Małgorzata Urlich-Kornacka. Letztere führte Mitte Juni ein Podiumsgespräch mit Christian J. Börner, dem Urenkel des Beckmann-Fabrikgründers. „Das ist eine Geschichte, die es wert ist, erzählt zu werden“, sagte sie.

Die Geschichte beginnt jedoch nicht mit einem Auto, sondern mit Metallrohren, und zwar in der Klosterstraße [ul. Traugutta]. Otto Beckmann (1841-1897), der spätere Firmengründer, stellte zunächst Gas- und Wasseranlagen her. 1885 begann er dann mit einem völlig neuen Produkt: Fahrräder. Ottos Unternehmen nannte er selbstbewusst: „Erste Schlesische Velociped-Fabrik“ – ein Hinweis, dass er als Pionier galt. Sein Sohn Paul (1866-1914) wuchs zwischen Schrau-

benschlüsseln und Satteln auf und half von Kindesbeinen bei der Konstruktion der Velocipeden. Doch seine Vision war es, Autos zu produzieren.

1898 war es dann so weit. In seinem neuen Werk in der Tauentzienstraße 124 rollte das erste in Breslau gebaute Auto auf die Straße. Der kleine Wagen hatte einen französischen Einzylinder-Motor und bot Platz für zwei Fahrgäste, die sich gegenüber saßen. Dessen Höchstgeschwindigkeit betrug erstaunliche 35 Kilometer in der Stunde. Motiviert vom Erfolg, entwickelte Beckmann immer neue, verbesserte Modelle. Ab 1904 wurden sogar eigene Motoren gebaut. Die Firma wurde in „Otto Beckmann & Co. Motorwagen-Fabrik“ umbenannt. Die Fahrzeuge aus Breslau waren nicht nur technisch innovativ, sondern galten auch als zuverlässig und hochwertig – mit Details wie einer Dreigangschaltung, die von der damaligen Fachpresse für ihre Bergtauglichkeit gelobt wurde. Die Firmen- und Familiengeschichte fasste Christian Börner in seinem Buch: „Automobilfabrik Otto Beckmann, Breslau“ zusammen.

Die „Beckmänner“, wie man die Autos nannte, wurden auf Automobilmessen gezeigt und in ganz Deutschland verkauft.



Die Fabrikhalle der Beckmänner in der Tauentzienstraße [ul. Kościuszki] von Breslau steht bis heute

Bild: Wagner

Sie gingen ebenso in den Export nach Moskau und Skandinavien. Beim Autorennen Breslau-Wien 1902 belegten sie die ersten drei Plätze. Und Beckmann saß häufig selbst hinter dem Steuer. Der Breslauer Historiker Lagiewski hält Beckmann sogar für den Vorreiter bei der Herstellung von Sicherheitsgurten. Um seine drei Kinder bei der Fahrt über holprige Stra-

ßen zu schützen, so Lagiewski, habe Beckmann sie nämlich mit eigens genähten Ledergurten an die Sitze geschnallt.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs endete die Erfolgszeit. Beckmann starb 1914, und da keines seiner Kinder volljährig war, geriet das Unternehmen in die Krise. 1926 kaufte Opel die Beckmann-Werke mit rund 150 Mitarbeitern.

Heute gibt es nur noch einen einzigen Original-Beckmann, den Phaeton 21/45 PS von 1911. Dieses Modell war damals so teuer wie ein Mercedes. Heute befindet sich der Wagen in einer privaten Sammlung in Norwegen. Aber an die Geschichte der Breslauer Beckmänner wird in der schlesischen Metropole heute wieder erinnert. Das frühere Verwaltungsgebäude der Firma in der Klosterstraße 124 wurde aufwendig saniert. Im September 2023 wurde im Beisein des Gründerurenkels Christian J. Börner an der Fassade eine Gedenktafel enthüllt. Weil man jedoch oft achtlos an Informationstafeln vorbeiläuft, bringt Urlich-Kornacka Breslaubesuchern – auch in deutscher Sprache – in ihren Führungen diese Geschichte näher. Neben den pfiffigen Beckmann-Gründern erwähnt sie auch, dass Georg Haase, der einstige Besitzer der größten Lagerbierbrauerei Schlesiens und Freund der Beckmanns, sich gerne bei Autorennen hinterst Steuer eines Beckmanns setzte. Übrigens hatte sich Haase am Ohlauer Stadtgraben eine repräsentative Villa bauen lassen, die heute Sitz des Generalkonsulates der Bundesrepublik Deutschland ist, aber das ist eine andere Geschichte ...

Chris W. Wagner

IM WANDEL

Salz brachte Wohlstand

Kolberg – vom Salzhandel zu bedeutender medizinischer Nutzung bis heute

VON TORSTEN SEEGERT

Pommern verfügte einst über zwei Salinen: Greifswald und Kolberg. Beide lagen an der Ostsee und hatten somit Bedeutung für den Handel im gesamten Ostseeraum – für das salzarme Skandinavien ebenso, wie für Russland und Polen. Damit konnten Hering und andere Nahrungsmittel konserviert werden.

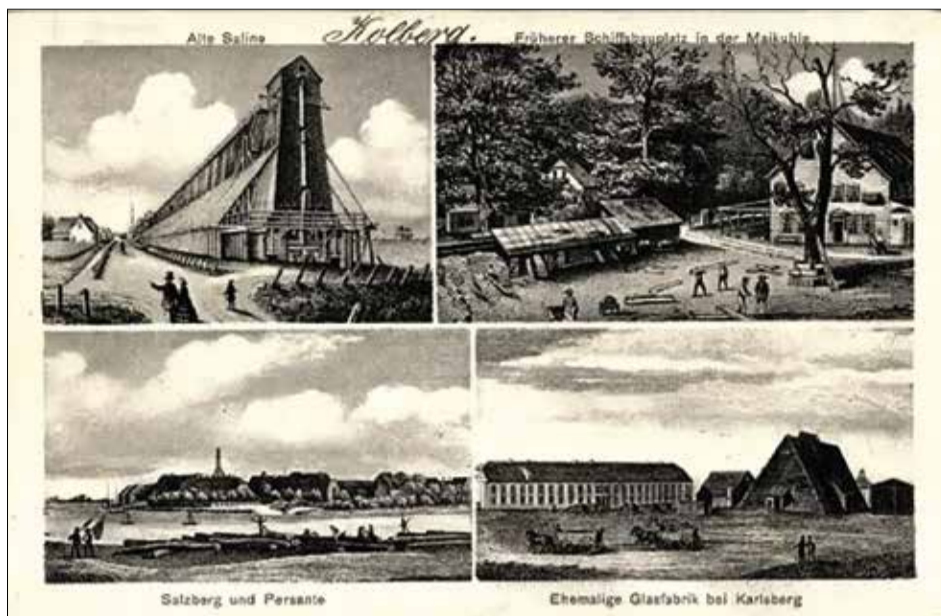
Eigentümer des Salzberges war von alters her das pommerische Herzoghaus. Auch nach der Trennung in die Linien Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin war Salz ein gemeinsames Gut und stand beiden Herzogshäusern zur freien Verfügung, was vor allem die Mönche der Klöster zu nutzen wussten.

So sicherten sich die Klöster Grobe, Belbuk, Stolpe, Colbatz und Treptow ihre Privilegien und verfügten über Schenkungen von Pfannstätten. Erhielten die pommerische Herzöge zunächst noch Zölle, so wussten sich die Mönche auch von diesen schon bald zu befreien.

Früh wurden zur Salzgewinnung durch Siedung Salzhütten, die auch Lager- und Handelsort waren, unweit der Salinen errichtet. Neben herzoglichen Hütten (auch „Koten“ genannt), die man verpachtete, errichteten die Mönche bald eigene Pfannstätten, um dort unfreie Leute für sich arbeiten zu lassen.

Teil der Pfannstätte war die eiserne Pfanne, in welcher die gewonnene Kochsalzlösung der Saline eingedampft wurde, um das Salz zu kristallisieren. Eine Hütte hatte zwischen zwei und sechs Pfannen. Und auf diese wurde je nach Größe der Pfannen ein Salzzins erhoben.

Zunächst wurde dieser willkürlich durch die pommerischen Herzöge bestimmt, aber bereits mit Gründung der Stadt Kolberg im Jahre 1255 normierte



Heute der Stadtteil Salzinsel: Hier lagen, mitten in der Stadt, einst Saline und Gradierwerk, hier gibt es auch heute noch eine öffentliche Salzquelle

sich der Salzzins. Er betrug zwischen vier und acht Tonnen Salz jährlich und wurde von den Bürgern an die geistlichen Besitzer der Hütten abgeführt.

Strikte Regeln

Mit Gründung der Stadt bildeten die vom Salzberg angelockten deutschen Siederfamilien aber auch ihre Salzgilde. Sie ergänzte sich vorzugsweise aus den Ratfamilien und dem Pfannherr, „Salzjunker“ genannt. Sie kauften sich zunächst ein, konnten aber später nur noch in die Gilde einheiraten oder erben. Die Salzgilde legte fortan Siedezeit, Größe der Pfannen, der Solfässer oder der Salzkörbe und sogar den Ankauf des Holzes zum Erhitzen der Pfannen fest. Die zwei Salzgrafen der Gilde aber, die auch Ratsherrn waren, bestimmte der Rat der Stadt Kolberg. Die Gilde tagte im Kolberger Rathaus.

Auch die zur Wendenzeit unfreien Arbeiter des Salzberges begannen sich

mit der Gründung Kolbergs zu organisieren. Sie schlossen sich in einer eigenen Zunft zusammen. Stadtrat und Gilde ernannten zwei ihrer Mitglieder zu Altersleuten, die Meistern, Schörern, Heizern und Gehilfen der Meister vorstanden. Ihre Arbeit war nicht ungefährlich. Im Frühling und Sommer, wenn rege Betriebsamkeit auf dem Kolberger Salzberg herrschte, suchte sich der Rauch der Siedepfannen seinen Weg durch die schornsteinlosen Lehmhütten, die mit Stroh gedeckt waren – Brände gehörten zum Alltag.

Zu den bekanntesten Namen Kolberger Siederfamilien zählten Schließ, Bade, Bärwald, Horn, Bulgrin, Lewetzow, Hamer, Grube, Amborsius, vom Eden, Tribes, Wusseken, Damitz und Breeckhorst. Vermerkt sind diese Familien in alten „Kotenbüchern“, die über die 36 Salzhäuser in Kolberg geführt wurden. Die Kolberger Salzgewinnung zog auch den Aufschwung weiterer Gewerke nach

sich: Pfannschmiede, Böttcher (Fassbauer), Korbmacher, Krämer und Fuhrleute wurden Bestandteil der Lieferketten. Das Kolberger Salz war dem Lüneburger und Hallenser Salz durchaus ebenbürtig. Es gab sogar Salz-Mangel. Salz bedeutete Wohlstand für die Stadt. Der zeigte sich bereits im 16. Jahrhundert in steinernen Häusern, der Wasserleitung und gepflasterten Straßen.

Wandel der Nutzung

Ende des 16. Jahrhunderts setzte allerdings der Niedergang ein. Kolbergs Seehandel ging zurück, fremdes Salz wurde in Kolberg direkt und billiger als das heimische Gut verkauft. Trotz verschiedener Wiederbelebungsversuche wurde 1810 schließlich das gesamte Salzwerk an die preußische Regierung verkauft. Die berühmte Salz-Gilde löste sich nach nun mehr als 500 Jahren auf. Aber auch die preußische Regierung befahl fast 50 Jahre später die Einstellung der Kolberger Saline. 1860 stellte sie den Betrieb ein, das Salzwasser wurde freigegeben.

Nachdem die medizinische Nutzung der Sole mit hohem Eisengehalt entdeckt worden war, entwickelte Kolberg sich zum Sole-, Moor- und Seebad, nahm eine rasante Entwicklung und wurde zum viel besuchten Kurort. Es gab eine direkte Bahnverbindung zwischen Berlin und Kolberg.

Der Salzabbau endete zwar 1861, Salz behielt allerdings bis heute seine Bedeutung für die Stadt, nun aber durch seine Solebäder für die Kurgäste. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag alles danieder, erst 1956 wurde das erste Sanatorium wieder eröffnet. Seitdem entwickelte sich Kolberg erneut zu einem bedeutenden Kurort – Solebäder und Salzgrotten gehören in den neuen Kurhotels wieder zum Angebot – und es gibt sogar ein kleines Gradierwerk im Kurhaus Baltyk.

● MELDUNGEN

Blaue Flagge, Pokal und „Vor 80 Jahren“

Stettin – In Vor- und Hinterpommern kam es in den vergangenen Tagen zu Staus und stockendem Verkehr auf den Straßen an die pommerische Küste. Grund war der An- und Abreiseverkehr auf der S3 (Swinemünde) und S6 (Kolberg, Köslin). Am 22. Juni hatten die Staus eine Länge bis zu sechs Kilometern TS

Greifswald – Vom 28. Juni bis 23. August lädt der Pommerische Künstlerbund (PKB) zum Besuch der Ausstellung „Kreide und Meer“ mit Bildern von Madlen Ungelenk in den PKB Kunstladen (Feldstraße) ein. Die Vernissage findet am 28. Juni, dem „Langen Abend der Galerien“, um 15 Uhr statt. TS

Swinemünde – Wie das Ostseebad am 22. Juni mitteilte, hat der Strand von Swinemünde – neben Pritter – zum 20. Mal die Blaue Flagge als internationales Zeichen für einen sauberen und sicheren Strand erhalten. 2025 sind 35 Rettungsschwimmer von 10 bis 17 Uhr im Einsatz. TS

Gustow – Am 21. Juni waren die pommerischen Schützen zum 1. Mittsommerchießen mit Großkaliberpistolen und -revolvern des ESV Schützengilde Prosnitzer Schanze e.V. eingeladen. Der Mittsommer-Wanderpokal ging an Schützenbruder Büttner (Sassnitz) vor den Schützenbrüdern Petzel und Westphal (v.l.) TS



BILD: SEEGERT

Stolpe – Am 22. Juni fand am Nachmittag eine Demonstration gegen die Masseneinwanderung statt. Anlass war die Einrichtung eines Ausländerheims Anfang Juni. Des Weiteren wurde eine von 600 Bürgern unterzeichnete Petition an den Stadtrat von Stolpe übergeben. TS

Demmin – Über 30 Jahre kämpften die Hansestadt Demmin und das benachbarte Pensin für einen verbindenden 2880 Meter langen Radweg. Nun wurde der fertiggestellte Weg mit 35 Straßenleuchten und 128 jungen Bäumen endlich den Pedalrittern übergeben. TS

Bütow – Die kaschubischen Erdbeerbauern rechnen derzeit mit Einbußen. Nach einem schwierigen Frühling mit Frösten bis Ende April hatten die Obstanbauer mit Pflanzenverlusten auf den Feldern zu kämpfen. Auch der Juni war zunächst zu kühl. Nun steigen die Erdbeerpreise. TS

Vor 80 Jahren – Stettin Beginnend mit dem 5. Juli 1945 erfolgte die schrittweise Übergabe Stettins durch die sowjetische Militärverwaltung an die polnische Verwaltung. Der Schweriner Grenzvertrag vom 21. September 1945 – ohne Beteiligung der Deutschen – besiegelte offiziell die Übernahme Stettins durch Polen. TS (Ende der Reihe „Vor 80 Jahren“)

MARITIM

Schiffe bestimmten sein Leben

Admiral Rudolf von Eickstedt beendete seine Karriere als Generalrepräsentant der Vulcanwerft

Ernst Ludwig Platen Rudolf von Eickstedt entstammte dem pommerischen Uradel mit Gutsbesitz in Pommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein, machte in der kaiserlichen Marine Karriere und brachte es bis zum Dienststrang eines Admirals. Er hatte das Kommando über verschiedene Kriegsschiffe, fungierte als Chef der Konstruktionsabteilung im Reichsmarineamt und war nach seinem Abschied im Alter als Generalrepräsentant der Stettiner Vulcanwerft tätig. Das bescherte ihm über seinen Tod vor 100 Jahren hinaus Aufmerksamkeit speziell bei der Marine.

Rudolf von Eickstedt wurde am 25. Januar 1852 auf Gut Osterholz bei Itzehoe geboren. Zu seinen Vorfahren gehörte auch Valentin von Eickstedt, der im 16. Jahrhundert als Geschichtsschreiber Pommerns und als einflussreicher Rat der Herzöge von Pommern Bekanntheit erlangte und seine letzte Ruhe im Dom zu Greifswald fand. Rudolfs Vater besaß außer Osterholz auch das Stammgut in Tantow, das heute zum Amt Gartz/Oder im Landkreis Uckermark gehört. Es ist in der Sammlung von Alexander Duncker als Abbildung enthalten. Er schickte seinen Sohn zur Ausbildung nacheinander auf das Gymnasium in Berlin-Charlottenburg und das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Neuruppin. Rudolf trat danach mit Marinebegeisterung als Offiziersanwärter in

die Marine des Norddeutschen Bundes ein und machte dann in der kaiserlichen Marine Karriere.

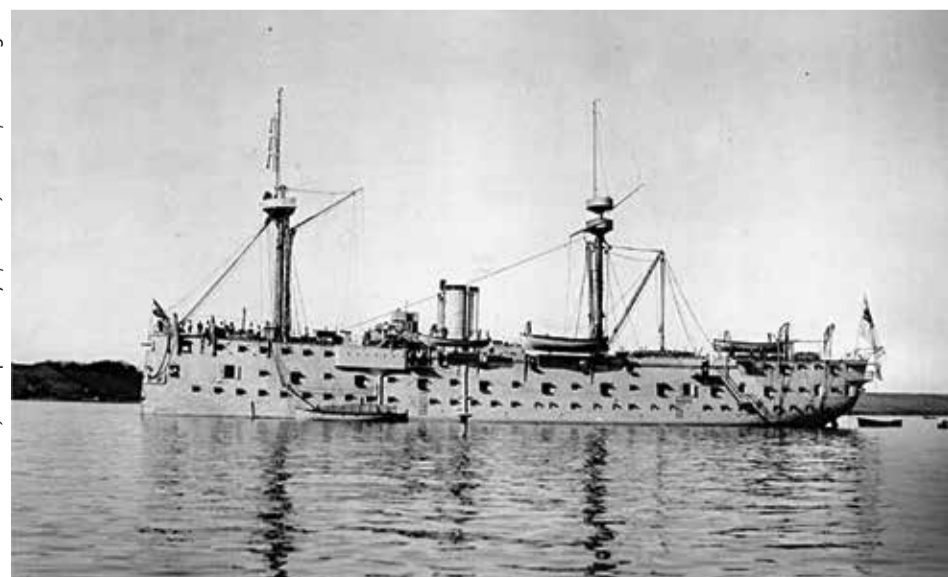
Er hatte 1875 den Rang eines Kapitänleutnants, unterrichtete danach an der Marineakademie und wurde 1881 zum Artillerie-Direktor an die Kieler Werft berufen. Es folgten das Kommando über verschiedene Kriegsschiffe der kaiserlichen Marine und ab 1893 die erneute Lehrtätigkeit an der Marineakademie. Ab 1896 befehligte der Aufsteiger nacheinander den Kreuzer „Gefion“, das Linienschiff „Brandenburg“ und das Artillerieschulschiff „Mars“. Eickstedt bewährte sich auf allen Positionen, wurde 1900 in das Reichsmarineamt berufen, 1902 zum Konteradmiral befördert und 1905 Chef des neuen Konstruktionsdepartements. 1906 stieg er zum Vizeadmiral auf.

Marinekenntnisse kamen zugute

Eickstedt, der nach dem frühen Tod seiner ersten Frau in zweiter Ehe mit Hedwig Rossow verwitwete Wünsche verheiratet war, weilte zwischenzeitlich auch wiederholt auf dem Familiengut Tantow, das mit Schloss und Mühlenkette parallel bis 1919 als „Eickstedt-Tantow-Majorat“ von Balduin von Eickstedt verwaltet wurde. Nach seinem Abschied aus der Kriegsmarine mit dem Charakter als Admiral

und der Anrede „Exzellenz“ war er noch einige Jahre als technischer Berater und Generalrepräsentant der Stettiner Vulcanwerft tätig. Dieses Unternehmen war 1857 gegründet und nach dem römischen Gott des Feuers und der Schmiedekunst „Vulcanus“ benannt worden, gehörte als Pionier des neuzeitlichen Schiffbaus lange Zeit zu den führenden Werften Deutschlands und stellte schnelle Passagierschiffe, moderne Kriegsschiffe und Lokomotiven her. Admiral von Eickstedt

war als Marinespezialist bis zum Ersten Weltkrieg eine Schlüsselgestalt des Schiffbaus in der Stettiner Firma. Er erlebte noch die deutsche Niederlage, den Untergang des Kaiserreiches sowie die revolutionären Nachkriegswirren und starb am 30. Juni 1925 in Kiel. Von seinen Kindern erlangte später Klaus von Eickstedt als Politiker Bekanntheit. Ab 1937 gebot dieser als letzter Vertreter der Familie über das Gut Tantow bis zur Bodenreform. Martin Stolzenau



Das Artillerieschulschiff „Mars“: Von September 1897 bis Juli 1899 war Rudolf von Eickstedt der Kommandant des Schiffes

BILD: BUNDESARCHIV, BILD 146-2008-0770 / RENARD, ARTHUR / CC-BY-SA 3.0

„Ohne Vergebung gibt es keine Hoffnung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Sachlich und fachlich ein ganz hervorragender Beitrag“

Jan Kerzel, Diespeck
zum Thema: Masurens inoffizielle
Hauptstadt (Nr. 21)



Ausgabe Nr. 24

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

JÄGER TÖTET LÖWEN ZU: SPRACHE UND WAHRHEIT (NR. 23)

Der Beitrag (über Grammatik und Kirche, d. Red.) findet meine volle Zustimmung zu den Ausführungen über die Rolle der Grammatik in der Sprache. Die Verhöhnung unserer Sprache durch das Gendern ist tatsächlich unerträglich.

Betrüblich ist allerdings, dass dem Autor ausgerechnet in dem Beispiel mit drei Worten ein Grammatikfehler unterlaufen ist. Der erste Satz „Jäger tötet Löwe“ müsste korrekt lauten „Jäger tötet (den) Löwen“. Der zweite Beispielsatz ist demgegenüber korrekt. Der Unterschied in der Deklination von „Jäger“ und „Löwe“ besteht darin, dass „Jäger“ stark dekliniert wird (der Jäger, des Jägers, dem Jäger, den Jäger), während „Löwe“ schwach dekliniert wird (der Löwe, des Löwen, dem Löwen, den Löwen). Merkwürdig, dass diese Art von Fehlern im allgemeinen Sprachgepansche kaum noch auffallen.

Dr. Martin Diestelhorst, Halle (Saale)

„ABGESEGNETER“ KRIEG ZU: DIE PFINGST-BOTSCHAFT – NOCH NIE WAR SIE SO NÖTIG WIE HEUTE (NR. 23)

Ein Blick auf die teils katastrophalen Zustände innerhalb Deutschlands, der Europäischen Union, und auf die Kriegsgebiete im Osten Europas legt die Vermutung nahe, dass auch der Niedergang der Kirchen bei uns einen erheblichen Teil der Verantwortung trägt.

Eine Kirche, die überwiegend nur noch im Fahrwasser von LGBTQ+, NATO/EU, Antifa und Migrantifa herumtreibt, braucht kein Christenmensch. Ein Bild macht dies für mich besonders deutlich: Im Gottesdienst bekennen Pfarrer und Bischöfe ihre eigene Schuld: „... mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa.“

Aber wie sehr musste man um den Heiligen Geist beten, als einige deutsche Bischöfe sich für die Lieferung deutscher Leopard-II-Panzer für den „Krieg gegen

Putin“ aussprachen, und somit die schweren Kriegswaffen für den Krieg gegen Russland gleichsam „absegneten“?

Ganz entscheidend aber ist, dass wir in der Kirche der Barmherzigkeit Gottes begegnen: „Wem ihr die Sünden vergebt, dem sind sie vergeben; wem ihr die Vergebung verweigert, dem ist sie verweigert.“, sagt Jesus am Osterabend (Joh. 20,23). Ohne Vergebung gibt es keine Hoffnung. Das sehen wir an den schrecklichen Krisenherden unserer Zeit. Umso dringender braucht die Kirche Pfarrer und Bischöfe, die bereit sind, den Frieden und die Versöhnung Jesu weiterzugeben, damit ein neues Pfingsten kommt.

Pfarrer Ottfried Wallau, Siegburg

WISSEN, WAS MAN FEIERT ZU: DIE PFINGST-BOTSCHAFT (NR. 23)

Wenn man bedenkt, dass ein Großteil der Feiertage einen kirchlichen Ursprung haben, aber immer mehr Mitbürger aus der Kirche austreten, oder nichts mit der Bedeutung der kirchlichen Feiertage anfangen können, dann stellt der Autor zu Recht die Frage: Warum feiern, wenn man nicht weiß, was man feiert? Eventuell ändert sich das ja bald, wenn wir muslimische Feste feiern müssen. Wer weiß, vielleicht bringt das die Menschen sogar zur Kirche zurück – und so manchen Kirchenfürst wieder zur nicht grünen Vernunft.

Johann Kurslik, Dresden

MERZ EIN WINTERKÖNIG? ZU: DIE UNION ZWISCHEN AUFBRUCH UND EINER GEFÄHRLICHEN FALLE (NR. 20)

Bundeskanzler Friedrich Merz ist außenpolitisch engagiert: Polen, Frankreich, Ukraine – obwohl er erst knapp über einen Monat im Amt ist. Dies kann ihm eines Tages zum Verhängnis werden: wer oft „außer Haus“ ist, weiß wenig, was im eigenen Land geschieht, was ohne die eigene Person „gesponnen“ wird.

Zum anderen müsste Merz klar sein, dass die deutsche Wählerschaft endlich innenpolitische Probleme gelöst haben möchte. Es gibt wenig Verständnis dafür, warum ein Kanzler ständig herumreist, um die „große“ Welt zu retten, wenn zu Hause die „kleine“ Welt in Flammen steht. Die hohe Inflation der Lebensmittelpreise, die explodierenden Heizungs- und Elektrizitätskosten, eine zunehmende Arbeitslosigkeit gepaart mit einer beachtlichen Anzahl insolventer Unternehmen, usw. müssten ausreichend sein, um den Alltag des Bundeskanzlers innenpolitisch zu füllen.

Wenn Merz das nicht versteht, wird seine Amtszeit im Desaster enden. Die bevorstehenden Landtagswahlen prognostizieren ernüchternde Ergebnisse für die CDU, die Beliebtheitswerte des Kanzlers sind im Keller. Es bleibt nicht mehr viel Zeit für Merz. In Österreich nennt man solche Kanzler „Winterkönige“ – weil sie nur einen Winter politisch überleben.

Dr. Eibe Hinrichs, Homburg/Efze

TAPFER DIE FAHNEN HOCH ZU: DIMENSIONEN EINES HISTORISCHEN VERLUSTS (NR. 18)

Ich lese Ihre Zeitung immer gerne wieder aus Interesse an der deutschen Historie und auch mit familiärem Hintergrund in den betroffenen Gebieten, wobei in unseren Reihen die Zeitzeugen sich immer mehr lichten.

Ihr Beitrag zu Einheit oder Ende des Landes zeigt dem Leser die Situation auf, dass die Duldung der Vertreibung aus den polnisch (und russisch?) verwalteten Gebieten vielen Menschen in der gesamtdeutschen Bevölkerung inzwischen eher gleichgültig ist. Die Nachkriegsgeneration wurde in dem Bewusstsein erzogen: Selbst schuld, selbst gewähltes Schicksal – müsst ihr mit leben.

Man bekam auch sehr wenig Möglichkeit, einmal die geschichtlichen Entwicklungen im deutschen Osten kennenzulernen. Wer hatte Interesse an der Zerteilung der Ostgebiete und wer trieb die Einwoh-

ner brutalst in die Flucht? Welche Bevölkerungswanderungen geschahen, wer schuf welche Kulturen, wem verdankt die Nachwelt was? Welches Territorium gehörte zu welchem Land, welcher Nation? Zum deutschen Reich, zu Preußen, zu Polen.

Einzelheiten zu jahrhundertealten Königreichen, Wahlverhalten, Identität, nationale Interessenkonflikte fehlen den meisten Deutschen. Im Westen war alles bunt und wunderschön, in der „SBZ“ zu grau, um über den Alltag hinaus zu hoffen. Gerade auch viele Menschen aus den alten Ostgebieten haben aus Resignation oder Angstgefühlen das Nachdenken über die Ursachen ihrer Flucht und Gegenwart/Zukunft ihrer Heimat verdrängt.

Die Kenntnisse der Normalbevölkerung reichen kaum bis in den Kriegswinter hinein, geschweige denn sind die Grausamkeiten und Hintergründe der Entsedelung ein Thema in der Gesellschaft.

Gut, dass Ihre Zeitung so tapfer die Fahnen hochhält. Gibt es vielleicht eine Buchempfehlung für die kompakte oder erweiterte Erkenntnisgewinnung? Gerade auch, um die neuen Leser dort abzuholen, wo sie stehen?

Stephanie Petersen, Hamburg

STAAT MÜSSTE ZAHLEN ZU: RENTE STATT PENSION (NR. 23)

Dem Autor scheint nicht bekannt zu sein, dass seit Jahrzehnten im Gehalt der Beamten genau der Betrag fehlt, der in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden müsste. Mit anderen Worten: Sollten jetzt Beamte in diese Rentenversicherung einzahlen müssen, so würde der Staat für diesen Betrag aufkommen müssen, und zwar sogar doppelt, denn der Staat müsste die Beamtengehälter um diesen Betrag erhöhen und zusätzlich in eben dieser Höhe den Arbeitgeberanteil leisten.

Wer soll das bezahlen?

Heinz Schwemin, Berlin

ANZEIGE

12 Schlachtfelder des hybriden Krieges und warum wir sie nicht erkennen

Entwicklung Cyberkrieg Kultur und Verhalten
Wasser Feuer und Fleisch Migration Gesundheit Energie
Bildung Sonne Geburt und Tod Nahrungsversorgung

■ Er ist geheim, er ist leise, er ist hinterhältig – und er ist zerstörerisch: der hybride Krieg. Mancher hat schon von ihm gehört, mancher führt ihn im Munde, aber nur wenige haben eine klare Vorstellung davon. Denn der hybride Krieg ist ein Krieg, den man nicht bemerkt. Und wenn doch, dann rechnet man seine Phänomene nicht einem Krieg zu, sondern hält sie für Schicksal, Zufall oder gar für eigenes Verschulden.

Der wahre Krieg wird im Verborgenen ausgetragen, seine Merkmale sind Manipulation, Verschleierung und Niedertracht. Sein Ziel ist die totale Zerstörung einer Gesellschaft, einer Nation, letztlich sogar der Menschheit. Die Abwesenheit von Bomben sollte man daher nicht mit Frieden verwechseln. Denn das ist eine Vorstellung von gestern und wiegt den Bürger in falscher Sicherheit.

Wie erkennt man einen hybriden Krieg?

Der vielfache Bestsellerautor Gerhard Wisnewski zeigt die Entstehung des hybriden Krieges aus den konventionellen Waffengängen des 20. Jahrhunderts auf, die mit dem Zweiten Weltkrieg nicht aufhörten, sondern danach nur in eine hybride Phase eintraten.

Attackiert wird alles, was man sich vorstellen kann: Bevölkerung, Geburtenraten, Gesundheit, Nahrungsversorgung, Wirtschaft, Verteidigung, Entwicklung, Energieversorgung, Infrastruktur und anderes mehr. Ja, Deutschland bringt man sogar dazu, seine eigenen Kraftwerke zu sprengen. Wie ist so etwas möglich? Lassen Sie sich von Gerhard Wisnewski mitnehmen zu den wichtigsten Schlachtfeldern des hybriden Krieges – in die schillernde Schattenwelt von Trugbildern, Intrigen und arglistigen Strategien. Lernen Sie hybride Angriffe zu erkennen – in Politik und Gesellschaft, aber auch in Ihrer persönlichen Umgebung!

Denn wer die Angriffe nicht erkennt, bleibt Opfer!

Gerhard Wisnewski: Der hybride Krieg gegen Deutschland und die Zerstörung der westlichen Zivilisation • gebunden • 319 Seiten • Best.-Nr. 991 480 • 23,- €



www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

POMMERN

Die Insel der Dichter und Maler

Auf Fischland-Darß-Zingst haben sich so manche Kolonien von Künstlern, Kranichen und Sommerfrischlern angesiedelt

VON MANFRED LÄDTKE

Fischland-Darß-Zingst: Der Name klingt, als hätten übermütige Stürme ein paar Buchstaben durcheinandergewirbelt. Auf einer Landkarte zeigt der Mann vom Fahrradverleih auf das krumme Küstenvorland, das wie eine Sichel in der deutschen Ostsee liegt. „Unsere Schatzkammer zwischen Mecklenburger Bucht und Vorpommern.“ Helle Steilufer und Dünen in Fischland, urwüchsige Küstenwälder auf dem Darß, pulverweiche breite Strände und schilfgesäumte Boddenlandschaften in Zingst. 650 Jahre mussten sich Sturm und Meer ins Zeug legen, bis die drei Landpartien zu einer 45 Kilometer langen Halbinsel zusammengewachsen waren. Dann erzählt der Radler von dramatischen Himmelsspiegelungen, von trompetenden Kranichen und vom Rohrdachidyll windumwehelter Landhäuser in der Künstlerkolonie Ahrenshoop. „Schöner geht's nicht, oder?“ Mal sehen.

Ganz gleich, ob Sommerfrischler im Auto auf schattigen Alleestraßen fahren oder dem Küstenradweg folgen – immer wechselt die Aussicht auf das Meer und die flachen Boddengewässer. Ein im wahrsten Wortsinn malerisches Fleckchen Erde ist das Künstlerzentrum Ahrenshoop. Nahe der Dorfstraße steht ein blaugetünchter Kunstkatzen. 120 Jahre ist es her, seit der Freilichtmaler Paul Müller-Kaempff (1861–1941) Künstlerkollegen aus den Städten in das weltabgelegene pommersche Dorf der Bauern und Seefahrer folgte und das Atelierhaus als Zentrum für die junge Künstlerkolonie baute. Licht und Schatten der Jahreszeiten, die Atmosphäre der Einsamkeit und die Melancholie der Landschaft waren der inspirierende Stoff, aus dem damals farbenfrohe Bilder entstanden.

Jahrzehnte später, als Ahrenshoop längst auch Sehnsuchtsort für Schauspieler, Musiker, Politiker und reiche Kaufleute war, soll Müller-Kaempff genervt, aber gut situiert erklärt haben: „Ich habe kein großes Interesse daran, ob man mir ein Bild abkauft oder nicht.“ Seine Kollegen sahen das freilich anders und arbeiteten weiter am opulenten Fundus oft menschenleerer von Sturm, Wasser und Sand gezeichneten Gemälden.

Wer nun der bilderreichen Kunstgeschichte des Ostseebades vor der Tür des



Alles im Blick: Eine Bildtafel erklärt, dass genau von hier Paul Müller-Kaempff seinen „Blick auf Ahrenshoop“ malte Bild: Lädtke

Kunstkatzen auf die Spur kommen will, steigt vorzugsweise auf ein E-Bike. Am Strand zwischen Meer und kunterbunten Villen führt ein hügeliger Pfad zu zehn Tafel-Stationen mit Werken von Malern. Die Gemälde sind jeweils platziert, wo die Entstehung der Originale vermutet wird, und gestatten Ansichten, Interpretationen und emotionale Wahrnehmungen aus der Perspektive der Maler. „Blick auf Ahrenshoop von Müller-Kaempff“, liest eine junge Frau und deutet auf ein Haus hinter einer Düne. Die Aussicht vom Steilufer auf das Haus und das Meer hat sich seit 110 Jahren kaum verändert.

Zum rotglühenden Sonnenuntergang am ursprünglichsten Küstenstrich der Ostsee führt ein sechs Kilometer langer Radweg von Ahrenshoop bis ins Grün des Darß-Waldes hinein. Das Tschilpen, Trällern und Tirilieren Tausender Vögel verwandelt den Wald in einen Konzertsaal, bleibt allerdings nur Frühaufstehern vorbehalten. Kommt der Frühling ins Land, treten die gefiederten Meistersinger in Hochform auf – ob deren Liebeslieder bei den Weibchen ankommen?

Fast 40 Wanderwege kreuzen das 5500 Hektar „lütte“ Idyll, das einst Seeräubern wie Klaus Störtebeker Unterschlupf bot. Sonnenstrahlen blinzeln durch das rauschende Blätterdach uralter knorriger Rotbuchen und Fichten. Daneben schweigen nasse geheimnisvolle Erlbruchwälder.

Hinter einer Lichtung öffnet sich der sonnenwarme Weststrand, das Goldstück des Darß. Kiefern kommt ihr Platz in der ersten Strandreihe meist teuer zu stehen. Mit ihren tiefen dem Meer abgewandten Baumkronen scheinen die bizarren „Windflüchter“ vor den Stürmen fliehen zu wollen. Im Sommer tummeln sich Badende in der schläfrigen See.

Vorsicht! Adler im Anflug

Durch den Sandkasten am Urwald wandern einige sommerlich gekleidete Spaziergänger und lauschen dem Donnern und Grollen der entfesselten Wellen. Welch grandiose Aussicht! 134 Stufen führen hinauf auf die Plattform des Leuchtturms am Darßer Ort. Der Blick reicht hinüber bis ins benachbarte Ostseebad Zingst

und über die bereits 100 Meter vor dem Turm lauernde See. Rund 1,30 Meter Land schluckt das gefräßige Wasser jedes Jahr.

Ein paar Pedalschläge weiter versteckt sich am Ostzipfel von Zingst Mitteleuropas größter Rastplatz für jährlich rund 60.000 Kraniche. Wie aus dem Nichts tauchen die Zugvögel plötzlich in großen keilförmigen Formationen am roten Abendhimmel auf. Mit trompetenähnlichen Rufen landen sie auf ihren Schlafplätzen in flachen Wassern.

Im Herbst brechen die Kraniche genauso geräuschvoll bei Sonnenaufgang wieder auf, um sich auf Feldern für den weiten Flug ins südliche Winterquartier die Bäuche vollzuschlagen. Im Frühling kann man sie an den Uferzonen manchmal sogar bei einem flotten Tänzchen beobachten. Die angesessenen Vögel tanzen nicht nur bei der Balz, sondern auch aus purem Vergnügen.

Im Landesinneren, nur eine halbe Autostunde von der Ostsee entfernt, befindet sich im Recknitztal eine andere bunte Vogelwelt. Krickenten, Kängurus, Adler, Emus und Störche sind die Stars im Vo-

gelpark Marlow. Im Pfahlbaumhaus „Storchennest“ schleppt eine Familie ihr Gepäck die steile Holzterrasse hinauf. Auf der Wiese unter der Terrasse der rustikalen Unterkunft tummeln sich mehr als zwei Dutzend Weißstörche, die als verletzte flugunfähige Pfleglinge hier ein Zuhause haben.

Vorbei an Humboldt-Pinguinen und handzahmen Kängurus liegt am Ende der weitläufigen Anlage der Flugplatz für Adler, Falke & Co. Vorsicht, Kopf einziehen! Auf einem Hügel bereiten Tiertrainer gerade die nächste Showeinlage vor. Adler lauern auf ausgestreckten Armen sitzend auf Beute, die sie sich im Sturzflug über klickende Kameras als Lohn für ihren luftigen Auftritt auf einer Anhöhe vis-à-vis greifen.

Mystisch und auch nach 900 Jahren historisch nicht greifbar sind Geschichten über das sagenhafte wegen Habgier und Hochmut seiner Bewohner vom Meer verschlungene Vineta. Historiker haben es zuletzt im Hafendörfchen Barth verortet. Und so führt ein Ausflug in die alte Handelsstadt nicht nur in eine der romantischsten kleinen Hafenorte der Ostsee, sondern auch in eine mit Seemannsgarn gewickelte für den Tourismus einträgliche Sagenwelt.

Klar, auch andere Städte Pommerns bringen sich als Heimat von „Vineta“ in Stellung. Kaum aber hatten sich die Chronisten auf Barth eingenordet, nutzte der Bürgermeister die Gunst der Stunde, sicherte „Vineta“ als Markennamen und ließ den Wind fortan werbewirksam aus seinem Städtchen wehen. Im örtlichen Vineta-Museum hat der Mythos nun seine bildreiche Heimat gefunden.

Am Hafenufer von Barth schaut ein Ehepaar den Wolken nach. Einen halben Tag lang waren die Literaturfreunde Spuren von Martha Müller-Grählert (1876–1936) gefolgt, die hier ihr berühmtes Lied „Mine Heimat“ dichtete, das – fälschlicherweise auch als norddeutsches Friesenlied – in zahlreichen Adaptionen die Welt eroberte. In der Hoffnung, die versunkene Stadt zu sehen, wirft das Paar einige Münzen ins Meer. Nichts passiert. Wie denn auch? Laut Sage soll das Geld ja an einem Ostermorgen und nur bei Glockengeläut ins Wasser fallen. Sehr wahrscheinlich aber taucht Vineta auch in Zukunft nur als episches Element auf. In Büchern wie von Heinrich Heine, Ferdinand Freiligrath oder Günter Grass.

SKANDINAVIEN

Dänen geht es besser

Mehr Dänemark wagen – Warum sich Deutschland am nördlichen Nachbarn orientieren sollte

Italien ist das Sehnsuchtsland der Deutschen. Doch hin und wieder sollten sie auch ihren Blick Richtung Norden richten. Das kleine Dänemark zeigt, wie man glücklich und erfolgreich sein kann. Der Publizist Ulf Poschardt, dessen Mutter aus Dänemark stammt, hat das kleine Königreich schlicht als das „bessere Deutschland“ bezeichnet.

Wer als Urlauber durch Dänemark reist, erlebt ein funktionierendes Land. Die Menschen sind freundlich und unkompliziert. Wer am Strand mit einem freundlichen „Hej“ grüßt, wird in der Regel freundlich zurückgegrüßt. Lässt man als Autofahrer einen Bus vor sich einschleichen, erscheint hinten „Tak“ („Danke“) als Leuchtschrift. Autofahren auf der Autobahn fühlt sich für manche bei unseren nördlichen Nachbarn entspannter an.

Dänisches Design ist zeitlos schön. Das Durchschnittseinkommen der Dänen ist wesentlich höher als das der Deutschen. Sicherheit und Sauberkeit werden nicht nur proklamiert, sondern auch gelebt. Auch die dänischen Sozialdemokraten haben sich darauf verständigt, dass es dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, dem Wohlstand und dem sozialen Frieden nicht guttut, wenn man jeden ins Land lässt. Die Dänen machen einfach vieles anders und insgesamt auch besser als die Deutschen.

Natürlich ist diese Gegenüberstellung etwas schablonenhaft. Es gibt auch unfreundliche Dänen, die viel rauchen und Alkohol trinken und schlechte Laune haben. Und es gibt sicher viele Deutsche, die ein vorbildliches Leben führen. Zudem kann man ein Land mit knapp sechs Mil-



Immer glücklich auf ihrem Felsen in Kopenhagen: „Die kleine Meerjungfrau“

lionen mit einem von fast 85 Millionen Einwohnern schlecht vergleichen.

Doch es sollte uns zu denken geben, dass die Dänen immer wieder zu den glücklichsten Menschen dieser Erde gezählt werden. Dänemark hat sich im Jahr 2025 erneut als das zweitglücklichste Land der Welt positioniert. Dies geht aus dem von den Vereinten Nationen herausgegebenen World Happiness Report (WHR), der auf Daten der letzten drei Jahre basiert, hervor. Der WHR untersucht die Lebenszufriedenheit im internationalen Maßstab unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren wie Zugang zu Bildung, Einkommen, Lebenserwartung, sozialer Zusammenhalt und Kriminalitätsraten.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz wäre also gut beraten, den

Wahlkampfslogan „Mehr Sauerland wagen“ durch den Slogan „Mehr Dänemark wagen“ zu ergänzen. Statt etwas sauer-töpfisch zu mehr Leistungsbereitschaft zu appellieren und gegen die Work-Life-Balance zu Felde zu ziehen, sollte er lieber „Hygge“ (Gemütlichkeit) und „Lykke“ (Glück) in sein Vokabular aufnehmen. Denn man arbeitet ja nicht nur um der Arbeit willen.

Die Dänen sind wirtschaftlich erfolgreich und innovativ. Aber sie genießen auch das Leben neben der Arbeit mit Familie und Freunden, verfügen über ein familienfreundliches Sozialsystem, nehmen sich selbst nicht zu ernst und pflegen eher flache Hierarchien. Als Start ins dänische Glück empfiehlt sich ein herzhafter Biss in einen Hot Dog.

Ansgar Lange

● FÜR SIE GELESEN

Gar nicht so lange her

„So müssen sich die Menschen des frühen 20. Jahrhunderts gefühlt haben, als es plötzlich Elektrizität, Autos, Telefone und Flugzeuge gab“, meint Frank Jöricke in seinem überaus lesenswerten Buch „Früher war alles anders. Von Dr. Sommer bis Sonntagsbraten“.

Die als Serie in einer Tageszeitung erschienenen Artikel eines „Zeitreisenden“, der sich in die vor-digitale Welt begibt und viele Begebenheiten hervorholt, an die sich die damals Lebenden sicher erinnern oder die sie vielleicht schon vergessen haben, sind in diesem Band gesammelt. Da geht es um Partykeller, Telefonieren, was mit dem heutigen Fernsprechen nur noch wenig zu tun hat, um Zigaretten, Werbung, Kinderserien, Schlager, die DDR, Jugendkultur, Generationenkonflikte, Busreisen und vieles mehr.

60 kurze und informative, teils sehr belustigende Texte nehmen die Leser mit in eine Welt, die es so nicht mehr gibt. Aber die Erinnerung daran ist manchmal ganz schön und sehr aufschlussreich, vielleicht sogar für die Kinder des 21. Jahrhunderts, die sich diese damalige Welt gar nicht mehr vorstellen können.

Silvia Friedrich

Frank Jöricke: „Früher war alles anders. Von Dr. Sommer bis Sonntagsbraten – eine Reise zurück in eine wilde Zeit“, Yes-Publishing, München

2025, gebunden, 208 Seiten, 18 Euro

Frisch und lebendig

Robert Kett ist eigentlich Detective Chief Inspector der Metropolitan Police in London. Aber seit seine Frau entführt wurde, muss er den Spagat zwischen Arbeit und seinen drei kleinen Töchtern meistern. Er ist erschöpft und verzweifelt und beschließt deshalb, mit seinen Mädels nach Norwich zu fahren, in die Stadt, in der er aufgewachsen ist. Gerade zu diesem Zeitpunkt verschwindet eine elfjährige Zeitungsausträgerin in Norwich, und obwohl die dortige Polizei ein hohes Tier aus London gar nicht willkommen heißt, fängt Kett an zu ermitteln. Es ist allerdings anstrengend, mit quengelnden Kindern, einem herrschsüchtigen Chef und der eigenen schlechten seelischen Verfassung alles hinzubekommen. Kett ist zielstrebig und will das Mädchen unbedingt finden, denn er kann sich sehr gut ausmalen, wie die Eltern sich dabei fühlen. Dann verschwindet eine weitere elfjährige Zeitungsausträgerin.

Alex Smith ist mit „Ein Schrei, den niemand hört“ ein frischer und sehr lebendiger Krimi gelungen. Es fällt schwer, das Buch aus der Hand zu legen. Smith lebt in Norwich und hat wie Kett drei Töchter.

Angela Selke



Alex Smith: „Ein Schrei, den niemand hört“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, Taschenbuch, 304 Seiten, 14 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Unbekanntes Tuschetien

Unterwegs in einer Kultur- und Naturlandschaft Georgiens – Stefan Applis und Florian Mühlfried informieren über die entlegene Region, die genau zwischen Europa und Asien liegt.



Abenteuer Kaukasus – In einer der entlegensten Gegenden Europas scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. In Tuschetien an der nordöstlichen Grenze Georgiens leben die Menschen in jahrhundertealten Traditionen. Der

Sozialanthropologe Florian Mühlfried und der Geograf Stefan Applis erläutern in ihrem Reiseführer typische Bauformen in den Gebirgsdörfern sowie Flora und Fauna der Region und geben praktische Ratschläge. MRK

Stefan Applis/Florian Mühlfried: „Tuschetien entdecken. Ein Kultur- und Naturreiseführer für Georgien“, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2025, broschiert, 200 Seiten, 26 Euro

REISEBESCHREIBUNG

Per Kutsche an das „Ozeanische Meer“

Alexander Glück hat den Bericht einer Rügen-Reise seines Verwandten im Jahr 1824 neu herausgegeben

VON UTE EICHLER

Historische Reisebeschreibungen finden auch heute noch ihre Leser. Vor allem das 18./19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts waren nicht nur eine Zeitspanne des intensiven Briefeschreibens, sondern auch die Entstehungszeit vielfältiger Reiseliteratur. Nicht wenige dieser Werke haben gedruckt eine große Verbreitung und einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt; andere existieren in nur wenigen Exemplaren im Sammlungsbestand von Bibliotheken oder als Manuskript in Privatbesitz, in Familienarchiven.

Von wissenschaftlichen Werken (Alexander von Humboldt) über die subjektiv-informativen Beschreibungen von Italienreisen (Vater und Sohn Goethe, Johann Gottfried Seume), über den jungen Ernst Moritz Arndt, der als genauer Beobachter seinen „Pariser Sommer 1799“ auch ironisch beschreibt, zu Ludwig Steubs „Alpenreisen“, diesen zwischen 1846 und 1880 verfassten Wanderbildern voll Humor – ihnen allen, auch den vielen ungenannten Reiseschriftstellern, ist eines gemeinsam: Es gab überwiegend keine Notwendigkeit für die Reise. Sie war in der Regel die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches. Sie wurde als Bildungsreise angetreten, sie stillte das Interesse an einem anderen Kulturkreis, die Neugier auf eine andere Landschaft und sie erfüllte bestenfalls das unvoreingenommene Kennenlernen anderer geschichtlicher Lebensräume und politisch-wirtschaftlicher Verhältnisse im Vergleich zu denjenigen, aus denen der Reisende kam.

Viele der Reisebeschreibungen sind zu Lebzeiten des Verfassers gedruckt worden. Andere schlummerten in Familienbesitz wie das „Reisetagebuch von 1798“ des Johann Friedrich Abegg, das erst 1976

dank der mühevollen Transkription durch einen Nachkommen des Verfassers veröffentlicht wurde und interessante Einblicke in das Leben in Berlin, Danzig und Königsberg zum Ende des 18. Jahrhunderts gewährt.

Ironische und humoristische Beschreibungen

Einen Johann Ernst Klopsch und seinen „Versuch einer humoristischen Beschreibung meiner Reise nach der Insel Rügen und nach Wien in den Jahren 1824 und 1833“ wird kaum jemand kennen. Es ist dem in Österreich lebenden Herausgeber Alexander Glück, einem Nachkommen aus einer Nebenlinie, zu verdanken, „dieses äußerst seltene Büchlein“ wieder zugänglich gemacht zu haben. Nur – man muss gute Augen, gutes Leselicht, Geduld und bestenfalls eine Lupe griffbereit haben, um die Reprintausgabe, die der typografischen Originalgestalt der Vorlage entspricht, zu lesen.

J. E. Klopsch, 1790 in Gr. Glogau geboren, 1853 in Breslau gestorben, war in Schlesiens Provinzhauptstadt Gymnasiallehrer, Schmetterlingsforscher und Familienvater. Seine zwei Reisen trat er zwar nicht allein, doch ohne Frau und Kinder an. Nach Rügen ging es, um „einmal das ozeanische Meer“, die Ostsee, zu sehen, per Kutsche und in reiner Männergesellschaft zu fünf. Einer der Reisegefährten war sein Bruder Christian Daniel Klopsch, Gymnasiallehrer in Gr. Glogau.

Um nach Wien zu kommen, benutzte J. E. Klopsch abschnittsweise die Postkutschenverbindung; er ging jedoch auch Wegstrecken zu Fuß, vor allem, wenn er jemanden fand, der sein „Felleisen“ trug. Es war nicht sein erster Besuch in der Hauptstadt der österreichischen Monarchie, sondern ein Wiedersehen mit mancher Sehenswürdigkeit wie Prater und Ste-

phansdom. Er hätte sogar, für den Fall, ihm wäre die Brieftasche gestohlen worden – um sie trug er große Sorge – einen entfernten Verwandten in Wien wohnen gehabt. Die vielen Details aus dem Alltag eines solchen Aufenthalts – wie Qualität der Unterkunft, Essen und Trinken und die Kosten dafür, Vergnügungen wie Konzert- oder Kaffeehausbesuche, Kontakte zu anderen „Touristen“ oder zu Einheimischen machen die Lektüre interessant, vor allem, wenn der Leser den Vergleich zu einem Wien-Aufenthalt heutigentags hat.

Fremdeln mit der Insel

Die Fahrt nach der Insel Rügen zieht sich hin, auch für den Leser. Immer wieder zieht Klopsch Vergleiche: Die Straßen- und Wegeverhältnisse sind in Schlesien besser als in Brandenburg und Pommern, die Ausschilderung ist besser; die Unterkünfte in Gasthäusern und das gebotene Essen ist selten so gut wie in Schlesien. Vor allem sind die Menschen, die befragt oder um Dienstleistungen gebeten werden müssen, nie so angenehm wie die Schlesier es sind. Welche Freude, in der Fremde auf einen Landsmann zu treffen! Die große Stadt Stettin gefällt den Reisenden. Den Weg nach Swinemünde legen sie per Segelschiff zurück. Für diese „Landratten“ ein Abenteuer. Und als sie dann erstmals am Strand der Ostsee stehen, auf Usedom, kosten sie das Wasser, um festzustellen: Es ist wirklich salzig.

Die Reisegesellschaft benutzte, um auf die Insel Rügen zu gelangen, die noch heute bestehende Fährverbindung Stahlbrode-Glewitz. Die südöstliche Halbinsel Mönchgut wird erkundet; zuvor verweilte man in der neu angelegten Residenzstadt Putbus und in Lauterbach, dem ersten Seebad der Insel. Bevor die Männer das Fischerdorf Göhren erreichen, machen sie sich lustig über die weiten, weißen Leinen-

hosen, die Bestandteil der Tracht der Mönchguter Männer sind. Über die Schmale Heide geht es auf die Halbinsel Jasmund, mit dem Ziel, das Gasthaus auf Stubbenkammer und den Königsstuhl zu erreichen. Klopsch schreibt, der berühmte Kreidefelsen werde jährlich von Tausenden Menschen besucht. Damals schon, 1824!

Weil ihnen das Wetter zu schlecht ist, bricht die Reisegesellschaft in Bobbin die Fahrt weiter in den Nordteil der Insel Rügen ab, begnügt sich mit Sagard und Bergen und hat Eile, Stralsund anzusteuern. Irgendwann wird klar, Klopsch hat nur drei Wochen Ferien. Er muss pünktlich zum Schuldienst zurück sein. Der Rückweg durch den märkischen Sand und das Randgebiet Berlins fordert auch seine Zeit. Klopsch schreibt: „Dasselbst (in Glogau) bestieg ich Sonntag Morgen den Postwagen, und sah mich Montag früh, drei Stunden vor Ablauf meiner Ferien, wieder in Breslau und im Schooße meiner Familie.“



Alexander Glück (Hg.): „Versuch einer humoristischen Beschreibung meiner Reise nach der Insel Rügen und nach Wien in den Jahren 1824 und 1833“ von J.E. Klopsch, Lehrer am Magdalenäum und Mitglied der Schlesischen patriotischen Gesellschaft

kommentierte Reprintausgabe mit Anmerkungen und einem Nachwort, Verlag für Bibliotheken, Verlag BoD, Nordstedt 2019, broschiert, 226 Seiten, Bestellungen unter: glueckwien@gmx.at, Sonderpreis von 30 Euro (statt 72 Euro), versandkostenfrei, wenn unter Bezugnahme auf den Beitrag in der PAZ bestellt und im Voraus bezahlt wird

ERINNERUNGEN UND GEDENKEN

Kriegsende – als sich die Welt veränderte

Gräueltaten auf beiden Seiten – wieviel Leid können Menschen jemals verzeihen?

VON GERD BIRTH

Das Jahr 2025 steht ganz im Zeichen der Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren und des Gedenkens an die über 60 Millionen Opfer dieses unseligen Krieges. Allein im Raum Ostpreußen waren über 500.000 Kriegsoffer zu beklagen. Das waren 20 Prozent der Bevölkerung.

Der wahnsinnige Krieg, der von Hitler und seinen nationalsozialistischen Schergen im Jahr 1939 angezettelt wurde und nahezu sechs Jahre dauerte, war am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht dann doch endlich beendet worden. Die vier Siegermächte – England, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich – übernahmen die Hoheitsgewalt über das Deutsche Reich und teilten dieses nach den Beschlüssen der Alliierten von Jalta, die im Februar 1945 unterzeichnet wurden, und die Resolution von Potsdam aus dem August 1945, untereinander in Besatzungszonen auf. Die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wurden unter polnische und sowjetische Verwaltung, allen voran das Gebiet Königsberg, gestellt.

Doch diesem vernichtenden Ende des Deutschen Reiches gingen gerade in den Ostprovinzen nicht nur erbitterte Kämpfe der Wehrmacht mit der sowjetrussischen Übermacht voraus, sondern auch grausamste Schicksale der zivilen Bevölkerung – auf beiden Seiten.

Während die Alliierten bereits im Oktober 1944 bis an die westliche Reichsgrenze vorgedrungen waren und die Wehrmachtstruppen bei der alliierten Rheinlandoffensive immer weiter zurückdrängten, überrannte die Rote Armee der Sowjets erst im Januar 1945 die deutschen Ostgrenzen in Schlesien und Ostpreußen. Am 12. Januar 1945 begann die Großoffensive der Roten Armee und damit der Sturm auf Ostpreußen, der für die Bewohner zur Tragödie wurde. Durch diesen Vorstoß der Roten Armee wurde Ostpreußen Ende Januar 1945 vom Deutschen Reich endgültig abgeschnitten.

Verbrechen an Wehrlosen

Bereits Ende 1944 begann aus Furcht vor den Massakern der sowjetrussischen Truppen die nahezu panische Fluchtbewegung der ostpreußischen Zivilbevölkerung aus den östlichen Grenzregionen von Ostpreußen in Richtung Westen. Viele ahnten bereits das Ende des Krieges, viele hofften darauf, aber niemand konnte sich letztendlich wirklich vorstellen, um welchen Preis und mit welchem Ergebnis alles zu Ende gehen sollte.

Der Einmarsch der Roten Armee in die ostpreußischen Gebiete war gekennzeichnet durch bis heute unvorstellbar brutale Grausamkeiten: An den Frauen wurden Massenvergewaltigungen verübt, die Russen schossen auf die Zivilbevölkerung, auf alte Männer sowie auf Frauen und Kinder – obwohl diese völlig unbewaffnet und somit keine Kriegsteilnehmer waren, die daher auch keinerlei militärische Gewalt ausübten. In schauerlicher Weise entlud sich der aufgestaute Hass, der noch zusätzlich vom Schriftsteller und Propagandisten Ilja Ehrenburg weiter geschürt wurde, der mit Flugblättern an die sowjetrussischen Soldaten aufrief: „Töte den Deutschen, Versäume nichts, töte!“, in einer geradezu emotionalen Explosion.

Es war daher nicht nur Rache und Vergeltung für die vorher von Deutschen verübten grauenhaften Kriegsverbrechen – an Soldaten wie an Zivilisten – die sich hier in der Form von Gegengewalt äußerte



Flüchtlingstreck aus Ostpreußen bei Pillau im Winter 1944/45. Über 500.000 Menschen sterben 1945 auf der Flucht vor den russischen rache- und blutdürstigen Truppen

und entlud, sondern auch das zügellose und sinnlose Morden der Sowjetsoldaten, die noch weiter an- und aufgestachelt nach Ehrenburgs widerlichen Hetzparolen handelten.

Der russische Literatur-Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn beschreibt in diesem Zusammenhang in seinem Band „Ostpreußische Nächte“ folgendes tragische Erlebnis in Neidenburg in Ostpreußen:

*Zweiundzwanzig, Höringstraße.
Noch kein Brand, doch wüst, geplündert.
Durch die Wand gedämpft – ein Stöhnen:
Lebend finde ich noch die Mutter.
Waren's viel auf der Matratze?
Kompanie? Ein Zug? Was macht es!
Tochter – Kind noch, gleich getötet.
Alles schlicht nach der Parole:
Nichts vergessen! Nichts verzeihen!
Blut für Blut! – und Zahn für Zahn.*

Für diejenigen, die von der Roten Armee eingeholt oder gar regelrecht überrollt wurden, bedeutete dies in den meisten Fällen: Folter, Verschleppung, Vergewaltigung oder Tod. Ein Tod, der manchmal sogar einer Erlösung gleichkam.

Heimat der Vorfahren verloren

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen versuchten nun Bewohner aus allen Teilen des Landes, den Russen zu entkommen, indem sie den Weg über das zugefrorene Frische Haff wagten. Sie wollten nach etwa acht Kilometern auf dem Eis die Frische Nehrung erreichen. Von dort wollten sie weiter zum Danziger Hafen gelangen. Die Flucht über das zugefrorene Frische Haff erwies sich aber als äußerst tückisch und ebenso als fatal. Zahlreiche Fuhrwerke brachen in das Eis ein, weil sie von den Bordkanonen aus den sowjetischen Tiefliegern beschossen wurden. Die Menschen ertranken jämmerlich oder erfroren in Scharen auf dem Eis. Ich selbst habe als Kind diese Schicksale Anfang Februar 1945 auf dem Frischen Haff bei vor uns fahrenden Treckwagen persönlich erlebt. Es war schlicht die Prätze des Krieges, die sich hier offen-

barte – und die ich niemals je wieder vergessen werde.

Und wie sah es in der letzten Phase des Krieges in unserem Kreisgebiet aus? Ende Januar und Anfang Februar 1945 verließen die Bewohner unseres Kreises in bitterer Kälte in überstürzter Flucht panikartig ihre angestammte Heimat mit der über 700-jährigen deutschen Geschichte, um entweder auf dem Landwege oder über die Ostsee das nackte Leben zu retten. Es war nicht nur ihre Heimat, sondern auch die Heimat ihrer Vorfahren, die diesen Menschen das tägliche Brot gegeben hatte. Die Furcht vor den Massakern der sowjetischen Armee war größer als der Wunsch nach einem Verbleib in der geliebten Heimat.

Treck der Verzweifelten

Im nordöstlichen Teil unseres Heimatkreises mit den Dörfern Uderwangen, Thomsdorf und Jesau flüchteten die Bewohner bereits am 26. Januar 1945 vor den sowjetischen Truppen. Einige Tage später verließ der Großteil der Bevölkerung von Wittenberg und Tharau überstürzt die heimatliche Scholle, und am 8. Februar 1945 ereilte die Menschen von Kreuzburg das gleiche Schicksal. Die Stadt Preußisch Eylau fiel am 9. Februar 1945, und die meisten Einwohner ergriffen, gejagt vom unerbittlichen Krieg und der rachedurstigen Roten Armee, auch hier die Flucht über Rositten in Richtung Westen.

Im südlichen Kreisgebiet um Glandau, Hanshagen, Landsberg, Buchholz und Canditten herrschten um diese Zeit katastrophale Zustände, denn hier war das Durchmarschgebiet der Flüchtlinge aus dem Osten Ostpreußens mit verstopften Straßen und gleichzeitig Kampfgebiet der Deutschen Wehrmachtstruppen gegen die Übermacht der Sowjets. Hier wurde erbittert gekämpft. In Landsberg begann die Flucht am 1. Februar 1945. Die Stadt fiel einen Tag später. Die letzten Kämpfe im Kreisgebiet fanden am 18. Februar 1945 um die Orte Augam und Quehnen statt; einige Tage vorher setzte auch hier die Flucht mit Pferdewagen und auf Truppenfahrzeugen ein.

Jahre in die „Westzonen“ ausreisen durften. Für sie alle begann zwar das Leben erneut, jedoch in einer völlig fremden Umgebung. Dennoch: Im Laufe der Jahre hatten sich die Flüchtlinge hier im Westen wieder mit großem Fleiß und einer gehörigen Portion Mut sowie Willen eine meist eher bescheidene neue Existenz aufbauen können. Zumindest eine in Frieden und Freiheit.

Die Verluste an der Bevölkerung nur im Kreis Preußisch Eylau durch den Zweiten Weltkrieg waren gewaltig. Nach halbamtlichen Unterlagen fielen 3236 deutsche Soldaten aus dem Kreisgebiet und 5570 Menschen starben auf der Flucht oder in der Internierung, wurden von den Sowjets getötet oder starben unter sowjetischer und polnischer Terrorherrschaft.

Allen diesen Toten gilt unser Gedenken**Am 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg zu Ende**

und Europa vom NS-Regime befreit. Am 8. Mai 2025 jährte sich dieser denkwürdige Tag zum 80. Mal. Aus diesem Anlass wurde in ganz Deutschland an die schrecklichen Gräueltaten des Naziregimes erinnert und der Millionen Opfer des Nationalsozialismus gedacht, die so sinnlos gestorben waren – im Schützengraben, im Bombenhagel, auf der Flucht oder im KZ. Alle diese Opfer mahnen zu Verständigung und Frieden.

Wir wollen an diesem Gedenktag aber auch an die Kriegseignisse 1945 in Ostpreußen und in unserem Kreis Preußisch Eylau erinnern, an die Flucht im strengen Winter und an die Gewalt und Rache der Eroberer an der ostpreußischen Bevölkerung, die ebenso nicht vergessen werden dürfen.

Umso wichtiger ist es, dass unsere Erinnerungskultur einen gleichberechtigten Platz neben den anderen historischen Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag findet und nicht in Vergessenheit gerät, denn 80 Jahre Kriegsende sind auch 80 Jahre Flucht, Vertreibung und brutalste Gewalt an der deutschen, an der ostpreußischen Zivilbevölkerung.



Die Karte zeigt die „Westverschiebung“ Polens und die neuen Grenzen 1945

● **AUFGESCHNAPPT**

Kennen Sie Mokgweetsi Masi? Die Grünen tun das ziemlich sicher, denn der Mann, der bis vergangenen November Präsident von Botswana war, ist der deutschen Partei schmerzhaft auf die Füße getreten. Als er noch Staatschef war und in Berlin die Ampel regierte, bot er an, Deutschland 20.000 botswanische Elefanten zu schenken. Botswana zählt mittlerweile 130.000 freilaufende Dickhäuter, die in dem Land Menschen tottrampeln sowie Dörfer und Ernten zerstören. Die Grünen waren es, die maßgeblich das EU-Einfuhrverbot für Jagdtrophäen vorangetrieben haben. Masi war nun in Berlin und klagte: „Warum dürfen wir unser eigenes Elfenbein nicht verkaufen?“ Aus Ärger über den Moral-Kolonialismus, den er hinter dem Einfuhrverbot wittert, hatte Masi Deutschland aufgefordert, Botswanas überzählige Elefanten frei in der deutschen Landschaft herumlaufen zu lassen, damit die Deutschen verstehen, was das für die Menschen in dem betroffenen Gebiet zur Folge hat. Die Ampel ließ das Angebot unbeantwortet. **H.H.**

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Fritz Goergen enthüllt bei „Tichys Einblick“ (23. Juni) einen zentralen Denkfehler:

„Im Westen erkennen viele nicht, dass es sich bei Israel gegen Iran um keinen regionalen Konflikt handelt. Sondern um die vorderste Linie des Kulturkriegs gegen den Anspruch des radikalen Islam auf den Koran als Weltordnung.“

Im Portal des Grünen-nahen „Zentrums Liberale Moderne“ betrachtet Richard C. Schneider die scharfen Urteile vieler Europäer über Israels Vorgehen gegen das Mullah-Regime (16. Juni):

„Es ist der Luxus von Gesellschaften, die Krieg und Bedrohung nicht mehr kennen, ausschließlich moralisch und juristisch zu argumentieren und viele andere Aspekte nicht in Betracht zu ziehen, die auch eine Rolle spielen, wenn es um Leben und Tod geht.“

Der deutsch-israelische Schriftsteller Chaim Noll wundert sich ebenfalls über die Haltung vieler Europäer zum Nahostkonflikt, die er in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (13. Juni) „naiv“ nennt:

„Die Zahlen und Lügen der Hamas, womöglich auch die der Mullahs, werden geglaubt und gegen Israel ins Feld geführt – kann man wirklich so blind sein? Wo doch auch in Europa der militante Islam wächst und gedeiht, die Schulhöfe übernimmt, die Universitäten und den öffentlichen Raum – warum verstehen sie nicht den Zusammenhang?“

Die „Welt“ (19. Juni) zitiert aus dem neuen Buch von Wolfgang Kubicki, „Aufwind im freien Fall. Eine liberale Kampfansage“, das am 23. Juni erschienen ist:

„Es hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere im linken politischen Lager eingebürgert, eine bestimmte Art der Diskursverweigerung als Heldentat auszulegen. Wer nicht mit ‚den Nazis‘ rede, zeige angeblich ‚Haltung‘. Tatsächlich ist eigentlich nicht Mut, sondern Angst die Triebfeder einer solchen Fluchtreaktion. Denn wer fest auf dem Boden seiner politischen Position steht, der braucht nicht zu befürchten, dass der andere ein besseres Argument auf den Tisch legt.“

Max Roland kommentiert bei „Apollo-News“ (24. Juni) das Urteil des Bundesverwaltungsgericht, welches das Verbot der Zeitschrift „Compact“ kassiert hat:

„Inzwischen ist Nancy Faeser Ex-Innenministerin ... Das Urteil entlarvt sie endgültig als totalitären Geist, dessen politisches Handeln in Gegnerschaft zur Verfassung stand. Ihr Kreuzzug ‚gegen Rechts‘ war immer auch ein Kreuzzug gegen das Recht und den Rechtsstaat. Nirgendwo wurde das so klar wie im Compact-Skandal.“

● **WORT DER WOCHE**

„Es stellt sich immer dringlicher die Frage, ob der weltfremde Wadephul die richtige Wahl für das Amt des Chefdiplomaten war.“

Jan Philipp Burgard am 23. Juni in der „Welt“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wir bleiben dabei

Wie man einer Bedrohung durchsetzungsstark begegnet, und warum wir davon überhaupt nichts halten

VON HANS HECKEL

Ist es nicht verblüffend still auf unseren Straßen? Normalerweise ist die Empörungsschwelle der radikalen Moslems und Israelfeinde so niedrig wie ein Blatt Papier dünn ist. Jeder Anlass hat bislang gereicht, damit sie die öffentlichen Räume deutscher Großstädte füllen und massenhaft ihre Verwünschungen in unseren Himmeln schreien. Doch jetzt, nach der israelischen Aktion gegen das Atomprogramm der Mullahs und der folgenden US-Luftwaffenoperation – nichts! Alles ruhig.

Und im Orient? Hatten uns besorgte Stimme nicht eindringlich gewarnt, aus dem Angriff aufs Atomprogramm könne sich ein „Flächenbrand“ entwickeln, weshalb man unbedingt bei dem Mitteln von Beschwichtigung und freundlichen Verhandlungen bleiben müsse, wenn es um die Atom-Mullahs geht?

Nun, selbst die schiitischen Milizen im Irak, sonst stramm an der Seite der Mullahs und von dort kräftig unterstützt, machen sich gleichsam unsichtbar. In der offiziellen Zeitung der palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland darf Reza Pahlevi, der Sohn der letzten Schah, sogar offen zum Aufstand gegen das Teheraner Regime aufrufen. Die arabisch-islamischen Regierungen begnügen sich derweil mit papierernen Erklärungen und machen ansonsten nichts. Kenner der Region lesen daraus deutliche Anzeichen für klammheimliche Freude in der arabischen Welt über die israelisch-amerikanische Attacke gegen Teheran.

Was lehrt uns das? Vielleicht, dass man einer Gefahr auch mal hart und durchsetzungsstark begegnen sollte, statt sie klein- oder ganz wegzureden, um bei den fanatischen Verursachern der Bedrohung dann mit seidenweicher Stimme um Frieden und Versöhnung zu betteln.

Oder? Nein, nein, soweit kommt es noch! Das Weg- und Kleinreden von radikal-islamischer Bedrohung und Gewalt funktioniert munter weiter. Nachdem muslimische Banden in Nigeria in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni rund 200 Christen überfallen und bestialisch ermordet hatten, heftet „ZDFheute.de“ das Massaker als „Kampf um fruchtbares Weide- und Ackerland“ ab, der „fälschlicherweise“ als „Auseinandersetzung zwischen Christen und Muslimen“ missverstanden werde. Kurz zur Sachlage: Die Angreifer

haben ihre Opfer teils in deren Häusern eingeschlossen, Kinder, Frauen und Männer, und sie dann lebendig verbrannt. Sie waren mit Motorrädern gekommen und hatten „Allahu akbar“ gerufen, bevor sie mit der Metzellei begannen. Hat aber nichts mit dem Islam zu tun. Klar. Stattdessen trage eher der Klimawandel eine Mitschuld, sagt das ZDF. Ja, das haben die wirklich gesagt! Der Klimawandel geht ja immer.

So muss es also sein. Und „Allahu akbar“ heißt auf Deutsch vermutlich nichts als: „Freunde, lasst uns das Weideland anders aufteilen! Bitte!“ Oder bedeutet der Schlachtruf doch etwas anderes? Unwichtig. Auf keinen Fall darf man die Losung „fälschlicherweise“ religiös einordnen.

Beim Wegreden von Ursachen ist längst keine Ausflucht mehr skurril genug. Wir erinnern uns ans vergangene Jahr. Die Massentumulte in deutschen Freibädern erklärte man uns ebenfalls mit dem Klimawandel: Die jungen orientalischen Männer vertragen die Bruthitze nicht. Jedenfalls viel schlechter als ihre germanischstämmigen Altersgenossen, sollte das wohl bedeuten. Daher drehen sie des Öfteren ein bisschen durch. Hat nichts mit Kultur, Religion oder einem uns fremden Frauenbild zu tun.

Die Sache mit der „Gruppe“

Das hat verständlicherweise zu einigem Gekicher geführt. Die Orientalen können mit hohen Temperaturen also weniger gut umgehen als wir Mitteleuropäer. Mit dieser Behauptung beißt man selbst beim Blödesten auf Granit. Am besten wäre es daher, wenn die Öffentlichkeit gar nicht mehr erfährt, wer was gewesen ist. Dann muss man auch keine dermaßen dämlichen Märchen mehr aufhängen.

Berlins Innensenatorin Iris Spranger hat die Lösung. Sie verkündet, dass man Vornamen und Nationalität von Verdächtigen auch künftig verschweigen wolle. Das diene dem „Schutz vor Diskriminierung und Vorverurteilung“ von Verdächtigen, welche die SPD-Genossin als Angehörige einer „vulnerablen Gruppe“ charakterisiert.

Damit wäre im Grunde alles gut, eigentlich. Wenn die Wahrheit nur nicht so ein hinterlistiges Viech wäre, das sich frech durch die Hintertür wieder hereinschleicht, auch wenn man es gerade erst ausgesperrt zu haben meint. Der Schlüssel für die Tür ist hier das kleine Wort „Gruppe“.

—
„Allahu akbar“ kann ja alles Mögliche bedeuten. Man sollte es nur nicht „fälschlicherweise“ religiös einordnen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de